Partei und Gewerkschaften.

Wörtlicher Abdruck des Punktes: „Partei und Gewerkschaften“ aus dem Protokoll der Konferenz der Gewerkschaftsvorstände vom 19.—23. Februar 1906:

Müller (Seemann): Ich möchte mir zunächst eine rein persönliche Bemerkung gestatten. Genosse Kloth hat es für notwendig gefunden, in einer Zwischenbemerkung zu behaupten, daß event. bei diesem Punkt der Tagesordnung für die Partei und die Parteipresse eine Art Scheiterhaufen errichtet wird. Ich stehe nicht auf dem Standpunkt, daß dies notwendig ist, jedenfalls aber werden wir Kloth nicht als den Engel Gabriel vor die Tore der Gewerkschaftswelt stellen (Heiterkeit), um uns gegen die sehr unvernünftigen Angriffe von Parteiseite zu schützen. Ich halte seine uns bekannt gewordenen Geistesblitze für bedeutend gefährlichere als das gezückte Schwert des Engel Gabriel. (Heiterkeit.)

Als ich den Antrag stellte, die Frage „Partei und Gewerkschaft“ auf dieser Konferenz einer Erörterung zu unterziehen, standen meine Vorstandskollegen und ich allerdings unter dem Eindruck der Stimmung, die sich in der Presse und in Versammlungen nach Jena bemerkbar machte, aber noch viel mehr unter dem Einfluß der Vorgänge, die sich nach dem Kölner Gewerkschaftskongreß abgespielt hatten. Ich gebe ohne weiteres zu, daß die revolutionsromantischen Wogen sich seit einiger Zeit erheblich geglättet haben, und ich bin überzeugt, sie werden sich noch mehr glätten, je mehr wir dem Ende der russischen Revolution entgegengehen. (Zustimmung.) Ich bin auch überzeugt, daß die Vorgänge in Preußen vor und nach dem 21. Januar, daß die Vorgänge in Sachsen, daß die Vorgänge in der sogenannten Republik Hamburg vor und nach dem 17. Januar beruhigend auf gewisse Kreise in der Partei einwirken werden. Trotzdem erscheint es mir nötig, die Frage einmal näher zu erörtern. Mir scheint die Zeit gekommen, das anzustreben, was ja auch Kloth will, nämlich ein besseres Einvernehmen mit der Partei, der Parteileitung und speziell der Parteipresse herzustellen. Ich halte es für die Pflicht der Gewerkschaftspresse und besonders der obersten Gewerkschaftsleitung, daß sie bei diesem Versuch möglichst konsequent und ernst die gewerkschaftlichen Interessen vertreten, und wenn die Aussprache nach dieser Richtung etwas antreibend wirkt, so glaube ich, ist sie nicht vergebens gewesen. Ich bin weiter der Meinung, daß auf seiten der Partei gewisse praktische Erfahrungen wunderbar erzieherisch gewirkt haben und halte deshalb auch ein besseres Einvernehmen für weit eher möglich als es vor jenen Vorgängen, die ich eben erwähnte, der Fall gewesen sein mag. Es handelt sich heute zunächst einmal um die Voraussetzungen, um die Möglichkeit einer solchen besseren Verständigung. Ich bemerke, daß es sich bei allen Polemiken, sei es in der Presse, sei es in Versammlungen, in der Hauptsache um Fragen der Taktik, weit weniger um Fragen des Prinzips gehandelt hat. Ich erinnere an die Polemik über den Massenstreik, über die Maifeier, über die Neutralitätsfrage. Und deshalb, glaube ich, müssen wir als Gewerkschaftsleiter mit ganz besonderem Nachdruck eingreifen, um ein besseres Einvernehmen zu erzielen. Hierbei aber kann es sich unter keinen Umständen um ein Unterordnen der Gewerkschaften handeln, man muß vielmehr die Parteiinstanzen dazu erziehen — gestatten Sie mir den Ausdruck —, daß sie anerkennen müssen die Gewerkschaftsbewegung als einen Machtfaktor, und zwar als einen gleichberechtigten, vollberechtigten Machtfaktor. Bringt man uns diese Erkenntnis entgegen, bekundet man das in der Presse, dann halte ich die Verständigung für möglich. Vor allem die Anerkennung unserer Gleichberechtigung ist die erste Vorbedingung für ein besseres Einvernehmen. Diese Anerkennung, d. h. die Anerkennung der Gleichberechtigung und Vollbürtigkeit, hat zur notwendigen Folge die Anerkennung und Respektierung unserer Beschlüsse, unserer Urteile, unserer Vetos. Auch das muß einmal betont werden. Diese Anerkennung erfordert weiter die Berücksichtigung der gewerkschaftlichen Bedingungen, vor allem der gewerkschaftlichen Möglichkeiten. Wir haben ja bei dem vorigen Punkt gesehen, für

בית הספרים הלאומי
והאוניברסיטאי
ירושלים
Digitized by Google

wie notwendig die Gewerkschaftsleitungen es halten, daß seitens der Partei dieser Frage ein größeres Verständnis entgegengebracht wird, und ich glaube, es kann nicht schaden, wenn wir das hier mit Nachdruck betonen. Nach dieser Richtung haben sowohl die Führer der Partei als auch eine Reihe politischer Organisationen und insbesondere eine Reihe von Preßorganen vor und nach Köln, vor und nach Jena schwer gesündigt. Und dagegen erhebe ich Einspruch. Diese Sünden sind nicht nur zu bedauern, sondern sie müssen auch von dieser Stelle, aus gewerkschaftlichem Interesse und Selbstbewußtsein heraus, entschieden verurteilt werden. (Sehr richtig!) Auch da werden meiner Meinung nach erzieherisch und bildend die Vorgänge in Rußland wirken. Wir dürfen uns in der Gewerkschaftsbewegung nicht ausschließlich vom Gefühl, von vorübergehenden Gemütsaufwallungen leiten lassen, wir dürfen uns nicht leiten lassen von einer gewissen Romantik, sondern für uns muß maßgebend sein die Vernunft und vor allem ein gesunder Realismus. Das müssen unsere Berater im gewerkschaftlichen Leben sein, das müssen wir auch den Parteiinstanzen ernst zu Gemüte führen.

Was hat sich nun nach Köln abgespielt? Wie hat man polemisiert? Wie hat man gewirtschaftet, um nicht zu sagen gemißwirtschaftet? Nur einige wenige Beispiele. Zunächst einige Beispiele aus der Parteipresse, um zu zeigen, wie man dort zu polemisieren beliebt hat! Hier eine Preßstimme über den Kölner Gewerkschaftskongreß — es kommt allerdings Frau Dr. Rosa Luxemburg in Frage (Heiterkeit). Ich habe gegen die Dame an und für sich nichts einzuwenden, und weil es eine Angehörige des schwachen Geschlechts ist, fühle ich mich auch nicht berufen, mit Donnerkeilen der Kritik auf sie einzuhauen. (Heiterkeit.) Aber es ist doch gut, wenn man einige Stilblüten dieser verehrten Genossin anführt. Sie schrieb nach Köln in der „Sächsischen Arbeiterzeitung" folgenden Erguß:

„Tatsächlich war eben dieser Grundton, der aus der ganzen Generalstreikdebatte hervorklang, nicht die „Erfahrung", sondern — die Borniertheit, und sicher hat noch kein Kongreß der Gewerkschaften in Deutschland stattgefunden, auf dem die Borniertheit so stark hervorgetreten ist wie in Köln. (Hört! hört!) Eine selbstgefällige, strahlende, selbstsichere Borniertheit, die an sich selbst eine große Freude erlebt, sich an sich selbst berauscht, die sich über alle Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung erhaben dünkt, welche sie gar nicht verstanden hat, die über ein historisches Produkt glaubt Richtersprüche fällen zu können, die sich um Kongreßbeschlüsse den Teufel kümmert. (Schallendes Gelächter.) Diese selbe Borniertheit war schon nahe daran, die Idee der Maifeier kurzerhand über Bord zu werfen. Und diese selbe Borniertheit versichert uns dann zum Schlusse: „Nur nicht bange werden! Die Reaktion kann uns nichts tun! Sie soll uns ruhig alles nehmen, das Wahlrecht, das Koalitionsrecht, alle Rechte — wir bleiben auch dann noch stark!" Wenn das nicht heißt, die Arbeiterschaft in unverantwortlicher Weise in gefährlichsten Großmachtsdusel einlullen, dann wissen wir nicht, was sonst Demagogie und was Irreführung der Arbeiter heißt." (Große Bewegung.)

Das ist ein Erguß der Dame Rosa Luxemburg. Dieselbe „Sächsische Arbeiterzeitung" brachte aber vor dem Kölner Kongreß einen Artikel, worin als oberste Pflicht des Kongresses bezeichnet wurde, ganz energisch den Revolutionsromantikern einmal ins Gewissen zu reden. (Große Heiterkeit.) Sie sagt, daß der verbrecherischen Agitation der um Friedeberg herum ganz entschieden die Kandare angelegt werden müßte, und sie fordert, daß der Kongreß ein für allemal dieser Agitation eine gründliche Absage erteilt. „Das könnte nur zur Klärung beitragen und verhüten, daß Kraft und Intelligenz einzelner Gewerkschaftler nützlicheren praktischen Gewerkschaftsarbeiten entzogen würden." Das sagt dieselbe „Sächsische Arbeiterzeitung", vielleicht dieselbe Rosa Luxemburg. (Kloth: Nein, nein!) Ich sage nur „vielleicht"! Ja, Genosse Kloth, ich bin vorsichtig genug. (Heiterkeit.) Jedenfalls brachte dieselbe „Sächsische Arbeiterzeitung" vor dem Kongreß den Artikel. Im übrigen glaube ich auch, daß der Kölner Kongreß sich durchaus in Uebereinstimmung befand mit der Redaktion der „Sächsischen Arbeiterzeitung" und weiterhin auch mit dem Genossen Bebel, denn Bebel führte in Jena aus, daß es geradezu unvernünftig und unverständlich sei, wie 3000 erfahrene, alte, ergraute Parteigenossen in einer Berliner Versammlung den unerhörten Ausführungen eines

Digitized by Google

Dr. Friedeberg folgen konnten. Uebrigens hat die „Sächsische Arbeiterzeitung“ in ihrem Artikel vor dem Kongreß gar keine Neuigkeiten propagiert, denn genau dasselbe, was in dem Artikel stand, hatte Bömelburg in der Konferenz vom Oktober 1904 zur Begründung seines Antrages ausgeführt, auf die Tagesordnung das Thema „Politischer Massenstreik und Generalstreik“ zu setzen. Fast dieselben Worte! Man möchte fast annehmen, daß unser Theodor der Artikelschreiber gewesen ist. (Große Heiterkeit.) Aber weiter! Ich sehe hier zu meiner größten Freude auch Geyer im hohen Hause. (Heiterkeit.) Das freut mich und zwar, weil ich es für richtig halte, auch mal einige Stilblüten von ihm vorzutragen. (Sehr gut!) Er sprach nach Köln in einem Artikel im „Tabakarbeiter“ von dem Egoismus, der die Gewerkschaftsführer in Köln beherrscht habe, und fuhr dann fort:

„Die Erwartungen, die wir an die Verhandlungen des diesjährigen Gewerkschaftskongresses stellten, und die gewiß nicht hochgespannt waren, haben sich nicht erfüllt — der Kongreß stand nicht auf der Höhe der Zeit. Die steigende Mitgliederzahl in den Gewerkschaften scheint manchen Gewerkschaftsführern den Kopf verdreht zu haben, während andere unter der langjährigen geschäftlichen Tätigkeit bureaukratisch verschrumpfen und den freieren, höheren Zug der Arbeiterbewegung nicht mehr verstehen.“ (Heiterkeit.)

Geyer spricht dann weiter davon, daß es notwendig sei, diesen verschrumpften, bureaukratischen Gewerkschaftsführern einmal die Maske zu lüften. Das sind so einige Stilblüten. Mit Rücksicht auf die Glocke des Präsidenten will ich andere nicht zitieren. Man hat sich in der Presse zu übertrumpfen gesucht mit diesen Angriffen, die ich wieder mit Rücksicht auf die Glocke des Präsidenten nicht mit dem richtigen Namen belegen will. Das „Norddeutsche Volksblatt“, das Organ, das von dem Ueberrevisionisten Hug redigiert wird, erlaubte sich zu behaupten, daß die Diskussion über die Maifeier und über den Generalstreik strafbare Handlungen seien. (Lachen.) So ungefähr polemisiert ein russisch-preußischer Staatsanwalt gegen die Gewerkschaftsleitungen. Man schrieb dann im Anschluß daran von Pfennigfuchsern, von Leisetretern, von Diktatoren, von Spießern usw., und man schrieb ganz besonders von den Grenzen der Gewerkschaftsbewegung, die ja beim vorigen Punkt der Tagesordnung gestreift sind. Ueber die Grenzen der Gewerkschaftsbewegung schrieben Leute, die sicher niemals Gewerkschaftsmitglieder gewesen sind, die niemals auch nur mit einem Finger an einem gewerkschaftlichen Kampfe teilgenommen haben. (Sehr gut!) Dagegen muß unter allen Umständen Einspruch erhoben werden. Welche unvernünftigen Schlußfolgerungen sind z. B. aus dem Ausspruch Bömelburgs über das Ruhebedürfnis der Gewerkschaften gezogen worden! (Sehr richtig!) Ich halte es für eine der unverständlichsten Beleidigungen — einen anderen Ausdruck will ich nicht gebrauchen (Ruf: Unverschämt!) —, daß man Bömelburg solche Absichten zu unterschieben wagt. Ja, selbst wenn Bömelburg sich so geäußert hätte, glaubt denn Kautsky, daß von einem Ruhebedürfnis die Rede sein kann und darf? Daß wir nicht ruhen können, dafür sorgen schon unsere Mitglieder durch ihr ewiges Sehnen und Streben nach Besserung ihrer Lebenslage, dafür sorgen auch die Unternehmer. (Sehr gut!) Wo Ruhebedürfnis vorhanden gewesen, wo es in ganz erschrecklichem Maße zutage getreten ist, darüber will ich nicht reden. (Heiterkeit!) Jedenfalls hat der 21. Januar und die Tage nachher uns bewiesen, daß die Bremser oder besser gesagt, die bewährten Genossen, die vorzüglich zu bremsen verstehen, auf ganz anderen Sesseln sitzen als die Leute, die in der Gewerkschaftsbewegung an leitender Stelle stehen. (Sehr gut!) Man hat nicht mit Unrecht gebremst, wir verurteilen es nicht, daß man gebremst hat, auch nicht, daß man nachher in Hamburg bremste. Ich glaube, wir alle sind uns darüber einig, daß das für die Arbeiter das größte Glück bleiben wird, daß man in diesen schweren Zeiten gebremst hat, aber warum stellt man sich denn auf den Standpunkt des preußischen Ministers Schönstedt: Wenn zwei dasselbe tun, dann ist es nicht dasselbe? Wenn die Gewerkschaftskongresse, die Gewerkschaftsleitungen aus taktischen wohlerwogenen Gründen zu einer gewissen Ruhe ermahnen, speziell in bezug auf die Diskussion und Propagierung des Massenstreiks, so haben Kautsky, Rosa Luxemburg, Mehring, Stadthagen und Genossen, alles ökonomisch-historische Größen, kein Recht, uns nach allen Regeln der ökonomisch-historischen Kunst zu vernichten. (Heiterkeit und Sehr gut!) Dagegen müssen wir auf das entschiedenste Einspruch erheben.

Digitized by Google

In den Versammlungen genau derselbe Ton wie in der Presse! Die Diskussion auf denselben Ton abgestimmt! Man schwelgt in radikalen Phrasen, d. h. nur scheinbar radikal, man schwärmte den Massen manches über ihre Macht vor, man sprach von gewerkschaftlichem Sumpf, vom Palliativmittelchen, von Feigheit der Führer usw. Ganz speziell unser Freund Legien hätte alle Ursache, sich gegen die Hetze in Versammlungen zu wenden, denn gerade in Kiel, in dem größten Orte seines Wahlkreises, ist in einer Weise gegen die Führer und indirekt auch gegen ihn polemisiert worden, daß er scharfen Protest dagegen erheben sollte. Ich weiß, er betrachtet diese vorübergehende Erscheinung vom Standpunkte seiner hohen Warte aus, vom Standpunkt des Unnahbaren und Unerreichbaren. (Heiterkeit.) Aber auf die Mitglieder macht ein derartiges Phrasengebimmel einen ganz anderen Eindruck. (Sehr richtig!) Ich halte deshalb Legien in allererster Linie für berufen, ein ganz entschiedenes Veto gegen solche Demagogenhetze einzulegen. Ich erinnere weiter daran, wie man unseren ergrauten Freund Päplow in Hamburg behandelt hat, man hat ihm einfach die Würde eines Bürgerschaftsmitgliedes abgesprochen. In Wandsbek hat man gesagt, Bringmann sei überhaupt kein Sozialdemokrat. (Heiterkeit.) Und wie hat man in Berlin über die versumpften Kreaturen im Gewerkschaftshaus geredet! Man sprach sogar von Feigheit der Führer usw., und zwar immer unter Hinweis auf Rußland. Wir sollten uns ein Beispiel an Rußland nehmen, wir hätten keine Ideale, keine Begeisterung, keine Gefühle, kein Empfinden mehr, sonst müßten wir unter dem Eindruck der russischen Vorgänge anders denken und handeln. Ich weiß nicht, wie jene Leute im stillen Herzenskämmerlein über die russischen Vorgänge gedacht haben. Jedenfalls hat man in tendenziöser Weise die Verhandlungen in Köln entstellt und in Mißkredit zu bringen versucht, man hat versucht, die Gewerkschaftsmitglieder ihren Führern, die sie selbst erwählt haben, zu entfremden, man hat direkt versucht, sie aufzuhetzen gegen ihre Leiter. Man hat offiziell zum Disziplinbruch aufgefordert. (Sehr gut!) Was heißt es denn anders, wenn man in Versammlungen davon spricht, die Mitglieder sollten Sturm laufen gegen ihre Führer und dergleichen? In einem Teil der größten Parteiblätter wurden alle mißbilligenden Resolutionen über den Kongreß zum Abdruck gebracht, zustimmende Resolutionen unterschlug man. (Sehr wahr!) Ich habe in Hamburg bei einem historisch-ökonomischen Genossen (Heiterkeit) im Vertrauen Erkundigungen eingezogen, weshalb man so verfährt, es war übrigens mein Berufs- und Verbandskollege, und der sagte mir: „Kannst Du etwa fordern, daß eine Redaktion, wie die des „Hamburger Echo", Resolutionen abdruckt, die nicht ihrer Auffassung entsprechen? Die Presse hat nur solche Stimmen wiederzugeben, die ihrer Auffassung entsprechen." (Lachen.) Man erklärte weiter, daß man selbst in engeren Parteikreisen nicht auf dem Standpunkt stehe, daß die Gewerkschaftsführer so unrecht hätten. Es handele sich aber darum, eine Agitation zu entfesseln, um die schlapp gewordenen Massen neu zu beleben. Das halte ich für eine sehr gefährliche, für eine außerordentlich verwerfliche Methode, zumal wenn man nur mit Worten spielt. Und daß man mit Worten gespielt hat, darüber besteht doch, namentlich nach den Erfahrungen in Preußen, absolut kein Zweifel.

Aber weiter! Haben Parteipresse und haben Parteiorganisationen ein Recht, so zu verfahren, wie sie verfahren sind? Haben sie ein Recht, in schweren Zeiten den Gewerkschaftsleitungen in dieser Weise Fußtritte ins Kreuz zu versetzen? Ich für meinen Teil erkläre, daß sie dies Recht nicht haben. (Zustimmung.) Ich glaube, ich befinde mich in Uebereinstimmung mit Geyer, der ja gelegentlich des „Vorwärts"-Konflikts im „Tabakarbeiter" erklärte, es sei unerhört, daß sich die Generalkommission um einen Vorgang in der Partei überhaupt kümmert. (Hört! hört!) Mit demselben Recht können wir verlangen, daß man sich in der Form nicht mit gewerkschaftlichen Fragen beschäftigt. Ich gehöre nicht zu denen, die unbedingt der Parteipresse das Recht absprechen wollen, sich über Fragen der gewerkschaftlichen Taktik und meinethalben auch des Prinzips zu unterhalten — aber doch nicht auf solche Weise! Man muß zum mindesten bei der Kritik wahr und objektiv bleiben, man muß vor allem respektieren die Verantwortlichkeit der gewerkschaftlichen Leitung und nicht minder ihre ehrliche und reine Absicht. (Sehr gut!) Dagegen, daß das nicht geschehen ist, erhebe ich Einspruch. Man soll die Hetze —

Digitized by Google

ich betone mit Nachdruck die Hetze —, wie sie systematisch betrieben ist, nicht betreiben. Ich habe in jenen Zeiten, wo die Wogen so recht hoch gingen, immer an die elende Demagogenhetze gedacht, die man ja in der Partei mit Recht so entschieden verurteilt. An diese Hetze erinnerte mich die Hetze gegen die Gewerkschaftsleitungen, vor allem gegen die Delegierten zum Kölner Kongreß, beide ähnelten sich wie ein Ei dem anderen. Jetzt, wo der Sturm sich gelegt hat, können wir ruhig und sachlich prüfen, was wir zu tun gedenken. Ich bestreite keinen Moment, daß sich die ersten Größen in Jena außergewöhnlich zurückhaltend benommen haben. Das Geschrei und Gekrächze hat man den zweiten Größen überlassen, und die haben es nachgeholt, so daß z. B. einer Genossin, die ich sonst sehr ehre, „die Schamröte ins Gesicht stieg", weil ein Redner sich erlaubte, über Kautsky und die Haltung der „Neuen Zeit" ein ganz harmloses Wort zu sagen. (Heiterkeit.)

Wir haben zu prüfen, ob sich diese Vorgänge wiederholen können, und wenn sie sich wiederholen, was dann zu geschehen hat. Nach meiner Ueberzeugung müßte dann die Gewerkschaftspresse unbedingt solidarischer, energischer und rücksichtsloser zur Abwehr schreiten. Ich stehe auf dem Standpunkt von Deinhardt, der schon in der Diskussion über den vorigen Punkt der Tagesordnung erklärt hat, die Gewerkschaftspresse müsse auf gewisse unbegründete Angriffe der Parteipresse energischer reagieren. Wir haben also zu prüfen, was geschehen kann. Ich sprach davon, daß die Wogen sich etwas geglättet haben, aber daß man auch heute noch in ganz unverantwortlicher Weise Personen herunterreißt, das will ich an einem Beispiel zeigen. Es betrifft allerdings den Gewerkschaftskollegen Rexhäuser, aber ich glaube doch, daß wir auch die Pflicht haben, diesen Mann zu schützen, wenn er in unverantwortlicher Weise vom Zentralorgan der Partei angegriffen wird. (Sehr richtig!) Wir wissen, daß aus einem bestimmten Vorgang, den ich weiter nicht besprechen will, der Zentralvorstand der Buchdrucker Rexhäuser einen Maulkorb angelegt hat. Das war am 3. Februar. Am 4. Februar polemisiert der „Vorwärts" gegen die „Nordd. Allgem. Ztg." und sagt in dieser Polemik:

> „Höchst ergötzlich ist auch, daß das offiziöse Blatt seine Vermutung, die Arbeiterschaft sei mit dem „Treiben der Rrrevoluzzer" nicht einverstanden, auf das Verhalten des — Rexhäuser stützt. Ebensogut könnte sich die „Nordd. Allgem. Ztg." auf das Urteil des Viktor Schweinburg oder Max Lorenz berufen!" (Bewegung.)

Das gehört sich nicht. Man mag über Rexhäuser denken, wie man will, ich teile seine Auffassung bei weitem nicht, aber ich verurteile es als ehrlicher Parteigenosse auf das allerentschiedenste, wenn man Rexhäuser, der doch heute noch Gewerkschaftskollege und der leitende Redakteur eines Blattes ist, mit einem Viktor Schweinburg und einem Max Lorenz auf eine Stufe stellt. (Sehr wahr!) Das dürfen wir nicht dulden, dagegen müssen wir auf das allerentschiedenste Einspruch erheben. Aber weiter! Unser verehrter Freund Scherm schrieb in der „Metallarbeiter-Zeitung" aus Anlaß der Berliner Aussperrung einen Artikel, worin er am Schluß betonte, daß in der Arbeiterbewegung mehr Praxis erforderlich sei, daß wir die Theorie nicht entbehren können, daß aber die Praxis ebenso notwendig sei, und er empfahl allen denen, die sich heute berufen fühlen, Kritik zu üben an der Taktik der Gewerkschaften, zunächst einmal sich mehr Praxis anzueignen. Darauf erwiderte der „Vorwärts", was sich die „Metallarbeiter-Zeitung" eigentlich denkt. (Heiterkeit.) Es sei falsch, anzunehmen, daß die Gewerkschaftsbeamten und die Redakteure die Stimmung der Massen wiedergeben. (Erneute Heiterkeit.) Ja, das heißt doch die Leiter der Gewerkschaftsbewegung, das heißt die Leitungen der Gewerkschaftspresse dem Unternehmertum gegenüber in ganz unverantwortlicher Weise in Mißkredit bringen. (Sehr richtig!) Wir haben bisher immer behauptet, was wir schreiben und reden, das schreiben und reden wir aus den Herzen unserer Kollegen. Nun kommt das Zentralorgan der Partei und sagt: Ist ja gar nicht wahr; was die schreiben und reden, das ist ja gar nicht die Stimmung der Massen. Ein Unternehmer in Hamburg erklärte mir: „Na, was sagen Sie jetzt zu Ihrem Zentralorgan. Da sehen Sie ja, daß es nicht wahr ist, daß Sie sich mit den Massen in Uebereinstimmung befinden." Auch gegen diese Methode muß Einspruch erhoben werden. Ich will von der Phrase der „gehobenen Lebensstellung" nicht reden, aber bezeichnend war es jedenfalls, daß Legien bei der Verhandlung über die Diäten mit Nachdruck hierauf

Digitized by Google

angespielt hat. Ich gehöre zu denen, die ganz entschieden gegen diese Phrase protestieren. Fördert man durch eine so unvernünftige, rückständige Unterstellung, durch diese systematisch betriebene Hetze etwa das Einvernehmen und die Harmonie zwischen Partei und Gewerkschaften? Nein, durch ein solches Gebaren trägt man weit mehr zur Disharmonie bei.

Was sollen wir nun tun? Eine Resolution liegt der Konferenz nicht vor, und ich selbst unterbreite auch keine. Wir sollten es bei einer allgemeinen Aussprache bewenden lassen und im übrigen der Generalkommission ganz bestimmte Direktiven erteilen. Zunächst einmal nach der Richtung hin, daß sie mit Deutlichkeit zu erklären hat, daß wir keine Trennung, keine Entfremdung wollen. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß Partei und Gewerkschaften zwar nicht eins, wohl aber zwei unzertrennliche Machtfaktoren im proletarischen Klassenkampfe sind, und daß die eine ohne die andere nicht leben kann. (Sehr gut!) Wenn wir aber auf diesem Standpunkt stehen, dann haben wir ein Recht, gegen die gekennzeichnete Hetze Einspruch zu erheben. Das müßte die Generalkommission mit Nachdruck den maßgebenden Parteiinstanzen zu Gemüte führen. Ich stehe dem Gedanken Kautsky-v. Elm sehr nahe, daß eine Verbindung geschaffen wird, damit über alle großen Fragen und Aktionen rechtzeitig eine Verständigung zwischen Partei und Gewerkschaften herbeigeführt werden kann. Ich halte es für dringend erforderlich, daß die Generalkommission vor Mannheim eingreift, denn ich bin überzeugt, auch dort wird der Tanz gelegentlich der „Vorwärts"-Debatte wieder losgehen. (Sehr richtig!) Wir haben keine Konferenz mehr vor Mannheim, und deshalb habe ich die Frage hier angeschnitten. Wenn wichtige Fragen auftauchen, wenn große Aktionen uns bevorstehen, wenn die Mithülfe der Gewerkschaften erforderlich ist, wenn die Partei auf ihre Mithülfe angewiesen ist, dann muß die Generalkommission sich mit der Partei in Verbindung setzen und zwar in Uebereinstimmung mit den Zentralvorständen. Es darf nicht vorkommen, daß die Generalkommission wieder einer Resolution wie der Resolution Fischer zur Maifeier in Jena ihre Zustimmung erteilt. Die Zentralvorstände haben dort in zwei Konferenzen eine andere Anschauung vertreten. Hätte man eine derartige zustimmende Erklärung abgeben wollen, dann hätte man die ganze Diskussion über die Form der Maifeier nicht inszenieren sollen.

Also ich gehöre nicht zu denen, die ein disharmonisches Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften herbeiführen wollen, im Gegenteil. Ich will aber auch, daß die verantwortlichen Personen in den Gewerkschaften gegen solche vollkommen unqualifizierten, um nicht zu sagen unverschämten Angriffe geschützt werden. Dazu soll die Konferenz, dazu soll die Generalkommission in unserem Namen beitragen. (Beifall.)

Legien: Dem letzten Wunsche, daß über große Aktionen eine Verständigung zwischen Parteivorstand und Generalkommission stattfinden möge, ist schon längst Rechnung getragen. Wir haben mit dem Parteivorstand schon Verhandlungen gehabt, als die Generalkommission ihren Sitz noch in Hamburg hatte, besonders ist dies aber geschehen, seitdem sie in Berlin sitzt. Wir hatten wiederholt Besprechungen, die teils vom Parteivorstand, teils von uns nachgesucht sind. So hatte die Generalkommission auch einige Tage vor Jena eine Aussprache mit dem Parteivorstand, und da ist die Frage, die Müller hier kritisiert hat, Stellungnahme der Parteipresse zu den Beschlüssen in Köln, sehr ausgiebig behandelt worden. Dieser Vorbesprechung ist es auch wesentlich zu danken, daß in dem Referat über Generalstreik die Angriffe gegen die Gewerkschaften nicht in ähnlicher Weise gekommen sind, wie vorher in der Parteipresse. Am letzten Freitag hatten wir auf Veranlassung des Parteivorstandes wieder eine Besprechung, der Parteivorstand wollte gern über die Stellung der Generalkommission, die er als Vertretung der gesamten Gewerkschaften ja anerkennt, zu der Frage des politischen Massenstreiks resp. der Durchführbarkeit des politischen Massenstreiks Auskunft haben. Es wurde ausdrücklich festgestellt, daß diese Verhandlungen keine verbindliche Form haben sollten, denn es wurde eigentlich nicht verhandelt zwischen Generalkommission und Parteivorstand, sondern es wurde nur die persönliche Meinung der an dieser Sitzung Beteiligten zum Ausdruck gebracht. Wir haben diese Form der Verhandlung gewünscht, weil wir dem Parteivorstand, als die Frage gestellt wurde, erklärten: Für uns ist nicht die Resolution des Parteitages in Jena, sondern die Resolution von Köln maßgebend, da sind die Grundsätze, die wir

Digitized by Google

in bezug auf die Frage zu vertreten haben, niedergelegt. Wir haben, als die Einladung des Parteivorstandes kam, in der Generalkommission über die Frage gar nicht weiter diskutiert, weil für uns durch den Kölner Beschluß die Grundsätze festgelegt waren. Wir erklärten dem Parteivorstand also, daß das unsere Auffassung ist. Es wurde dann gesagt: Schön, dann wollen wir einmal nur allgemein diskutieren, und wollen das, was sich aus dieser allgemeinen Diskussion als Fazit ziehen läßt, beiden Körperschaften vorlegen. Ihr von der Generalkommission legt die grundlegenden Gedanken der Konferenz der Zentralvorstände vor, wir werden unsererseits darüber im Parteivorstande beraten, und später kann dann eine neue Zusammenkunft und eine nähere Besprechung stattfinden.

Nun schlage ich vor, weil die Sache ja im engsten Zusammenhange mit diesem Punkt der Tagesordnung steht, das, was am Freitag als grundlegende Idee für die Durchführbarkeit des Generalstreiks ganz unverbindlich niedergelegt ist, zur Kenntnis zu nehmen und in die allgemeine Diskussion mit einzuziehen. Wir könnten dann vielleicht eine abschließende Aeußerung der Konferenz herbeiführen. Vielleicht äußert sich zunächst Silberschmidt, der an den Verhandlungen am Freitag teilgenommen und sich die nötigen Notizen gemacht hat.

Silberschmidt: Nach diesen Vorbemerkungen bleibt mir ja nur übrig, das wiederzugeben, was als persönlicher Vorschlag von Bebel der Konferenz vorlag. Ich schicke voraus, daß die anwesenden Mitglieder der Generalkommission gegen diesen Vorschlag nichts eingewendet haben. Die Generalkommission war nicht vollzählig, es fehlten einige Mitglieder, Sassenbach war durch Krankheit verhindert, Cohen und Schumann geschäftlich. Nach einer eingehenden Diskussion, in der beide Teile ihre Ansichten aussprachen, erklärte Bebel, daß er sich die Sache so vorstelle, daß die Partei ebenfalls alle Ursache habe, den politischen Massenstreik, wenn irgend möglich, zu verhindern. In Deutschland lägen die Verhältnisse so, und besonders in Preußen — letzteres sei ein ganz besonderer Staat, wie er in der Welt kaum wieder vorkäme —, daß eine glückliche Lösung des politischen Massenstreiks nicht gut möglich sei. (Hört! hört!) Es sei daher der Parteivorstand auch schon in der letzten Zeit allen derartigen Versuchen, einen Streik in Szene zu setzen, entgegengetreten. (Erneutes Hört! hört!), so in Sachsen, ebenso in Hamburg und Preußen, von wo bestimmte Vorschläge kamen, und insbesondere in Berlin. Es sei Auffassung des Parteivorstandes, daß nach Möglichkeit der Inszenierung eines politischen Massenstreiks entgegenzuwirken sei. Sollte aber aus irgend einem Grunde plötzlich dennoch ein Streik ausbrechen oder nicht zu verhindern sein, dann setze er voraus, daß sich die Gewerkschaften an einem solchen politischen Massenstreik offiziell nicht beteiligen (Hört! hört!), sondern daß er Sache der Partei bleibe, daß also die Partei den politischen Massenstreik zu führen habe; selbstverständlich dürften ihr die Gewerkschaftsgenossen nicht hindernd in den Weg treten, das heißt, es dürfte nicht offiziell dagegen Stellung genommen werden, sondern die Genossen müßten, wie es die Taktik und die Disziplin erfordere, für die glückliche Durchführung eines solchen Streiks wirken. Weiter setze er voraus, daß, falls der Streik unvermeidlich sein sollte, aus Gründen, die aus den gegebenen Verhältnissen herauswachsen, auch die gewerkschaftliche Presse nicht entgegenwirkt. Später haben wir diese Frage klargestellt und gefragt, ob die Meinung vorhanden sei, daß die gewerkschaftliche Presse vor dem vielleicht ausbrechenden politischen Massenstreik ihre freie Ansicht nicht äußern dürfe. Es wurde geantwortet, daß sowohl die Gewerkschaftspresse als auch die Parteipresse vollständig frei seien und lediglich aus Gründen der Disziplin im Augenblick des Ausbruches und während des Kampfes nicht dagegen Stellung nehmen sollen. Weiter geht die Ansicht von Bebel dahin, daß, falls ein solcher Streik ausbricht, seine Unterstützung und seine Folgen lediglich Sache der Partei sein sollen. (Zustimmung.) Daß dabei nicht nach den Sätzen der Gewerkschaft Unterstützung gezahlt werden könne, sei ganz selbstverständlich, es müsse nach Maßgabe der vorhandenen oder durch Sammlung aufgebrachten Mittel die Unterstützungsfrage geregelt werden. Hierbei wird selbstverständlich auch vorausgesetzt, daß die Gewerkschaftsmitglieder in ihrer Eigenschaft als Parteigenossen durch Aufrufe und Agitation für diese Sammlungen in weitgehendstem Maße für die Aufbringung der Mittel mit zu sorgen haben, das heißt, nicht aus ihren Kassen, sondern aus Sammlungen, und zwar für Unter-

Digitized by Google

stützungen während des Streiks und für die Strafen, die aus diesem Streik entstehen. Pfannkuch und Bebel waren der Meinung, daß, wenn aus diesem Streik, Aussperrungen oder Streiks entständen, sich die Gewerkschaften und die Partei zu verständigen hätten, ob nachher nicht gemeinsame Mittel für die Folgen verwendet oder die Mittel der Gewerkschaften dazu hergegeben werden sollten. Unsererseits wurde die Anregung gegeben, daß, wenn ein solcher Streik vielleicht unausbleiblich erscheint, die Möglichkeit geschaffen wird, daß Gewerkschaftsvertreter auch an den Vorberatungen über die Durchführbarkeit in geeigneter Form teilnehmen können.

Das sind sechs Momente, die der Vorschlag von Bebel enthält. Wie Legien schon sagte, soll, nachdem der Parteivorstand darüber beraten hat und die Ansicht der Zentralvorstände klargelegt ist, zwischen beiden Körperschaften weiter beraten und wenn möglich zu einem festen Abkommen geschritten werden.

Die Vorschläge von Bebel lauten dem Sinne nach folgendermaßen:

1. Der Parteivorstand hat nicht die Absicht, den politischen Massenstreik zu propagieren, sondern wird, soweit es ihm möglich ist, einen solchen zu verhindern suchen.
2. Wenn dennoch ein solcher Streik ausbrechen sollte, so müßte derselbe von der Partei geführt werden und die Gewerkschaften hätten sich offiziell nicht daran zu beteiligen.
3. Für den Fall eines solchen Streiks sollten die Gewerkschaften dieser Bewegung nicht in den Rücken fallen.
4. Ebenso dürfte die Gewerkschaftspresse in diesem Falle nicht gegen diese Bewegung wirken.
5. Die Unterstützung der Streikenden und die Kosten für die Folgen eines solchen Streiks zu tragen, müsse Aufgabe der Partei sein. Die Mittel müßten unter Mitwirkung aller Genossen, eventuell durch allgemeine Sammlungen aufgebracht werden.
6. Wenn Aussperrungen und Streiks als Folgen dieses Streiks zurückbleiben sollten, so wäre zu empfehlen, daß die Gewerkschaften für die Unterstützung eintreten.

Kloth (Buchbinder): Ich möchte doch ersuchen, wenn ein derartiger Punkt auf die Tagesordnung gesetzt ist, daß Legien dann nicht die Antwort gibt, die Generalkommission hätte überhaupt keine Gedanken dabei gehabt. Jetzt zeigt es sich doch, daß sie Verhandlungen mit dem Parteivorstand gehabt hat und ich glaube, wir haben ein Recht darauf, zu erfahren, in welcher Richtung die Generalkommission Stellung genommen hat. Wir können uns nicht damit zufrieden geben, daß uns bloß, weil Legien seinem Hang, Witze zu machen, folgen will, eine solche Antwort gegeben wird. — Müller hat sich in seinen Ausführungen mit meiner Person beschäftigt und mir die Eigenschaft als Engel Gabriel absprechen wollen. (Heiterkeit.) Ich bin darüber sehr unglücklich, ich bin aber nicht unhöflich und stelle mir einen Engel nicht anders vor als Müller (Heiterkeit) und hoffe, daß wenn wir uns mal im Paradies treffen, wir ihn als Posaunenbläser finden werden. (Heiterkeit.) Die physischen Eigenschaften dazu hat er. (Stürmische Heiterkeit.) Es ist gekommen, wie ich es dachte. Müller hat der Ansicht Ausdruck gegeben, daß es auch ihm darum zu tun sei, ein besseres Verhältnis mit der Partei herbeizuführen. Es kann doch aber kaum die Auffassung obwalten, daß durch derartige Ausführungen, durch ein Zusammentragen aller Angriffe, ein besseres Verhältnis herbeigeführt wird. Alle diese Zitate, die Müller angeführt hat, haben wir schon gelesen. Ich werde nicht in seinen Ton verfallen, es ist mir auch nicht möglich, irgend welches Material herbeizuschaffen, da ich nicht wußte, in welcher Richtung sich das Referat bewegen würde. Es wundert mich eigentlich, daß Müller nur die Parteipresse angeführt, aber die Stimmen aus Gewerkschaftskreisen, um in seinem Jargon zu reden, „unterschlagen" hat, er wird doch wissen, daß der ihm gegenübersitzende Genosse von Elm einen Artikel gebracht hat — ich will daraus nur einige Worte zitieren, dann werden wohl, wenn auch nicht Müller, so doch alle anderen Genossen zugeben, daß die Parteipresse ein Recht hatte, sich polemisch mit Köln zu beschäftigen, wenngleich derartige Angriffe nicht notwendig waren. (Zuruf: Na also!) Ja, mir können Sie keinen Vorwurf machen, ich besitze keinen Einfluß auf die Parteipresse und mir kann man keinen derartigen Angriff vorwerfen.

Digitized by Google

Elm führt aus, daß es vollständig unangebracht wäre, zum Schluß des Gewerkschaftskongresses zu betonen, die Einheit der Partei und der Gewerkschaften wäre über jeden Zweifel erhaben. In Köln sei das Bestreben zutage getreten, den Entscheidungen der Parteitage der Sozialdemokratie vorzugreifen, der deutschen Arbeiterbewegung nicht nur in wirtschaftlichen, sondern auch in politischen Fragen eine Marschroute zu geben. Es wird also Grund für die Parteipresse vorhanden gewesen sein, wenn auch nicht gerade in der Weise, wie es Müller geschildert hat, Kritik zu üben. Ich halte auch die Resolution Bömelburgs für sehr unglücklich, die die Propaganda für verwerflich erklärt. (Zurufe: Steht ja gar nicht darin!) Die Propaganda soll verboten sein. Ich möchte Bömelburg bitten, uns mal ein Privatissimum darüber zu halten, wie man es fertig bringt, als Anhänger des Generalstreiks in der Diskussion darüber nicht zugleich Propaganda dafür zu machen. Deshalb sagt auch von Elm sehr richtig: „Ein Maulkorbgesetz in schlimmster Form ist dieser Beschluß; daran gibt es nichts zu drehen und zu deuteln." Das mag sich Müller merken. Allerdings, das war im wunderschönen Monat Mai, als die Knospen sprangen, wie Elm das schrieb. Jetzt hat er sich bekehrt, die Hälfte des Weges nach Kanossa hat er zurückgelegt, er schwankt zwischen Kanossa und Konstanz hin und her. Nach Konstanz wagt er nicht zu gehen, weil dort Müller steht als Peter von Arbues und ihn verbrennen würde. (Große Heiterkeit.) Weiter sagt von Elm: „Das allgemeine Wahlrecht muß als Magenfrage aufgefaßt werden. Und nun lese man noch einmal die Reden auf dem Gewerkschaftskongreß gegen den politischen Massenstreik, und man wird vergeblich nach einem Wort suchen, das darauf schließen läßt, daß die Redner eine derartige Bedeutung dem allgemeinen Wahlrecht beimessen. Wir bedürfen der Ruhe! Wenn jemand im Kampf um die wichtigsten Volksrechte diese inhaltsschweren Worte spricht, dann bedeutet das nichts anderes, als daß er die Waffen vor dem Feind streckt." Inzwischen hat ja von Elm seinen Hirtenbrief erlassen, daß man sich von der Revolution abwenden soll, aber was „schrewen is, is schrewen", sagt schon Fritz Reuter. Müller hat nur die Sünden der Parteipresse auf den Tisch des Hauses niedergelegt (Müller: Auch der Gewerkschaftspresse!). Ja, das war noch eine Zugabe, aber er hat nicht angeführt die Sünden, die von seiten der Gewerkschaftsgenossen gegen die Parteipresse verübt sind. Ich weise darauf hin, daß z. B. Robert Schmidt, der doch gewissermaßen als Vertreter der Generalkommission auf dem Parteitage wirken konnte, seine Freude darüber ausgesprochen hat, daß das wissenschaftliche Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei so wenig gelesen würde, damit es nicht noch mehr Unheil anrichten könnte. Wenn das ein sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter sagt, so gibt er unseren Gegner die Möglichkeit zu sagen: Das, was ihr in eurer Parteipresse schreibt, das wollen ja eure Genossen nicht. Die Reichstagsabgeordneten erklären ja selbst, es wäre gut, wenn die „Neue Zeit" noch weniger gelesen würde, damit sie nicht noch mehr Unheil anrichten kann. Gerade in manchen Organen der Gewerkschaftspresse werden alle Aktionen der Partei mit den gehässigsten Worten gedeutet. (Ruf: Wo denn?) Der Referent hat es für notwendig gehalten, Rexhäuser herauszureißen, er hat gesagt, ihm wäre Unrecht geschehen, aber gerade seine Artikel über die Wahlrechtsbewegung in Sachsen — man mag darüber denken wie man will, aber kein gewerkschaftliches Organ durfte eine Aktion der Partei so herunterreißen. Haben doch selbst seine eigenen Kollegen in einer Leipziger Buchdruckerversammlung erklärt: Rexhäuser könnte als Kronzeuge im Prozeß vernommen werden! Es ist ja durch die Erklärung des Verbandsvorstandes bestritten, daß eine solche Schlußfolgerung aus den Worten des Staatsanwalts gezogen werden konnte, aber Sie können es niemand verdenken, wenn er die Auffassung jenes Buchdruckers teilt, der in den Bemerkungen zu seiner Resolution jenem Gedanken Ausdruck gab. Auch ich stehe auf dem Standpunkt, daß der Leipziger Staatsanwalt tatsächlich Rexhäuser im Auge hatte. Ich glaube ja nicht, daß Rexhäuser es in irgend einer Beziehung gewollt hat, daß der Staatsanwalt in einem Prozesse gegen seinen eigenen Verbandskollegen sich auf ihn berufen konnte, aber die gewerkschaftliche Politik, wie Rexhäuser sie propagiert, muß ihn zu solchen Taten veranlassen, obgleich ich sonst wohl sagen kann, daß sie keinen großen Schaden anrichten, denn die Politik, die Rexhäuser im Buchdruckerorgan treibt, kommt mir manchmal so vor, als wenn sie Phantasien aus dem Leipziger Ratskeller entspringen.

Digitized by Google

(Heiterkeit.) So viel steht fest, daß auch die junge englische Gewerkschaftsbewegung, so weit sie sich zu politischer Erkenntnis durchgerungen hat, dieselbe Bahn einschlagen muß, wie die deutsche Sozialdemokratie, und damit fällt ja das zusammen, was das Organ der Buchdrucker propagiert. Man spricht von den gehobenen Existenzen der Partei. Ich will betonen, daß Josephsohn ungehindert sagen konnte, daß die Vorstände der Konsumvereine aus ihrem Berufsverband ausgetreten seien, denn für sie sei die soziale Frage gelöst. Und dagegen erhob sich kein Widerspruch, obwohl man annehmen kann, daß die meisten dieser Vorstandsmitglieder ehemalige Gewerkschaftler und Sozialdemokraten sind. Ich glaube ja, es ist nicht so bös gemeint. (Ruf: Nein!) Aber können Sie es da den Parteiorganen verwehren, wenn sie sprechen: „Die Gewerkschaftsführer, wenn sie nicht mehr in Reih und Glied kämpfen, können nicht mehr so fühlen und denken wie ihre Arbeitsgenossen?" (Unruhe. Rufe: Oho, genau so!) Das soll kein Vorwurf sein, aber es ist doch selbstverständlich, daß, wenn wir noch alle in der Werkstätte ständen und uns mit geringeren Löhnen begnügen müßten, wir persönlich mehr daran interessiert wären, daß möglichst bald eine Aenderung der Gesellschaftsordnung eintritt, als wie es jetzt der Fall ist. (Lebhafter Widerspruch. Rufe: Das trifft auf die Parteiangestellten noch in größerem Maße zu!) . . .

Legien: Es geht ja schneller, wenn 20 zu gleicher Zeit reden, aber die Verhandlungen werden dadurch nicht gefördert. Ich bitte, den Redner anzuhören. Sie können sich ja zum Worte melden.

Kloth (fortfahrend): Ich habe das doch nur als Entschuldigung angeführt, das wird mir doch noch gestattet sein.

Nun zu einem anderen Punkt. Es ist der Vorwurf erhoben, daß Gewerkschaftsbeamte der Partei die Marschroute vorschrieben. Ja, was ist denn der Artikel des „Correspondenzblattes" über den „Vorwärts"-Konflikt anders? Es sind auch Einsendungen an das „Correspondenzblatt", um wieder im Jargon von Müller zu reden, „unterschlagen" worden. So viel steht fest, daß die Generalkommission den Artikel genau geprüft hat. Es ist also nicht das Werk von Umbreit, sondern ein Ultimatum der Generalkommission, die der Partei vorschreiben wollte, in welcher Weise sie die Entlassung von Redakteuren vorzunehmen hat. Weiter darauf einzugehen, dazu reicht die Zeit nicht, aber so viel steht fest, daß durch diesen Artikel die Parteigenossen aufgefordert wurden zu einem Disziplinbruch der allerschlimmsten Art. (Lebhafter Widerspruch.) Was würden Sie z. B. sagen, wenn die Parteipresse und der Parteivorstand auffordern würden, falls die Generlakommission jemand entlassen hat, die Heeresfolge zu versagen! (Ruf: Die Art, wie die Redakteure entlassen wurden!) Darüber hat die Partei zu befinden und nicht die Generalkommission, auch nicht die Gewerkschaften. (Zuruf: Dann haben die Kapitalisten auch allein zu befinden!) Es ist früher oft gesagt worden, die Generalkommission wolle eine Nebenregierung bilden, das Wort ist falsch; nach ihrer Stellungnahme im „Vorwärts"-Konflikt kann man sagen, sie soll nicht eine Nebenregierung werden, sondern die Generalkommission soll zur obersten Instanz in der Arbeiterbewegung erhoben werden. (Lebhafter Widerspruch. Zuruf: Dann mußt Du aber Vorsitzender werden! Große Heiterkeit.) Welche Verheerungen angerichtet werden in dem Streben, gegen die Revolutionsromantiker zu schreiben, das mag man daraus ersehen, daß das „Correspondenzblatt" neulich in bezug auf die russische Revolution schrieb; auch dort müßten die Arbeiter es empfinden, daß nur auf dem Wege der Organisation eine Verbesserung herbeigeführt werden könne. (Sehr richtig!) Haben Sie denn die Werke von Kemmann und Parvus nicht gelesen? Dann müßten Sie doch wissen, daß dort in Rußland eine gesetzmäßige Organisation bisher unmöglich war. Einen solchen Ratschlag den russischen Arbeitern zu geben, ist eine Utopie, wie sie schlimmer nicht gedacht werden kann. Genosse Müller meint, es wäre Pflicht der Generalkommission, schon jetzt dafür zu sorgen, daß sämtliche Gewerkschaftsblätter und Gewerkschaften mobil gemacht werden, damit in Mannheim die Auffassung von Müller gewissermaßen als die herrschende zur Geltung kommt. (Lachen.) Das war dem Sinne nach gesagt. Denn was sollte sonst eine Aktion in dieser Richtung für einen Zweck haben?

Noch ein paar Worte zu der Aeußerung des Parteivorstandes über den politischen Massenstreik. (Legien: Nur noch eine Minute!) Für mich genügt das, denn ich habe zu den Ausführungen des Parteivorstandes nicht viel zu

Digitized by Google

sagen. Auch ich möchte den Wunsch daran knüpfen — und ich glaube dazu ein größeres Recht zu haben wie Müller —, daß die Generalkommission nicht die Gewerkschaften und die Gewerkschaftspresse gegen die sozialdemokratische Partei mobil machen, sondern daß sie versuchen möge, eine Verständigung herbeizuführen, damit das Zusammenarbeiten zwischen Partei und Gewerkschaften ein besseres wird. Das gilt namentlich für Streiks, wo ja auch nach Ansicht von Deinhardt die Parteipresse unentbehrlich ist. Natürlich muß die Parteipresse es bei den einzelnen Streiks den gewerkschaftlichen Organisationen überlassen, ihre Kämpfe so zu führen, wie sie es für das richtigste halten, denn die berufenen Gewerkschaftsführer sind am besten imstande, die Maßnahmen zu beurteilen. Dieser Erkenntnis verschließe auch ich mich nicht.

Legien: Ich glaube, daß die Klage, die Kloth über meine Ausführungen bei Feststellung der Tagesordnung angestimmt hat, nicht begründet ist. Er fragte, welchen Gedanken die Generalkommission gehabt habe, als sie diesen Tagesordnungspunkt aufstellte. Ich antwortete: Gar keinen! Und das trifft zu, ich kann nur dasselbe wiederholen. Der Antrag, den Punkt auf die Tagesordnung zu setzen, war von Müller gestellt, die Generalkommission erklärte, es ist Sache der Konferenz, darüber zu entscheiden, ob der Punkt auf der Tagesordnung bleiben soll oder nicht. Kloth kommt aber nun mit einem anderen Einwand, er sagt, ich hätte gewußt, daß Verhandlungen mit dem Parteivorstand gepflogen sind. Er hat offenbar nicht gehört, daß die Verhandlungen vor einigen Tagen stattgefunden haben, und daß zu der Zeit, wo die Tagesordnung aufgestellt wurde, Ende Dezember vorigen Jahres, an diese Verhandlungen noch gar nicht gedacht war. Es bleibt also bei meiner Antwort: Als dieser Tagesordnungspunkt von der Generalkommission aufgesetzt wurde, hat sie gar keine besonderen Gedanken gehabt. (Kloth: Aber doch jetzt bei Beginn der Konferenz!) Ja, nicht nur bei Beginn der Konferenz, sondern auch sonst haben wir Gedanken. (Große Heiterkeit.)

Pokorny (Bergarbeiter): Der Verlauf der Debatte hat wohl gezeigt, daß auf allen Seiten Stimmung für eine Verständigung vorhanden ist. Meiner Meinung nach trägt die heutige Rede von Müller nicht dazu bei, um das Verhältnis zu schaffen, das wir in der deutschen Arbeiterbewegung unbedingt brauchen. (Sehr richtig!) Ich habe die Empfindung gehabt, daß Müller mit seiner heutigen Rede beinahe — ich will nicht sagen ganz — so gefährlich ist, wie die Genossin Rosa Luxemburg mit ihren revolutionären Tiraden. Wir sind vom Gewerkschaftskongreß nach Hause gekommen. Was haben wir vorgefunden? Aeußersten Widerstand bei den Arbeitern. Fast jeder von uns hat sich Vorwürfe sagen lassen müssen, und besonders diejenigen Parteigenossen, die auf dem Kongreß eine führende Stellung inne hatten, die dem Kongreß die Richtschnur gaben. Das wollen wir noch bestreiten? Glauben Sie denn, daß diese Stimmung eine so unnatürliche, daß sie nur die Arbeit gewisser Parteigenossen und Parteigenossinnen sein kann? O nein, ich sage, viel zu dieser Stimmung hat beigetragen die ungeheuer schwankende Haltung des Kongresses. In der Maifeierfrage sind wir nicht mit verbrieften Grundsätzen nach Hause gekommen, und ebenso war das der Fall in der Frage des Massenstreiks. Ich habe unsere Stellung dazu auf unserer Generalversammlung präzisiert und vorgetragen und ich kann sagen: Nur die Art der Polemik ist es, die uns den ganzen Zank zwischen Partei und Gewerkschaften gebracht hat, und die Art dieser Polemik ist nach dem Gewerkschaftskongreß nur verschärft worden. Differenzen bestanden ja auch früher, ich wundere mich, daß mir Rexhäuser nicht verständnisinnig zustimmt. Differenzen waren vorhanden; wir sollten nur in unseren eigenen Reihen umschauen, dann kommen wir zu dem alten Satz, daß innen und auch um die Mauern von Ilion sehr viel gesündigt ist. Müller hat gesagt, daß wir um die Gleichberechtigung innerhalb der Arbeiterbewegung kämpfen müssen. Ach nein, es heißt ja die Grundlage unserer Gewerkschaftsbewegung verkennen, wollten wir Furcht haben, daß wir nicht jene Stellung in der Arbeiterbewegung einnehmen, wie wir sie haben sollen. Ich fühle mich mit sämtlichen Genossen im Einverständnis, wenn ich sage, daß die gewerkschaftliche Bewegung von Jahr zu Jahr an Anerkennung zugenommen hat. Welche Stellung hatten wir vor 10 bis 15 Jahren, und welche Behandlung wird den Gewerkschaften heute zuteil? Wenn hier oder dort einige Personen das gute Verhältnis stören und glauben, ihre Ziele auf anderem Wege verwirklichen zu können, so bilden doch diese Personen nicht das

Digitized by Google

Gros der Partei. Wir haben z. B. vom Parteitage in Jena etwas ganz anderes erwartet, aber tatsächlich finden wir, daß in Jena der Gedanke vorherrschte, man dürfe den Gewerkschaften nicht auf die Füße treten. Täuschen wir uns doch nicht! Diejenigen Genossen und Genossinnen, die eine andere Stellung einnehmen, eine Stellung, die uns nicht lieb ist, spielen in der deutschen Arbeiterbewegung gar keine Rolle. Die gesunde Vernunft unserer deutschen Gewerkschaften, so gut wie die der Parteigenossen in Deutschland ist gefeit gegen derartige Zersetzungen wie die durch die Genossin Rosa Luxemburg. Würde sie zu mir kommen, so würde ich ihr sagen: Gehen Sie nach Oberschlesien! Gehen Sie nach der Lausitz! Organisieren Sie dort die Arbeiter! Machen Sie mir sonst keine Vorschläge! Aber wie gesagt, es ist innerhalb der Parteigenossen nicht die Stimmung vorhanden, die Gewerkschaften als Mauerblümchen anzusehen, sondern wir haben uns eine Stellung errungen, und wir sollten alles tun, um die Einheit, die nun einmal vorhanden sein muß, nicht zu stören. Ich habe die feste Ueberzeugung, daß es so nicht weitergehen kann; wir müssen einen anderen Ton in der Polemik finden, dann werden wir Ruhe bekommen. Die Unvernünftigen werden dann von selbst einsehen, daß sie als Störenfriede nicht mehr zu gebrauchen sind.

Bringmann (Zimmerer): Ich habe geglaubt, daß dieser Punkt der Tagesordnung anders behandelt werden würde, an Zurückliegendem möchte ich nämlich keine Kritik üben. Da ich genannt worden bin, muß ich aber mit einigen Worten auf die Angelegenheit eingehen. Müller führte aus, daß man in Hamburg wenig höflich, nicht nur gegen mich, sondern gegen alle Gewerkschaftsführer vorgegangen sei. Das trifft zu. Der Mann, der in Hamburg gegen uns gewütet hat, heißt Rosbitzki, er ist von Beruf Schuhmacher. Ob er seiner Gewerkschaft angehört, ist fraglich; denen, die ich danach gefragt habe, erscheint es sehr zweifelhaft. Er ist Berichterstatter vom „Echo". Es handelt sich um denselben Mann, der sich zum Lübecker Parteitag von dem damaligen Vorsitzenden unserer Zahlstelle Hamburg, Schnack, einen gehässigen Brief gegen die Maurerorganisation hat schreiben lassen, den er dem Parteivorstande in die Hände spielte. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Mann aus eigenem Antriebe und aus Ueberzeugung handelt, aber ich zweifle daran, denn es geht in der Arbeiterbewegung heute sehr viel hinter den Kulissen vor. (Hört! hört!) Aus diesem Grunde habe ich mich an den Diskussionen nach Jena nicht beteiligt. Gewiß haben wir alle ein großes Interesse an der Gewerkschaftsbewegung, aber wenn die Sache so gemacht wird, wie in und nach Jena, dann hört der Spaß auf. Wir wollen die Lage der Arbeiter verbessern, wenn uns aber die Parteiführer in solcher Weise in den Weg treten, dann geht es nicht. Die Polemik nach dem 5. Gewerkschaftskongreß hat die Gewerkschaftsbewegung geschädigt und der Partei nichts genützt.

Ich hätte gewünscht, daß wir uns weniger mit der Art jener Polemik beschäftigen, sondern ihrer Ursache auf den Grund gingen. Diese Ursache ist unpersönlicher Natur, sie ist sachlich. Die Auseinandersetzung zwischen Partei und Gewerkschaftsbewegung entsteht aus der Theorie unserer Partei, wie sie bisher gang und gäbe gewesen ist. Die maßgebendste Theorie für die deutsche Arbeiterbewegung ist geschrieben worden von Marx, Engels und Kautsky. Wenn ich mich nun mit Kautsky beschäftige, so nicht, um ihn als Person in die Debatte zu ziehen, sondern weil er der offizielle Theoretiker der deutschen Sozialdemokratie ist. Nur in dieser Eigenschaft erwähne ich ihn. In seinem Buche „Das Erfurter Programm in seinem grundsätzlichen Teil" behandelt er auch die Gewerkschaften. Ich will daraus nur zwei Sätze vorlesen. Es heißt da: „Die direkten wirtschaftlichen Erfolge der Kämpfe der unqualifizierten Proletarier sind in der Regel gering. Ihre Geschichte ist „eine lange Reihe von Niederlagen, unterbrochen von wenigen einzelnen Siegen." (Engels.) Aber gleich dem Riesen Antäus der griechischen Sage schöpfen die Proletarier aus der Niederlage neue Kraft. Wie immer der Ausgang des Kampfes sein mag, er selbst ist es, der die Arbeiter moralisch hebt, der alle jene Eigenschaften in ihnen hervortreten und zur Geltung kommen läßt, die wir oben als die charakteristischen des Proletariats bezeichnet haben, der dessen moralische und gesellschaftliche Wiedergeburt fördert, auch wenn er zu seiner ökonomischen Förderung nichts beiträgt, vielleicht gar eine wirtschaftliche Schlechterstellung zur Folge hat." Weiter heißt es: „Das kämpfende Proletariat ist aber das weitaus wichtigste und ergiebigste Rekrutierungsgebiet der Sozialdemokratie,

Digitized by Google

Sie ist im wesentlichen nichts anderes, als der zielbewußte Teil des kämpfenden Proletariats; dieses hat die Tendenz, immer mehr gleichbedeutend zu werden mit der Sozialdemokratie; in Deutschland und Oesterreich sind beide tatsächlich eins geworden." Nach dieser Theorie wird der Kampf an sich als das wesentlichste Moment der Gewerkschaftsbewegung aufgefaßt. Bei uns ist der Kampf aber nur ein Mittel zu dem Zweck, die Lage der Arbeiter zu verbessern. (Sehr richtig!) Diese grundsätzlich verschiedenen Auffassungen der Gewerkschaftsbewegungen müssen schließlich zu Auseinandersetzungen führen. Die Gewerkschaftsbewegung geht aber auch nicht in dem Sinne in der Sozialdemokratie auf, wie Kautsky annimmt. Das führt zu recht merkwürdigen Konsequenzen. Ich will hier nur zwei Auslassungen Kautskys über die Gewerkschaftsbewegung zitieren, die tief blicken lassen.

Gelegentlich einer Auseinandersetzung mit Poersch („Neue Zeit" vom 31. Dezember 1898) erklärte sich Kautsky mit Poerschs Auffassung einverstanden, der als wahres Ziel der gewerkschaftlichen Organisation die Wahrung und Verbesserung der beruflich-wirtschaftlichen Lage der Arbeiter innerhalb der heutigen gesellschaftlichen Ordnung bezeichnet. Kautsky macht nur die einengende Hinzufügung: „Daß die Gewerkschaft ihr Ziel zu erreichen sucht durch eine demokratische Organisation und durch den Kampf gegen die Kapitalisten des Berufes, den sie vertritt. Man könne nur in dem Sinne von „sozialdemokratischen Gewerkschaften" reden, führte Kautsky aus, daß die Mitglieder der deutschen Gewerkschaften, „soweit sie überhaupt einer bestimmten Partei angehören, Sozialdemokraten sind." Das sei aber „nicht ein beabsichtigter, sondern ein durch die Verhältnisse geschaffener" Zustand. Die Gewerkschaften sollten „unpolitische Organisationen" sein. „Die Gewerkschaft soll jedem Lohnarbeiter des betreffenden Berufes offen stehen, welches immer seine politische Gesinnung sein mag. Es ist eine arge Schädigung der deutschen Arbeiterbewegung, daß sie politisch gespalten ist in eine ultramontane, eine freisinnige, eine sozialdemokratische. . . . Soweit die deutsche Gewerkschaftsbewegung unter der Spaltung des Proletariats in verschiedene Parteien leidet, kann sie nur durch die Zurückdrängung der bürgerlichen Parteien in der Arbeiterschaft an Boden gewinnen. Diese Zurückdrängung ist sicher nicht die Aufgabe der Gewerkschaften. Wir stimmen ganz dem Genossen Poersch zu, wenn er meint, daß es für die Gewerkschaften um so besser sei, je weniger Politik sie treiben. Den Parteikampf kann nur die Sozialdemokratie führen. Diese ist es daher, die den Boden für die Gewerkschaftsbewegung vorzubereiten hat. Ehedem betrachtete man die Gewerkschaften als Rekrutenschulen der Sozialdemokratie. Heute ist das Umgekehrte der Fall." So schrieb Kautsky 1898. In den hier gezeichneten Rahmen passen aber alle Gewerkschaften, auch die weit rechtsstehenden, wenn wir so sagen wollen.

Nun schreibt er aber in der „Neuen Zeit" vom 1. Dezember 1905: „Eine neue Art Revisionismus (sei entstanden); der gewerkschaftliche, der in einem Teil der gewerkschaftlichen Bureaukratie seine Stütze fand. Dieser Revisionismus predigt unter der Flagge der Neutralität ein Abrücken von der Sozialdemokratie. Er betrachtet diese nicht als die Arbeiterpartei, sondern als eine Partei wie jede andere. Nicht als die Partei, die das Proletariat vereinigt, sondern als eine von den vielen Parteien, in die das Proletariat sich spaltet. Die Sozialdemokratie wurde als ein die organisatorische Vereinigung des Proletariats hemmender Faktor angesehen. Wollte man die ultramontanen, konservativen und liberalen Arbeiter mit den sozialdemokratischen in einer Gewerkschaft vereinigen, so sollte das nicht dadurch geschehen, daß man jenen die Nützlichkeit und Notwendigkeit der Sozialdemokratie begreiflich machte, sondern dadurch, daß die Gewerkschaft auf allen sozialdemokratischen Geist verzichtete, aus dem sie geboren worden."

In diesen beiden Zitaten liegt ein großer Widerspruch. (Sehr richtig!) Ich nehme das aber Kautsky nicht übel, will kein Scherbengericht über ihn abhalten, sondern nur erklären, woher der Widerspruch kommt. Die Sache ist sehr einfach. Im Jahre 1898 waren die Gewerkschaften noch schwach, es sah so aus, daß sie sich im Sinne der Kautskyschen Theorie entwickeln würden; seitdem sind sie erstarkt und haben bedeutende Erfolge zu verzeichnen. (Sehr richtig!) Das ist der Kern der Sache, der Ursprung der Animosität der Nurpolitiker gegen uns.

Digitized by Google

Zwischen den zitierten beiden Auslassungen Kautskys liegt aber auch das Erscheinen der Broschüre von Rosa Luxemburg: „Revolution oder Sozialreform". Ich will freilich auch über Rosa Luxemburg kein Scherbengericht abhalten. Aber es ist, wenn ich nicht irre, kürzlich von Umbreit im „Correspondenzblatt" behauptet worden, es handele sich in jeder Broschüre um eine rein persönliche Auffassung der Luxemburg; das trifft nicht zu. Wer den sogenannten radikalen Strömung in der Partei auf den Grund gehen will, der endet immer mit dieser Broschüre. Rosa Luxemburg hat die literarische Führung der Radikalen. (Sehr richtig!) Wer die radikale Gruppe verstehen will, die ja in den bedeutendsten Parteiblättern Boden hat, der muß auf jene Broschüre zurückkommen. Nun ist jene Broschüre freilich nichts weiter als eine Fruktifikation des Kommunistischen Manifestes, sie rechnet mit den heutigen Verhältnissen gar nicht, die Gewerkschaften werden darin so aufgefaßt, wie sie in Deutschland nicht existieren. Daher kommt die Frau auch zu dem Schlusse, daß es sich in der Gewerkschaftsbewegung um Sisyphusarbeit handelt.

Gestern ist nun auch hier von Theorie gesprochen worden. Offen gesagt, ich war erstaunt, daß uns ein Antrag vorlag, es sollten Vorlesungen gehalten werden über die Theorien der Gewerkschaftsbewegung. Ich äußerte zu Legien, ich würde mich nicht wundern, wenn mindestens 6 Mann aufstehen und sagen würden, es gibt keine Theorie der Gewerkschaftsbewegung. Es hat sich aber niemand gemeldet. Genosse Kloth, den ich zu jenen 6 rechnete, meinte vielmehr, Legien würde schon die Vorträge darüber halten. Das fiel mir auf; wer nämlich auf dem Boden der radikalen Gruppe der Partei steht, der kann keine gewerkschaftliche Theorie anerkennen (Sehr richtig!), der kennt nur eine Theorie des politischen Klassenkampfes. (Sehr richtig!) Freilich bin ich dafür, daß endlich eine Theorie der Gewerkschaftsbewegung formuliert wird. Ich sehe darin sogar eine Lösung der Frage, wie in Zukunft Auseinandersetzungen zwischen Partei und Gewerkschaftsbewegung vermieden werden können. (Sehr richtig!) Es kommt darauf an, die Gewerkschaftsbewegung und ihre Aufgaben theoretisch zu erfassen. Ich wünsche, daß Legien die Sache durcharbeitet, und soweit ich ihn kenne, ist er der Mann dazu. Ich bin ja 6 Jahre mit ihm in der Generalkommission zusammen gewesen und wir waren im großen ganzen in theoretischer Beziehung immer einig. Von den Nurpolitikern in der Partei können wir nicht erwarten, daß sie ihre Auffassung über die Gewerkschaften revidieren. Die Gewerkschaften müssen aus sich selbst heraus die Theorie entwickeln, stark genug sind wir dazu, und logische Begriffe werden die Gewerkschaftler auch umschreiben können. Ich habe schon oft in engeren Kreisen von einer Husarenattacke auf die Gewerkschaftsführer gesprochen. Die werden wir immer haben, wenn wir nicht bald herangehen, uns theoretisch zu vertiefen. Dazu gehören freilich noch einige Einrichtungen; zum mindesten brauchen wir in der Gewerkschaftsbewegung eine Art wissenschaftlicher Revue. Das „Correspondenzblatt" reicht dazu nicht aus. Sie können ja sagen, da sind die „Sozialistischen Monatshefte", da ist die „Neue Gesellschaft". Aber diese Zeitschriften sind mit verschiedenem verknüpft, was die gewerkschaftliche Theorie nicht so zum Ausdruck kommen läßt, wie für unseren Zweck notwendig ist. Wir sollten uns mit den Gedanken beschäftigen, daß wir mindestens auf dem nächsten Gewerkschaftskongreß zu einer Revue kommen. Ich wollte diesen Gedanken hier nur anregen. Wenn wir so arbeiten, dann wird meiner festen Ueberzeugung nach über kurz oder lang der scheinbare Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaften verschwinden. Tatsächlich gibt es ja zwischen Partei und Gewerkschaften im weitesten Sinne des Wortes keine Auseinandersetzungen, sondern es handelt sich nur um Auseinandersetzungen zwischen gewerkschaftlichen und politischen Führern. (Zustimmung.) Diese aber können wir nur unterbinden, wenn wir versuchen, die Gewerkschaftsbewegung theoretisch zu erfassen, wenn wir zeigen, daß sie sich ebenfalls in der Richtung bewegt, in der sich die Sozialdemokratie bewegen will.

Diehl (Dachdecker): Wenn wir auf dem Standpunkt stehen, Partei und Gewerkschaften sind eins, so hätte ich erwartet, daß offiziell ein Mitglied des Parteivorstandes eingeladen wäre. Hier, wo wir am Ort des Parteivorstandes tagen, wäre das doch ein leichtes gewesen, dann wären jedenfalls auch die sechs Thesen über den politischen Massenstreik seitens des Parteivorstandes vorgetragen worden, und das hätte den Verhandlungen nicht geschadet. Man

Digitized by Google

sollte da, wo es notwendig ist, auch tatsächlich mit der Partei Hand in Hand arbeiten. Dann werden bessere Verhältnisse Platz greifen. Es gibt keinen Streit zwischen Partei und Gewerkschaft im allgemeinen, sondern nur einen Streit zwischen einzelnen Personen. Was hat denn eigentlich den Staub aufgewirbelt? Auch heute ist ja wieder der Staub aufgewirbelt. Müller hat gleich von Anfang an nicht im versöhnenden Sinne gesprochen, sondern ganz anders. Sie müssen doch bedenken, daß man Einrichtungen, an denen die Partei hängt, die sie lange propagiert hat, ebensowenig lächerlich machen darf wie unsere eigenen Einrichtungen. Das ist aber auf dem Gewerkschaftskongreß geschehen. (Widerspruch.) Ich erinnere nur an den Ausspruch von Leimpeters, ich erinnere an den Ausspruch von Bringmann, den ich sonst schätze, aber hatte er es nötig zu sagen: man lege einen Genossen auf den Tisch des Hauses nieder, der durch die Maifeier gewonnen wurde! (Bringmann: Sehr richtig!) Das war doch nicht nötig. Und Müller erinnerte daran, daß in Frankfurt die Maifeier später gefeiert wurde. (Müller: Das habe ich doch zurückgenommen!) Ja, aber wie? Es hat Dir schwere Mühe gekostet, bis Du es zurückgenommen hast. (Zuruf: Er hat doch den Mut dazu gehabt!) Der Mut mußte erst erzwungen werden. Die Schuld liegt nicht auf der einen Seite, es sind auch auf der anderen Seite Sünden vorhanden, und deshalb ist es notwendig, ein besseres Verhältnis anzubahnen. Ich stehe zum Teil auf einem anderen Standpunkt wie Bömelburg, auch in bezug auf den politischen Massenstreik. Er sagte: Man kann den politischen Massenstreik wohl diskutieren, aber man muß es sich sehr ernst überlegen, ob man ihn anwendet; in der deutschen Gewerkschaftsbewegung hat man dafür zu sorgen, daß die Diskussion verschwindet. Ich habe die Worte von Bömelburg nicht so aufgefaßt, als ob er damit meinte, daß die Gewerkschaften ruhen sollen; ihm ist Persönliches angehängt worden, und das ist entschieden zu verurteilen. Wenn aber Müller auf die Vorgänge in Rußland anspielte — ja seien wir doch einmal ehrlich — wenn es nun in Rußland anders verlaufen wäre, so hätte man heute auch diesen Standpunkt nicht propagieren und sagen können: seht mal das Fiasko. Das hat mit unserer Meinung nichts zu tun, unsere Meinung muß unseren Verhältnissen angepaßt sein. Wir können wohl diskutieren, ohne es gleich auszuführen, wir brauchen nicht gleich, wenn wir darüber diskutieren, in den politischen Massenstreik einzutreten. Die Redakteure unserer politischen Presse haben jedoch das Recht, über allgemein gewerkschaftliche Fragen zu sprechen; dies Recht kann man ihnen nicht absprechen, nur über die Form läßt sich reden, darüber kann man anderer Meinung sein. (Zuruf: Darum handelt es sich ja!) Es kommt nicht auf die einzelnen Personen an, sondern auf die Gesamtpartei. Ich war auch beim „Vorwärts"-Konflikt nicht mit dem Parteivorstand einverstanden, ich war als Gewerkschaftsbeamter anderer Meinung, ich habe mir gesagt, der Konflikt konnte auf anderem Wege aus der Welt geschafft werden. Aber ich hätte nicht gedacht, daß die Generalkommission, ehe nur die Denkschrift des Parteivorstandes vorlag, schon eine Meinung ausgab. (Zuruf: Ist ja gar nicht geschehen!) Die Generalkommission hat den Gewerkschaftsblättern den Abzug eines Artikels gesandt, damit ihre Meinung auch als Meinung der übrigen Gewerkschaften gelten sollte, aber die Generalkommission hat gesehen, daß eine ganze Menge von Blättern nicht darauf einging. Unser Redakteur z. B. ist nicht darauf eingegangen, wir waren auch der Meinung, daß das richtig war. Gewiß, die Parteiblätter sollten sich erst informieren, bevor sie über einen Streit schreiben, aber passiert denn Aehnliches nicht auch in den Gewerkschaftsblättern? Ich erinnere nur an den Artikel der „Holzarbeiter-Zeitung" über den Gasarbeiterstreik. Auch politische Blätter müssen das Recht haben, über einen Streit zu urteilen. (Zuruf: Die Holzarbeiter zahlten doch!) Auch darüber kann man geteilter Meinung sein, denn die Partei hilft doch auch in jeder Weise mit. Wenn man den Verlauf des Kölner Gewerkschaftskongresses ansieht, so muß man sich fragen, warum eigentlich die Resolution Schmidt zurückgezogen ist, obwohl eine große Majorität vorhanden war. Wenn man weiß, man hat das Richtige getroffen, dann braucht man doch den Rückzug nicht. Wenn man aber sagt, Partei und Gewerkschaften sind eins, dann hätte man auch die Frage erst gemeinsam behandeln sollen. (Zuruf: Ist ja geschehen!) Nein, das ist nicht geschehen, das werden Sie sich selbst doch nicht weiß machen wollen. Die Resolution wurde zurückgezogen, man hat es bei

Digitized by Google

dem Amsterdamer Beschluß gelassen, das war kein Zusammengehen, sondern ein Auseinandergehen. Auch Müller sagte heute, es sei erklärlich, daß Partei und Gewerkschaften nicht in allen Fragen eins sind, er schloß sich auch dem Ausspruch von Bömelburg nicht an. Aber, wenn man einen solchen Ausspruch tut, dann muß man ihn auch in die Praxis umsetzen und danach handeln. Das ist bei uns nicht überall geschehen. Soll es in Zukunft besser werden, dann müssen wir dafür sorgen, daß solche unleidlichen Polemiken nicht mehr geführt werden. Ich verurteile auch den Standpunkt mancher Parteiredakteure bei manchen Streiks, ich erinnere z. B. an den Streik im Ruhrrevier. Da war es unverantwortlich, daß Düwell den Führern noch Knüppel zwischen die Beine warf. Aber es handelt sich doch da nur um einzelne Personen. Wie kann man sagen, man blickt mit scheelen Augen auf uns, weil die deutsche Gewerkschaftsbewegung so stark ist. Heute weiß die Partei, wissen die Führer, wissen die Redakteure, daß mit dem Augenblick, wo die Gewerkschaftsbewegung abnimmt, auch die politische Bewegung abnimmt. (Zuruf: Das wissen sie eben nicht!) Doch, sie sind ebenfalls Gewerkschaftsmitglieder. (Zuruf: Doch nur zum Teil!) Heute arbeiten die politischen Redakteure zum großen Teil noch mit in der Gewerkschaftsbewegung. Deshalb soll man vorsichtig sein mit seinem Urteil. Wollen wir zusammen arbeiten, gut! Dann sollen wir uns auch die Meinung sagen, wo sie am Platze ist, dann kann jede Seite zur Rechenschaft gezogen werden. Wenn man aber in unleidliche Polemiken verfällt, dann ist das unmöglich. Da dürfen aber auch die Einrichtungen der Partei nicht in solchem Sinne kritisiert werden. Wir verbitten uns Vorwürfe über unsere gewerkschaftliche Taktik. Wenn aber im öffentlichen Leben etwas vorkommt, so kann ruhig die Partei sich darüber äußern, ebensogut wie die Gewerkschaftsblätter sich über den „Vorwärts"-Konflikt geäußert haben.

Die Debatte wird auf Freitag vertagt.

8. Sitzung. 23. Februar, vormittags 9 Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt

Töpfer (Bauarbeiter) in bezug auf den Tadel, den Legien wegen der vorzeitigen Veröffentlichung der Anträge der Generalkommission im „Bauarbeiter" ausgesprochen habe, daß er in dieser Veröffentlichung ein Verbrechen nicht erblicke, da es sich ja um eigentliche Interna gar nicht handelt. Es weiß alle Welt, daß die Konferenz stattfindet, entspricht dieselbe doch einem Kongreßbeschluß; auch weiß jeder, daß die Frage der Grenzstreitigkeiten hier verhandelt werden soll.

Legien glaubt dem gegenüber aufs schärfste betonen zu müssen, daß die Konferenz derartige frühzeitige Veröffentlichungen in Zukunft sich mit aller Entschiedenheit verbitten müsse. (Zustimmung.) Die Entscheidung über Vorschläge für die Konferenz stehe nicht bei den Bauarbeitern, sondern bei der Konferenz.

Es ist bei derartigen Veröffentlichungen weiter zu befürchten, daß uns dadurch polizeiliche Ueberwachung auf den Hals gezogen wird, was auch sicher geschehen wäre, wenn die Berliner Polizei nicht seit einiger Zeit einen in dieser Hinsicht einigermaßen vernünftigen Standpunkt einnehme.

Blum (Sattler): Ich habe seit einer Reihe von Jahren die Beobachtung gemacht, daß zu den wichtigsten Fragen, die zwischen Partei und Gewerkschaften bestehen, ein großer Teil, ich möchte sagen, der größte Teil unserer Gewerkschaftspresse keine Stellung nimmt. (Sehr richtig!) Aus diesem Umstande erklärt sich auch die Bewegung, die innerhalb der Partei ihren Boden findet und infolgedessen gewissermaßen leichtes Spiel hat. Ein großer Teil unserer gewerkschaftlich organisierten Mitglieder wird dadurch gegen die Gewerkschaftspresse und gegen die Führer aufgehetzt. Wäre das nicht der Fall, würde der größte Teil der gewerkschaftlichen Presse zu allen solchen Fragen kritisch Stellung nehmen, wäre die Selbstkritik vorhanden, dann, glaube ich, würden unsere Kollegen nicht in der Form gegen die Führer Stellung nehmen, wie es der Fall ist. Ich habe in meinem Organ ausgeführt, daß es zwar für den einzelnen Redakteur sehr bequem ist, auf diese Weise sein Blatt zu redigieren. Vor allem setzt man sich der Gefahr nicht aus, daß man mit dem Verbandsvorstand und der großen Masse in Kollision gerät, wie wir es bei Georg Schmidt erlebt haben. Die Leute, die an der Spitze eines Gewerkschaftsblattes stehen, müssen unter allen Umständen den Mut und die Pflicht

Digitized by Google

haben, zu wichtigen Fragen Stellung zu nehmen, auch mal gegen den Strom zu schwimmen und den Mitgliedern zu sagen, was sich gehört. Ich erkenne deshalb die Stimmen, die sich gegen einen Teil der Beschlüsse von Gewerkschaften ausgesprochen haben, z. B. im „Tabakarbeiter" und der „Ameise", an, weil sie überhaupt Stellung nehmen. Der größte Teil unserer Presse aber nimmt, wie gesagt, zu den wichtigsten Fragen keine Stellung. Es war eine Schande, mit anzusehen, wie ein großer Teil unserer Blätter den Kölner Kongreß mit der Scheere behandelt hat, die Beschlüsse wurden ausgeschnitten und aufgeklebt, und damit war alles gemacht. Das gehört sich doch von jedem gewerkschaftlichen Redakteur, daß er zu einem so wichtigen Kongreß Stellung nimmt, die Meinung seiner Mitglieder herausfordert und diese erzieht. Auch zu den Parteitagen von Jena und Dresden hat der größte Teil der Presse keine Stellung genommen. Ein großer Teil unserer Gewerkschaftsredakteure bildet sich seine Meinung danach, wie im allgemeinen die Beschlüsse aufgefaßt werden. Steht die Masse mit den Beschlüssen in Uebereinstimmung, dann ist es leicht, Artikel zu verbrechen, und mit der Masse mitzugehen, aber wenn man isoliert dasteht, dann läßt man seine Meinung lieber unter den Tisch fallen; man sagt seine Meinung wohl privatim, aber öffentlich bekennt man sie nicht. Es wurde gestern Robert Schmidt vorgeworfen, daß er in Jena gesagt hat, es sei ein Glück, daß die „Neue Zeit" nicht so sehr gelesen wird. Ich habe einige Wochen vorher schon das gleiche in meinem Organ geschrieben, und zwar aus ganz bestimmten Gründen heraus. In einem Artikel von Fleißner kurz vor dem Parteitag heißt es: „Das Ueberwuchern der Unterstützungseinrichtungen braucht aber nicht nur die vorhandenen Kräfte ganz und gar für Verwaltungszwecke auf, es benachteiligt auch die Partei, weil die notwendig sehr in die Höhe getriebenen Gewerkschaftssteuern vielen Arbeitern die Zahlung von Parteibeiträgen sehr erschweren. Beim schlecht bezahlten Arbeitern spielen eben auch Groschen eine Rolle." Wenn man weiß, in welcher Weise die Gewerkschaftsführer im Kampfe stehen, und welche Opfer es gekostet hat, bis wir die Beiträge auf diese Höhe gebracht haben, dann ist ein solcher Ausspruch ganz unverantwortlich. Daß solche Meinungen in der Partei bei einzelnen Leuten vorherrschen, will ich noch durchgehen lassen, aber es kennzeichnet den Charakter und die Strömung, daß die „Neue Zeit" solchen Ausführungen ihre Spalten öffnet. Kautsky hätte es sich überlegen müssen, ehe er so etwas durchgehen ließ. Ich glaube, daß, abgesehen von einem oder zwei Blättern in der ganzen Gewerkschaftspresse, gegen diese Aeußerung, die uns tatsächlich in unserem ganzen Fundament erschüttert, von niemandem Stellung genommen ist. Das hätte aber geschehen müssen, und deshalb halte ich es auch für richtig, daß das „Correspondenzblatt" zu anderen Fragen, z. B. der „Vorwärts"-Frage, Stellung genommen hat. Das „Correspondenzblatt" hätte sich aber auf die bloße Kritik beschränken sollen, und da ist es mir in verschiedener Hinsicht noch nicht weit genug gegangen. Ich habe es aber für untaktisch gehalten, daß man in einer so hochwichtigen Frage gewissermaßen der Gewerkschaftspresse eine Meinung zugesandt hat. (Sehr richtig!) Ich verlange, daß unsere Redakteure sich eine selbständige Meinung in solchen Fragen bilden, und ich habe deshalb auch die Zusendung der Generalkommission nicht aufgenommen, ich habe eine andere, noch viel schärfere Kritik geübt wie Umbreit. Hier handelt es sich doch um etwas ganz anderes als etwa um einen Artikel über die Streikstatistik, über die ein großer Teil unserer Redakteure aus Mangel an Zeit nichts schreiben kann. In so wichtigen Dingen aber verlange ich, daß unsere Redakteure sich eine eigene Meinung bilden. (Zustimmung.) Es muß dahin kommen, daß zu allgemeinen Fragen, die die Partei und die Gewerkschaften gleichmäßig interessieren, auch die gewerkschaftlichen Redakteure Stellung nehmen.

Simon (Schuhmacher): Ich bin der letzte, der die persönlichen Angriffe billigt, die seitens einzelner Parteiblätter gegen die Gewerkschaftsbewegung und gegen einzelne Führer gerichtet sind. Aber wir müssen uns doch fragen, ob nicht auch wir einen Teil der Schuld tragen, daß dem so ist, und ich hätte gewünscht, daß Müller, der ja ein besonderes Einvernehmen zwischen Partei und Gewerkschaften herbeigeführt wissen will, auch diese Frage ein klein wenig gestreift hätte. Genosse Müller hat mit Recht darauf hingewiesen, daß insbesondere nach Köln die Angriffe auf die Gewerkschaften beziehungsweise auf einige Führer geradezu niedergehagelt sind. Ja, warum ist das geschehen?

Digitized by Google

Das hat Genosse Müller unterlassen zu sagen. In Köln sind seitens einzelner Genossen Ausführungen gemacht, die, wenn wir objektiv bleiben wollten — und das sollten wir doch bei allen Anlässen sein —, die Parteipresse geradezu zur Stellungnahme gezwungen haben. Eine andere Frage ist allerdings, w i e sie Stellung genommen hat. Aber haben nicht einzelne Gewerkschaftsführer in Köln ebenfalls z. B. zur Frage der Maifeier eine Stellung eingenommen, die die Parteipresse geradezu zur Kritik provoziert? Ich will nicht auf alles eingehen, wir wissen ja selbst, was einzelne Genossen, z. B. Müller und Leimpeters, zur Frage der Maifeier ausgeführt haben. Natürlich ist es jedem unbenommen, seine Meinung zu sagen, aber man muß doch auch gestatten, daß andere eine andere Auffassung haben. Wenn Leimpeters z. B. erklärt, uns gehen die Beschlüsse internationaler Kongresse absolut nichts an, wir sind in der Lage, andere Beschlüsse zu fassen, und wenn Müller hier ausführt, daß wir Gleichberechtigung verlangen, so muß ich doch fragen: wo ist uns denn die Gleichberechtigung bisher bestritten worden? Die Sache liegt denn doch etwas anders. Man darf doch nicht die Gleichberechtigung so auffassen, daß wir als Glieder einer Partei — und diese Glieder wollen wir doch sein — das Recht haben, auf unseren Separatkongressen irgend welche Beschlüsse zu fassen, die sich gegen die Beschlüsse der Gesamtpartei richten. Nein, so kann die Gleichberechtigung nicht aufgefaßt werden. Wenn wir mit irgend einem Beschlusse nicht einverstanden sind, so haben wir als Parteigenossen die Pflicht, in denjenigen Organisationen unsere divergierende Meinung zur Geltung zu bringen, wohin wir gehören. Wir sind in Wirklichkeit doch innerhalb der Partei die Majorität, wir befinden uns doch nicht in der Minderheit. Wenn wir also mit irgend einem Beschluß nicht einverstanden sind, so müssen wir eben dahin gehen, wo wir in der Lage sind, eine Aenderung herbeizuführen. Es wird so hingestellt, als seien es nur einzelne Führer der Partei, die gegen uns Stellung genommen hätten. In Wirklichkeit waren es unsere Gewerkschaftsgenossen, die in den Parteiversammlungen Stellung nahmen und sich mit den Beschlüssen oder mit den Ausführungen in Köln nicht einverstanden erklärten. Man greift den „Vorwärts" an, weil er sich in sehr scharfer Weise gegen Rexhäuser ausgesprochen hat. Man hätte bei dieser Gelegenheit wohl ruhig sagen können, daß man auch das, was Rexhäuser in seinem Blatt geschrieben hat, insbesondere das, worauf sich der Angriff des „Vorwärts" stützt, nicht billigt. (Sehr richtig!) Wenn man eine Verständigung herbeiführen will, dann darf man doch nicht das, was auf der einen Seite geschehen ist, für unrecht erklären, während man für das, was auf der anderen Seite geschehen ist, auch nicht den leisesten Tadel hat. Auch der Uriasbrief, der in der „Bergarbeiter-Zeitung" dem Genossen Düwell ausgestellt ist (Zuruf: Der hat es verdient!), — es wird gesagt, der hat es verdient, es wird hier aber doch über die Form gesprochen. Es läßt sich darüber streiten, ob die Form die richtige war, oder ob das nicht gerade dazu führt, daß fortwährend neue Angriffe erhoben werden. (Zuruf: Umgekehrt ist es doch dasselbe!) Silberschmidt hat in Jena mit Recht gesagt, daß unsere gewerkschaftliche Presse den Samen des Sozialismus in Kreise trägt, wo die Parteipresse nicht hinkommt. Ich stimme dem vollkommen zu. Aber wenn man weiß, daß dem so ist, und wenn man selbst Parteigenosse ist und selbst ein Interesse an der fortschreitenden Entwickelung der Parteibewegung hat, dann sollte man sich sehr hüten, mit Rücksicht darauf, daß das Gewerkschaftsblatt die einzige geistige Nahrung auf dem Lande oder in kleinen Orten ist, solche Artikel zu schreiben, wie sie z. B. im Organ der Zimmerer längere Zeit gestanden haben. (Zuruf: Die haben Sie ja gar nicht gelesen!) Auf den Genossen, der mir diesen Zuruf macht, dürfte das wohl zutreffen, Bringmann weiß genau, daß ich sie gelesen habe. (Bringmann: Ich werde schon antworten.) Das erwarte ich auch. Bringmann sagte mir, ja, weißt Du denn auch, wo ich das, was ich dort geschrieben habe, her habe? Ich sagte nein. Er erwiderte: aus der fünften Auflage der Erläuterungen von Kautsky zum Erfurter Programm. Ich habe mir Mühe gegeben, die Stelle zu finden, aber es ist mir nicht gelungen; ich kann keine Stelle finden, wo Kautsky geschrieben hätte, daß die Verelendungs- und Krisentheorie nicht aufrecht erhalten werden kann, auch nicht in der neuen Auflage. Ich meine, daß es gerade nach der Richtung hin notwendig wäre, sich eine weise Beschränkung aufzuerlegen. Ich bin fest überzeugt, daß wir dann nicht so mit der Partei kollidieren würden,

Digitized by Google

Wie es in der letzten Zeit der Fall gewesen ist. Bringmann zitiert Kautsky, und zwar was Kautsky 1898 und was er 1905 geschrieben hat, und er fügt hinzu, daß man diese Schwenkung nur verstehen könne, wenn man weiß, daß dazwischen die Erstarkung der Gewerkschaftsbewegung liegt. (Sehr richtig!) Ich habe eine andere Auffassung, Sie mögen dazu lächeln, das ist mir gleich; ich meine, dazwischen liegt eine vollständige Frontveränderung einzelner, und zwar eines sehr erheblichen Teiles der Gewerkschaftsführer. Nicht die Erstarkung der Gewerkschaftsbewegung ist es, was Kautsky zu seinen Ausführungen veranlaßte. Und daß Kautsky auch in dem von Bringmann zitierten Satz von dem Kampf spricht, daß er davon spricht, daß die Gewerkschaften auch aus Niederlagen neue Kräfte ziehen, und daß das nicht so auszulegen sei, wie Bringmann es auslegt, das dürfte doch klar sein. Hat doch kein anderer als Scherm bei dem vorigen Punkt der Tagesordnung ganz dasselbe ausgeführt! Er hat erklärt: Trotz unserer Niederlage haben wir in Berlin zirka 10 000 Neuaufnahmen zu verzeichnen, also wir fühlen uns durch unsere Niederlage nicht geschwächt, sondern im Gegenteil gestärkt. Wenn Bringmann hinzufügt, wer den radikalen Standpunkt einnimmt, der kann keine gewerkschaftliche Theorie anerkennen, der kann nur auf dem Boden des Klassenkampfes stehen — ja, Genossen, ich frage Sie: stehen wir nicht alle auf dem Boden des Klassenkampfes? (Zustimmung.) Die ganzen großen Kämpfe, die sich in den letzten Jahren abgespielt haben, die Kämpfe im Ruhrrevier, in Crimmitschau, in Berlin, in Iserlohn und wie sie alle heißen, alle diese großen Kämpfe waren Klassenkämpfe. Hier aber wird es so dargestellt, als ob wir in unserer Gewerkschaftsbewegung keinen Klassenkampf führen. (Lebhafter Widerspruch.) Wenn Worte einen Sinn haben — ich habe mir das, was Bringmann ausgeführt hat, wörtlich notiert —, wenn Worte einen Sinn haben, können sie nicht anders aufgefaßt werden als ich sie interpretiert habe. Bringmann hat ausdrücklich gesagt, wer auf dem radikalen Standpunkt steht, der kann keine gewerkschaftliche Theorie anerkennen, der muß auf dem Standpunkt des Klassenkampfes stehen. Ich bin doch der Meinung, daß wir ebenfalls auf den Sturz der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung hinarbeiten, daß unsere ganze Tätigkeit nichts ist als eine Unterminierung dieser Gesellschaftsordnung. Also nach der Richtung hin dürfte es denn doch nicht notwendig sein, so vorzugehen, wie es seitens einzelner Gewerkschaftler geschieht. Wenn von beiden Seiten etwas mehr Mäßigung versucht würde, wenn beide Teile versuchen würden, in anderer Weise miteinander zu verkehren, wenn diese Animosität gegen den einen oder den anderen Teil — ich nehme da auch einen Teil der Parteipresse nicht aus — geringer würde, dann würden würden wir nicht zum Gaudium unserer Gegner Dinge unternehmen, die die Arbeiterbewegung nur schädigen. Die Resolution Bebel von Jena legt ausdrücklich auch den Parteigenossen die Pflicht auf, sich der gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen, das ist ein ganz bedeutender Fortschritt gegen früher; wir sehen, daß die Partei Mittel und Wege sucht, um der Gewerkschaftsbewegung entgegenzukommen. Dann soll man sich aber nicht hinstellen und sagen, Rosa Luxemburg und so weiter sind diejenigen, die den Ton angeben. So schlimm ist es gar nicht. Ich kann erklären, daß auch die politische Presse, die auf einem ziemlich radikalen Standpunkt steht, sehr wenig Notiz nimmt von den Angriffen, die Rosa Luxemburg u. a. gegen einzelne gewerkschaftliche Führer richten. (Widerspruch.) Ich komme auch herum, ich lese auch die Parteipresse, ich weiß z. B., daß unser Nürnberger Organ, dessen Chefredakteur Dr. Braun ein sehr strenger Marxist ist, in keiner Weise gegen die Gewerkschaftsbewegung nach der Richtung hin Stellung genommen hat. Wir täten am besten, wenn wir uns sagten: wir haben bisher alle beide gefehlt, wir wollen versuchen, gemeinsam zu arbeiten. Damit werden wir sowohl der politischen als auch der gewerkschaftlichen Bewegung den besten Dienst erweisen. Wollen wir eine Verständigung herbeiführen, dann dürfen wir nicht die ganze Schuld der Partei aufhalsen, sondern dann müssen wir zugeben, daß auch wir im einzelnen gefehlt haben, und dann müssen wir versuchen, es in Zukunft besser zu machen. Ein Redner machte der Generalkommission den Vorwurf, daß sie kein Recht gehabt hätte, ihre Zustimmung zur Maifeier-Resolution in Jena zu geben. Ich habe eine andere Auffassung. In Köln wurden alle Resolutionen zurückgezogen, es wurde ausdrücklich gesagt, daß wir warten sollen bis zum nächsten Internationalen Kongreß. Die Generalkommission konnte also, um den Streit in

Digitized by Google

Deutschland selbst momentan aus der Welt zu schaffen, nichts anderes tut. Ja, sie war geradezu genötigt, eine Verständigung mit der Parteileitung herbeizuführen.

v. Elm (Zigarrensortierer): Kloth hat mich gestern als Kronzeugen genannt. Das war eigentlich der Grund, weshalb ich mich zum Worte meldete. Er hat sich all die schönen Ausdrücke zu eigen gemacht, die von der Redaktion der „Neuen Zeit" und des „Vorwärts" gegen mich gebraucht sind. Genosse Kloth, es wäre viel richtiger, wenn Du Dich nicht nur auf diese Aeußerungen stützen, sondern auch selbst einmal nachdenken würdest, Du kämest dann wahrscheinlich zu einem anderen Resultat. Ich stehe noch heute genau auf demselben Standpunkt, den ich in Köln und in Jena vertreten habe, aber die andere Seite, die mich speziell angegriffen hat, ist es, welche den Standpunkt, der in Jena vertreten wurde, vollständig verlassen hat. Kloth hat das schöne Wort von Reuter zitiert: wat schrewen is, is schrewen. Soweit sich das auf das von mir Geschriebene bezieht, will ich es ohne weiteres anerkennen, aber in der Partei gilt dies Wort nicht. (Sehr gut!) Es gilt nämlich nur für einen Teil, für die Revisionisten, denen man nach langen Jahren eventuell noch einen Auszug aus ihren Schriften um die Ohren haut. Für die Radikalen gilt das nicht. Wollten wir heute öffentlich sagen, wie wir darüber denken und wollten wir das von jener Seite Geschriebene zitieren, so würde es uns gehen wie Rexhäuser, den man beschuldigt hat, daß er die Herren dem Staatsanwalt denunzierte. So geht es auch mit dem sogenannten „Hirtenbrief". Der „Hirtenbrief" deutete nur zart an, was in der Parteipresse geschrieben wurde, aber keineswegs hat er Stellen aus den einzelnen Artikeln herausgezogen, um sie als Beweismaterial zusammenzutragen. Hier sind wir ja unter uns, hier kann man mal ein freieres Wort reden. Wie hat man denn die Resolution von Jena seitens dieses Teiles der Parteipresse und der radikalen Genossen ausgelegt? Hat man sich etwa an die Resolution gehalten, hat man sich an den Beschluß gehalten, man wolle das Mittel des politischen Massenstreiks eventuell anwenden gegen einen Wahlrechtsraub oder auch zur Eroberung des Wahlrechts? Bewahre! Davon war keine Rede mehr, sondern bei der Reichstagseröffnung, da ließ die neue „Vorwärts"-Redaktion die Glocke des Präsidenten zur Sturmglocke der Revolution werden. In einem nächsten Artikel wurde uns geraten, gegen die Flottenvorlage eine Massenaktion zu inszenieren, und aus der russischen Revolution zog man die ganz merkwürdige Schlußfolgerung, die „Pulverfässer" in Europa zu entzünden, die „morschen Staatsgebäude" zusammenkrachen zu lassen, und diese Revolution, die kommende, die b a l d kommende Revolution, die sollte nicht etwa uns ein freies Wahlrecht bringen, die sollte uns den Anfang der sozialistischen Gesellschaft bringen. (Lachen.) Ja, derartig tolles Zeug (Sehr gut!) ist in der Parteipresse geschrieben worden, und wenn man sich dagegen wehrt, dann kommen die radikalen Herrschaften und sagen, das ist eine katastrophenartige Entwickelung, dann muß man es sich gefallen lassen, daß man die alte Tante usw. tituliert wird. Ja, die Zeit wird kommen, wo wir reden können, ohne uns dem Verdacht auszusetzen, daß wir denunzieren wollen, und dann werden wir reden, und zwar recht deutlich reden. Ich könnte eine ganze Menge Zitate vorführen. Lesen Sie einmal die Revolutionsnummer, was Rosa Luxemburg, was Kautsky dort geschrieben hat, welche Schlußfolgerung in bezug auf Deutschland aus der russischen Revolution gezogen wird! Ja, derartiges ist in Jena nie beschlossen worden. Es ist vollständig falsch, einfach zu sagen, wer dagegen Front macht, der habe sich gemausert, bei dem sei eine katastrophenartige Entwickelung eingetreten.

Die Vorschläge von Bebel sind zum Teil mit Heiterkeit aufgenommen worden, man hat sich erstaunt gefragt, das hat Bebel gesagt? Ja, ich muß bekennen, daß ich zwischen diesen Vorschlägen von Bebel und seinen Ausführungen in Jena einen Widerspruch nicht gefunden habe. Wenn dem Genossen Bebel irgend ein Vorwurf zu machen ist, dann der, daß er nicht rechtzeitig gebremst hat (Sehr richtig!), daß er diesem unerhörten Unfug in Deutschland nicht gesteuert hat. (Sehr richtig!) Diesen Vorwurf werde ich ihm jederzeit öffentlich machen. Was die Vorschläge selbst anbelangt, so läßt sich auch daran viel aussetzen. Unter den gegebenen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen läßt sich ja nichts anderes machen, als daß man der Partei offiziell bei solchen Anlässen die Führung überläßt und ihr auch die Verantwortung

Digitized by Google

überträgt. Wenn aber das Mittel des Massenstreiks wirken soll, dann würde es schon richtiger sein, beide Teile würden sich rechtzeitig vorher verständigen und gemeinsam in die Aktion eintreten. Aber wie die Dinge liegen, sind die Voraussetzungen der Jenaer Resolution bei uns in Deutschland längst noch nicht erfüllt. Das soll Kloth doch auch nicht vergessen. Was ist denn in Jena als Voraussetzung des Gelingens des Massenstreiks hingestellt? Die Stärkung der Organisationen des Proletariats, vor allem die Stärkung der Gewerkschaften, und wenn die Leute, die sich auf die Jenaer Resolution stützen, nachher kommen und unsere ganze gewerkschaftliche Arbeit herunterreißen und als Sisyphusarbeit bezeichnen, dann sollen wir noch sagen, daß sie denselben Standpunkt vertreten, den wir in Jena vertreten haben? Das sollen wir uns gefallen lassen? Es ist viel über die Art der Kritik geredet worden. Auch ich bin der Meinung, daß vielleicht auf beiden Seiten etwa gefehlt sein mag, aber jedenfalls hat die Parteipresse das allerschlimmste nach der Richtung hin geleistet. Das, was an persönlichen Angriffen geleistet ist, erscheint mir an und für sich noch nicht als das Gefährliche. (Legien: Aber es ist typisch!) Was ich dagegen sehr schmerzlich empfunden habe, das ist die geflissentliche Herabsetzung der gewerkschaftlichen Tätigkeit. (Sehr richtig!) Das sollte auch Simon nicht vergessen, der da sagte, es ist auf beiden Seiten gefehlt. Nein, auf unserer Seite ist die Parteibewegung nie als Sisyphusarbeit hingestellt worden. Genosse Kloth zitiert mich nur da, wo er glaubt, mich verwenden zu können. Ich habe ja nicht nur den einen Artikel über diesen Gegenstand geschrieben, ich habe in einem anderen Artikel gewarnt, in dieser Weise in der Parteipresse fortzufahren. Wenn Kloth alles zitieren würde, was ich darüber geschrieben habe, so würde ein ganz anderes Bild herauskommen. Es ist von der Verständigung geredet worden, die wir mit der Partei suchen müssen. Ich bin der Meinung, daß, wenn man diese Verständigung vorher gesucht hätte, vor Köln, wahrscheinlich mit wenigen Strichen diese sogenannte Differenz sich hätte aus der Welt schaffen lassen. Das ist ja auch selbst von denjenigen, die die Resolution in Köln eingebracht haben, erklärt, daß sie nicht besonders geschickt gewesen ist, und diese ungeschickte Fassung hätte sehr leicht vermieden werden können. Es wäre durchaus nicht notwendig gewesen, sich in einen Gegensatz zu den Beschlüssen des internationalen Kongresses zu stellen. Es wäre sehr leicht möglich gewesen, durch eine klarere Fassung die Resolution so zu gestalten, daß sie sich dagegen gerichtet hätte, wogegen sie sich eigentlich richten sollte, gegen die Propagierung des Massenstreiks als Allheilmittel, gegen die anarchistische Propagierung des Massenstreiks. Der größte Teil der sogenannten Radikalen — in Wirklichkeit sind sie nicht radikal; wenn man den Firnis abstreift, bleibt mitunter ein ganz gewöhnlicher Spießer übrig (Sehr richtig!) —, diese sogenannten Radikalen haben nicht im Sinne von Jena die Resolution zu fruktifizieren gesucht. Namentlich seitdem die neuen Geister dort in der Lindenstraße eingezogen sind, ist das geschehen. Mit ihnen zog der Geist Friedebergs ein. (Sehr richtig!) Wenn er auch nicht da saß, redigierte er doch den „Vorwärts", denn in anarcho-sozialistischem Sinne ist er redigiert worden nach der Palastrevolution.

Die Verständigung mit dem Parteivorstand wünsche ich unter allen Umständen, ich bin aber der Meinung, man soll nicht erst dann eine Verständigung suchen, wenn Differenzen vorhanden sind, sondern schon vorher, um Differenzen zu vermeiden. Das ist die Hauptsache. Jetzt treten Parteivorstand und Generalkommission zusammen, um, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, zu retten, was zu retten ist. Das halte ich für sehr verkehrt. Mir liegt vor allem daran, daß auf einem wichtigen Gebiet eine Verständigung von vornherein gesucht wird, und zwar auf sozialpolitischem Gebiet. Ich bin fest überzeugt, wenn dort ein gemeinsames Kampfgebiet mehr als bisher geschaffen würde, dann würden auch die Differenzen weit mehr verschwinden. Heute ist unsere politische Tätigkeit eine ziemlich unfruchtbare. (Zustimmung. Ruf: Vollständig!) Gerade von gewerkschaftlicher Seite müßte darauf gedrängt werden, daß diesem unglücklichen Zustand ein Ende gemacht würde.

Nun hat Bringmann über die Theorie der Gewerkschaftsbewegung gesprochen, er hat einen Gegensatz zwischen der Theorie der Gewerkschaftsbewegung und der politischen Bewegung zu konstruieren gesucht. Ich muß sagen, daß ich diese Gegensätze in der Weise bisher nicht entdeckt habe. Er hat ja darin recht, daß eine Reihe unserer sogenannten Theoretiker auch heute

Digitized by Google

noch den gewerkschaftlichen Kampf propagieren um des Kampfes willen, wie man früher sagte, um die Köpfe der Arbeiter zu revolutionieren oder auch um Rekruten für die Sozialdemokratie zu werben. Das stimmt ja, das ist auch heute noch zum Teil der Fall, aber daß diese Richtung innerhalb der Sozialdemokratie noch eine große Bedeutung hat, bestreite ich ganz entschieden. Sie herrscht momentan, sie gibt momentan den Ton an, aber weshalb? Genosse Simon hat in einem Punkte recht: wenn die Gewerkschaftsmitglieder sich mehr um die Partei kümmern würden, dann würde diese Richtung auf einem einzigen Parteitag einfach hinweggefegt werden. (Sehr richtig!) Aber die Gewerkschaftsmitglieder kümmern sich leider zu wenig um die Partei. Kommt doch mal in die Parteiversammlungen! Wo sind da unsere Gewerkschaftsmitglieder, wenn wir unseren Standpunkt wahren? Leute, die gar nicht mehr Arbeiter sind, die die Interessen der Gewerkschaften zum Teil gar nicht mehr kennen, geben den Ton an. Die Gegensätze, die man hier zu konstruieren sucht, sind innerhalb der Sozialdemokratie seit langen Jahren vorhanden, und die Richtung, die da erklärt, wir kämpfen auf gewerkschaftlichem Gebiete in erster Linie, um die Lebenshaltung der Arbeiter zu erhöhen, diese Richtung hat längst die Oberhand gewonnen. (Sehr richtig!) Die Genossen stehen doch längst nicht mehr auf dem Standpunkt der Verelendungstheorie, daß sie ständig und ständig elender werden müssen, damit die Leute erst reif werden für den Klassenkampf. Das sind überwundene Anschauungen, und wenn sie noch von einzelnen vertreten werden, so sollte es sich die Gewerkschaftspresse zur Aufgabe machen, mit aller Entschiedenheit dagegen anzukämpfen. Bringmann will eine wissenschaftliche Revue schaffen, um die reine Theorie der Gewerkschaftsbewegung zu propagieren. Das wäre das allerschlimmste, was wir tun können. (Sehr richtig!) Was würde dabei herauskommen? Man würde unter allen Umständen auf dem Gebiete der Theorie Gegensätze suchen und würde sie auch künstlich schaffen. Dies wissenschaftliche Organ würde von vornherein ein Kampforgan werden, es würde nur dazu beitragen, die Gegensätze zu verschärfen. (Sehr richtig!) Wenn wir irgend etwas nach der Richtung hin wollen, dann können wir ja unser „Correspondenzblatt" vergrößern, aber eine wissenschaftliche Revue zu gründen mit dem ausgesprochenen Zweck, die reine Theorie der Gewerkschaftsbewegung zu vertreten, das halte ich für eine sehr unglückliche Idee.

Also, wir setzen uns heute hier auseinander. Ich will hoffen, daß das einen Zweck hat, ich will vor allem hoffen, daß auch die Anregungen von Müller Beachtung finden. In einer Beziehung hat er unter allen Umständen recht. Die Gewerkschafter sollten etwas mehr Solidarität üben, sie sollten, wenn einer ihrer Kollegen in unerhörter Weise angegriffen wird, ihn in Schutz nehmen. (Sehr richtig!) Vor allem aber sollten sie die ungerechten Angriffe gegen die Gewerkschaftsbewegung zurückweisen, sie sollten dafür sorgen, daß endlich einmal Schluß gemacht wird mit der Herabsetzung unserer Tätigkeit, die doch genau so viel wert ist und genau so viel Bedeutung hat für die Kultur wie die politische Bewegung. (Sehr richtig!)

Rexhäuser (Buchdrucker): Ich finde durch die Debatte einen Teil von dem bestätigt, was ich bereits in Stuttgart gesagt habe: die Gewerkschaften lassen sich von einzelnen Parteiblättern und Parteiführern zu viel gefallen, die Würde der Gewerkschaften erfordert es, daß sie die Uebergriffe, die sich einzelne Parteiblätter und Führer erlauben, entschieden zurückweisen müßten. Nun hat man meine Person wiederholt mit diesem Punkt der Tagesordnung in Verbindung gebracht, Müller ist so liebenswürdig gewesen, sogar eine Lanze für mich einzulegen. Das wird hoffentlich in seinem späteren Leben keine nachteiligen Folgen für ihn haben. (Heiterkeit.) Es ist gesagt, den Standpunkt von Rexhäuser weisen wir entschieden zurück. Ja, welchen Standpunkt vertritt er denn eigentlich? Den, daß er als Gewerkschaftsredakteur auch gewerkschaftliche Interessen wahrzunehmen hat, daß er jeden einzelnen seiner Berufskollegen an dem Leben der Organisation zu interessieren hat und daß er in anderer Beziehung nicht den Blick für die allgemeine Arbeiterbewegung verloren hat. Gerade Rexhäuser ist es ja gewesen, der zuerst in seinem Organ die gewerkschaftliche Uebersicht eingeführt hat, und damit im allgemeinen dem modernen Arbeiterstandpunkt Rechnung trug. Ich getraue mir überall den Standpunkt zu vertreten, den ich als moderner Arbeiter vertreten muß, nämlich daß ich Sozialist bin. Ich habe niemals geleugnet, daß ich auf dem Boden

Digitized by Google

des Sozialismus stehe, ich habe mich auch nicht gescheut, bei der Agitation selbst in Rheinland-Westfalen das zu erklären. Ich habe wiederholt geschrieben, daß man sich auf den Standpunkt stellen müßte, daß die kapitalistische Entwickelung der Weisheit letzter Schluß sein müßte, wenn man nicht Sozialist wäre. Das hat wiederholt im „Korrespondent" gestanden. Ich erinnere daran, daß z. B. die „Westdeutsche Arbeiterzeitung" von Giesberts mich wiederholt sozialdemokratischer Gesinnungen bezichtigt hat, daß der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, daß die „Deutsche Arbeitgeberzeitung" uns Buchdrucker und den „Korespondent" genau so behandelt wie all anderen Arbeiter und deren Organe. Man kann sehr wohl auf dem Standpunkt des Sozialismus stehen, ohne seine gewerkschaftlichen Interessen zu schädigen. Das Wort, das Bömelburg wiederholt geäußert hat, Gewerkschaften und Sozialdemokratie sind eins, hat eine gewisse innere Berechtigung. Das habe ich auch vor kurzem in einer öffentlichen Versammlung in Dresden gesagt. Gewiß, das ist richtig, darauf kommt es in der Praxis aber gar nicht an, was uns schädigt, was dem Gegner Material in die Hände gibt, das ist der übertriebene phrasenhafte Radikalismus in einzelnen Parteiblättern. Das kann ruhig jeder in der Agitation erklären, daß er Sozialdemokrat sei, das schadet uns nichts, aber der übertriebene Radikalismus liefert den Christlichen in Rheinland-Westfalen Material gegen unsere Gewerkschaften. Wir haben in der deutschen Arbeiterbewegung zurzeit leider die traurige Beobachtung zu machen, daß man es vollständig verlernt hat, sich gegenseitig nur irgendwie ertragen zu können. Es ist gar nicht möglich, irgend einen Punkt, der das allgemeine Interesse der Arbeiterschaft hervorruft, zu behandeln, man darf es gar nicht wagen, einen Punkt anzuschneiden, der das Lebensinteresse der Arbeiter betrifft, ohne daß man sofort in einer Weise heruntergemacht wird, daß kein Hund ein Stück Brot mehr von dem betreffenden nimmt. (Sehr richtig!) Woran liegt es denn, daß diese Differenzen hervortreten? Ich bin nun beinahe 10 Jahre Redakteur und habe vom ersten Tage an fortgesetzt dagegen zu kämpfen gehabt, daß man unseren Interessen seitens der Partei nicht Rechnung trug. Wie wir seinerzeit unsere Tarifgemeinschaft errichteten, das ging doch die Partei nichts an. Woher kommen denn immer die Unkenrufe, daß das Unterstützungswesen zur Versumpfung führt? Woher kommen denn alle die Stimmen, die es den Gewerkschaftsführern so schwer machen, ein gemeinsames Arbeiten mit ihren Kollegen herbeizuführen? Immer von den Leuten, die die Welt nicht schnell genug erlösen können, von den Theoretikern, die da glauben, jeden Tag dem lieben Gott gestohlen zu haben, wo sie nicht eine neue Theorie entdeckten. So eigenartige Verhältnisse wie in unserer Organisation müssen von der Partei berücksichtigt werden. Ich bin als Parteigenosse nach Leipzig gekommen und fühle mich auch heute noch als Parteigenosse, wenn man mich auch ursächlich wegen meiner Stellung zur Tarifgemeinschaft aus der Partei hinausgemöbelt hat. Aber wenn man fortgesetzt angegriffen wird — und die „Leipziger Volkszeitung" ist kein Organ, das an Bescheidenheit leidet —, dann darf man es einem auch nicht übelnehmen, wenn man in gleicher Weise antwortet. Ich lasse mir nichts gefallen, ich habe mir als Arbeiter nichts gefallen lassen und ich lasse mir auch jetzt nichts gefallen. Es wird jeder so behandelt wie er sich es gefallen läßt, und deshalb müssen wir den Angriffen aus Parteikreisen entgegentreten. Dann würden viele der Parteiblätter Respekt vor uns bekommen. Gerade die Leute, die uns erzählen, daß wir die Interessen der Arbeiter nicht wahrnehmen, sind zum größten Teil Leute, denen die Eigenschaften fehlen, die man den Gewerkschaftsführern abspricht. Ich erinnere daran, daß man den Kongreß in Köln als Beamtenkongreß bezeichnet hat. Das geschieht von Leuten, die zu sehr mit der Theorie arbeiten und zu wenig vom praktischen Leben wissen, und das hat seine schweren Folgen. Wenn die Massen erst einmal dazu erzogen sind, daß sie auf die Kongreßbeschlüsse nichts geben sollen, wenn sie in der Frage des Generalstreiks den Führern kein Gehör schenken sollen, die doch die Verhältnisse besser kennen als derjenige, der sie vom Schreibtische aus oder unter dem engen Gesichtswinkel seines persönlichen Arbeitsverhältnisses beurteilt, wenn hier die Disziplin durchbrochen wird, dann wird sie unter Umständen auch einmal in einer sehr wichtigen Stunde durchbrochen, die unter Umständen über das Geschick einer Organisation entscheidet. Das Gift, das in die Massen getragen wird, frißt um sich und wenn sie dann einmal ihre

Digitized by Google

Kollegen haben wollen zu einem Schlag oder zu einer großen Aktion, dann ist die Disziplin zum Teufel und sie versagen Ihnen den Gehorsam.

Es wird geredet vom Zusammenarbeiten zwischen Partei und Gewerkschaften. Das sollte ja sein, kann aber nur möglich sein, wenn man den Lebensinteressen der Gewerkschaften Rechnung trägt. Bei der Frage der Anstellung eines Gauleiters für Rheinland-Westfalen wurde gesagt, ein solcher Beamter kenne doch nicht die Verhältnisse in den einzelnen Berufen, er könne nur an der Oberfläche herumplätschern wie in einem Bassin für Nichtschwimmer. Aber so liegt das auch in der ganzen Gewerkschaftsbewegung, hier läßt sich eben nichts uniformieren. Man kann nicht sagen, daß das ein Standpunkt ist, der den Interessen der Gewerkschaften Rechnung trägt, wenn z. B. die „Leipziger Volkszeitung" schreibt:

> „Man hat häufig die politische und die gewerkschaftliche Organisation als die beiden gleichberechtigten und einander ergänzenden Teile der proletarischen Klassenbewegung bezeichnet. Die Auffassung ist schon aus dem Grunde falsch, weil die gewerkschaftliche Bewegung gar keine Klassenbewegung ist. Sie ist die Bewegung der Arbeiteraristokratie, nicht der Arbeiterklasse. Sie steht nicht in einem ergänzenden oder gegensätzlichen, sondern in gar keinem Verhältnisse zu der proletarischen Klassenbewegung. Sie ist an sich weder gut noch schlecht." (Große Heiterkeit.)

Wenn man derartige Urteile bringt, dann darf man sich allerdings nicht wundern, daß das Urteil über einzelne gewerkschaftliche Fragen erst recht verständnislos und von gar keiner Sachkenntnis getrübt ist. Und wie ist es denn in Jena gewesen? Elm meinte vorhin, in Jena sei gesagt worden, daß zunächst auf eine Erstarkung der Arbeiterorganisationen hin gearbeitet werden müsse. Nun, Fischer hat in Jena erklärt: „Die Gefahr, daß die deutschen Gewerkschaften in englische Bahnen leiten, darüber sind wir uns einig, und einig sind wir uns darüber, daß dieser Gefahr ein Riegel vorgeschoben werden muß." Nun, in mancher Beziehung wünschte ich, die deutschen Gewerkschaften hätten das Selbstbewußtsein eines englischen Arbeiters. Nun sagt aber Fischer ausdrücklich in Jena, nicht etwa für die Redakteure des „Vorwärts", für Singer oder für seine Person: „Nun erkenne ich es zunächst grundsätzlich nicht an, daß jeder einer Gewerkschaft angehören muß." Aber, was nützt mich der Mantel, wenn er nicht gerollt ist? Was nützt uns die schönste Resolution für die Gewerkschaften, wenn von so hervorragender Stelle aus eine derartige Erklärung abgegeben wird? Und sehen wir nicht, daß oft die radikalsten Genossen keiner Gewerkschaft angehören? Wer die Verhältnisse seines Berufes studiert, wer in seiner Organisation arbeitet, für den verflüchtigt sich der Radikalismus von ganz allein. Genosse v. Elm hat vorhin gesagt, daß man der Jenaer Resolution eine ganz andere Bedeutung gegeben hat. Aber das mußte man doch voraussehen. Kaum war der Parteitag geschlossen, da schrieb die „Leipziger Volkszeitung": „Jetzt ist es Pflicht eines jeden Arbeiters, sich auf den Boden des Generalstreiks zu stellen." Ja, geben Sie doch den Kindern das Messer nicht in die Hand, dann können sie sich auch nicht damit verletzen. Sie müssen doch bedenken, daß eine Diskussion, wie sie in Jena gepflogen ist, das bewirkt. Bebel sagte, es komme ihm vor, als wenn er bis an die Fußspitzen im Blute wate — und Rosa Luxemburg hat sich ja auch ziemlich blutig bewegt — (Heiterkeit), darf man sich dann wundern, wenn nach Jena eine Situation erzeugt wurde, die wir heute beklagen? Als Elm in anerkennenswerter Weise ziemlich drastisch erklärte, daß an derartigen Revolutionsspielereien nicht zu denken sei, wird ihm einfach von der „Leipziger Volkszeitung" erwidert:

> „Eines ist lediglich bei dieser harmlosen Beschäftigung, was Beachtung verdient: es ist dies die Tendenz, aus dem unliebsamen Jenaer Beschluß über den Massenstreik, trotz des ganzen Geistes der Diskussion, die mit ihm verbunden war, jetzt hinterdrein jede revolutionäre Bedeutung hinwegzuinterpretieren."

Ja, das Wort revolutionär ist sehr dehnungsfähig, man kann es rein wissenschaftlich verstehen, man kann es im Sinne der Anwendung von Gewalt verstehen, und es wurde auch angewandt, wie es gerade paßte. Das Bemühen der Radikalen, die Aktionen der deutschen Gewerkschaften in Zusammenhang mit der russischen Revolution zu bringen und der direkte Hinweis darauf, führte in den breiten Massen zu der Auffassung, daß eine andere Taktik in

Digitized by Google

der Arbeiterklasse Platz zu greifen habe. Ich kann mich auf den Standpunkt des politischen Massenstreiks nicht stellen im Hinblick auf die Gesamtverhältnisse in Deutschland. Mit der wirtschaftlichen Macht, die wir uns durch die Gewerkschaften erobern, werden wir auch einmal einen größeren politischen Einfluß ausüben können. Wir sind im Werden, aber derartige explosive Mittel können wir nicht anwenden. Sie sehen an tausend Dingen innerhalb der Gesellschaft, wie wir uns überall hineinbohren, und das Ende vom Lied wird sein, daß wir nach und nach zur Geltung kommen, daß das Wort Liebknechts: „Wir wachsen in den Zukunftsstaat hinein", in die Praxis übersetzt wird. Wenn man sich vorstellt, daß sich Liebknecht dabei etwas gedacht hat, so kann er sich doch gar nichts anderes gedacht haben, als daß wir kämpfen, das Ziel im Auge, vorwärts marschieren sollen, daß wir uns aber nicht auf derartige Dinge festlegen dürfen, wie es in Jena geschehen ist. Die Beschlüsse von Jena und Dresden machen den Gewerkschaften große Schwierigkeiten, die Gewerkschaften haben das auszulöffeln, nicht aber die Theoretiker, die in Leipzig oder Berlin sitzen. Die schreiben die schönsten Leitartikel und wir haben die Konsequenzen zu tragen. Ich sage, die deutschen Gewerkschaften sind eine derartige Macht innerhalb der Arbeiterschaft, daß sie Anspruch erheben müssen, beachtet zu werden. Wer hat denn die Diskussion in Köln geführt? Das waren doch nicht die Buchdrucker oder Rexhäuser, das waren doch die Parteigenossen selbst, welche sich gegen den unmöglichen Radikalismus der letzten Zeit wehrten. Wenn diese Parteigenossen selbst die Empfindung hatten, daß in gewisser Hinsicht nicht weiter gegangen werden darf, ohne daß wir unsere ganze Bewegung schädigen, dann müssen sie auch die Konsequenzen ziehen. Der Rücksichtslosigkeit, wie sie von Rosa Luxemburg, Düwell, Hänisch ausgeübt wird, können sie nicht erfolgreich mit dem Verlesen von Zitaten begegnen, die die Widersprüche der Radikalen bloßlegen. Damit kommen wir nicht durch, damit imponieren wir den Massen nicht. Wenn man Widersprüche von Kautsky anführt, hebt man ihn nicht aus dem Sattel, er wird durch soundsoviel Artikel beweisen, daß man ihn falsch verstanden hat. (Große Heiterkeit.) Vielleicht hat der „Korrespondent", ich will mal sagen des Guten zu viel getan, nämlich des Guten insoweit, daß er immer glaubt, das Gewerkschaftsblatt zu sein, welches zu jeder auftauchenden Frage Stellung zu nehmen hat. Es gibt ja ein bequemeres Verfahren, man nimmt gar nicht Stellung, dann kommt man niemals in einen Gewissenskonflikt. (Heiterkeit.) Aber ich will mal zugeben, es könnte vielleicht des Guten zu viel geschehen sein. Die „Leipziger Volkszeitung" hatte in der widerlichsten Weise für Straßendemonstrationen, Revolutionen in schärfster Weise mobil gemacht. Da habe ich einen Artikel geschrieben: „Das Recht der Straße". In diesem Artikel wurde die Volkszeitung daran erinnert, sie solle doch im Interesse der Arbeiterbewegung diese Kinkerlitzchen lassen, denn am Ende führe das doch zu nichts anderem als zur Anwendung von Gewalt, denn die Art und Weise, wie sie die Fragen behandelt, weist darauf hin, daß sie keinen anderen Weg gehen will. Hatte sie doch in einer früheren Nummer geschrieben: „Die alte geschichtliche Wahrheit besteht auch heute noch zu Recht, daß die p h y s i s c h e G e w a l t und ihre verschiedenen Organisationen in letzter Linie auch über die Geschicke der Klassenkämpfe entscheiden". Dieser Artikel ging in die Lande, die „Volkszeitung" wurde mit ihrer „Revolutionsromantik" festgenagelt, es hat sich niemand darum gekümmert, auch die „Volkszeitung" nicht. Nun kam eine Polemik zwischen dem „Vorwärts" und der „Frankfurter Zeitung", da stellte sich der „Vorwärts" auf den Standpunkt der „Frankfurter Zeitung", und ich schrieb: „Das ist der richtige Standpunkt, das Streben der „Leipziger Volkszeitung", die Arbeiter vor die Flinten des Militärstaates zu treiben, kann nicht gebilligt werden". Sie werden mir wohl zutrauen, daß ich nicht die Absicht habe, dem Staatsanwalt Helfersdienste zu leisten. Es war lediglich ein knapper Hinweis darauf, was ich in dem Artikel in Nr. 150 des vorigen Jahres geschrieben hatte. Heute sage ich mir, es wäre besser gewesen, wenn ich die Notiz nicht gebracht hätte. Aber das ist ja eben das Unglück, niemals kann man bei diesem Organ auf eine sachliche Polemik rechnen. In früheren Zeiten der Arbeiterbewegung war es eine Lust, die gegenseitigen Meinungen zu erproben, man hat dadurch sein eigenes Denken schärfen können, heute aber ist es überhaupt unmöglich, zu diskutieren. Wenn das einmal beseitigt wäre, dann würde die Arbeiterbewegung am meisten davon profitieren, aber das wird immer unmöglicher, je mehr die großen radikalen Theoretiker das Feld behaupten. Da haben

Digitized by Google

wir Gewerkschaftsführer uns bescheiden zurückzuziehen. Nun hat die „Volkszeitung“ jene Notiz sofort aufgegriffen und mich als Denunzianten bezeichnet, der dem Staatsanwalt Helfersdienste geleistet hätte. Am Schlusse heißt es: Die moralische Verlumpung dieses Helden ist schon so weit vorgeschritten, daß man gar nicht begreifen kann, wie er beim letzten Ordensfeste übergangen werden konnte“. Man sagt immer, die Redakteure hätten ein dickes Fell, aber Sie können glauben, daß einem derartige Angriffe nicht so gleichgültig sind. Diese Beschimpfungen meiner Person gingen nun weiter, unser Verbandsvorstand brachte eine Erklärung, und inzwischen kam die Gerichtsverhandlung gegen die „Volkszeitung“. Sie lieferte einen Bericht an eine ganze Anzahl Parteiblätter, und es ist bezeichnend, daß die „Leipziger Volkszeitung“ in diesem Bericht eine fettgedruckte Zeile einschob: „Kronzeuge Rexhäuser“. Das ist das ureigenste Eigentum der „Leipziger Volkszeitung“, in dieser Weise ihre Gegner zu bekämpfen; die anderen Parteiblätter haben diese Zeile nicht gebracht. Ich weiß ja, daß ich den Herren in Leipzig ein Pfahl im Fleische bin, sie wollen mich um jeden Preis beseitigen und haben mich ja schon als Strafbayer bezeichnet, den man ausquartieren sollte. (Heiterkeit.) Die „Sächsische Arbeiterzeitung“ schreibt: „Wenn aber die Mitglieder des Buchdruckerverbandes sich diesen Herrn als Leiter ihres Blattes weiter gefallen lassen, so müßten sich jedoch unseres Erachtens alle ehrlichen Gewerkschaftler, alle ehrliebenden Arbeiter die Frage vorlegen, ob sie mit diesem Herrn künftig noch auf Arbeitertagen Gemeinschaft halten können“. Ich bin in einer unglücklichen Lage, nämlich in der Lage, mich nicht verteidigen zu können, weil die „Leipziger Volkszeitung“ ja immer noch vor Gericht steht. Die Redaktion hat es ja geradezu darauf angelegt, sie hat direkt dem Staatsanwalt in die Hände gearbeitet und ihn gebeten, sich auf Rexhäuser zu beziehen, damit der Kerl zu beseitigen wäre. Ich kann mich nicht verteidigen, denn sobald ich nachweise, welchen Standpunkt die „Leipziger Volkszeitung“ einnimmt, daß die Massen schließlich auf die Straße getrieben werden sollen, sobald ich das tue, heißt es wieder, ich liefere dem Staatsanwalt Material. Also, ich muß schweigen, und dadurch hat die „Leipziger Volkszeitung“ das erreicht, was sie beabsichtigt. Es ist bedauerlich, daß es nicht möglich ist, in der Arbei rbewegung so zu arbeiten, wie es nötig wäre, man will heute denjenigen tot machen, der anderer Meinung ist, und zwar mit jedem Mittel, und gerade in einem solchen Parteiblatt geschieht das, das keinen Menschen ungeschoren läßt. (Sehr gut!) Ich wüßte nicht, daß irgend ein Arbeiterführer mal die Anerkennung der „Leipziger Volkszeitung“ gefunden hätte.

Ich mußte diese persönlichen Ausführungen machen, weil ja die „Sächsische Arbeiterzeitung“ verlangt, sie sollen mit einem derartigen Herren künftig nicht zusammenarbeiten, weil sie es in ihr Ermessen stellt, zu erwägen, ob man mich nicht beiseite schieben soll, weil sie fordert, daß ich durch den Druck der öffentlichen Meinung beseitigt werden müßte. Es steht in ihrem Ermessen, ob sie der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ den Gefallen tun und die von ihr verlangten Konsequenzen ziehen wollen.

Geyer (Tabakarbeiter): Im Laufe der Diskussion hat sich mir mehr und mehr die Frage aufgedrängt, wozu dieser Gegenstand eigentlich auf die Tagesordnung gesetzt ist. Doch wohl nur, damit die Einigung zwischen Partei und Gewerkschaften betrieben werden soll. Das Gegenteil ist in der Beratung hier der Fall gewesen; die ganze Angelegenheit ist von der Generalkommission verkehrt angefaßt. Wenn sie wußte, daß dieser Punkt auf die Tagesordnung kommen sollte, dann mußte sie dafür sorgen, daß ein Referat im Sinne der Einigung gehalten wird; sie mußte Müller kennen und mußte wissen, daß er die Angelegenheit nicht beherrscht. (Widerspruch.) Das hat er ja bewiesen, er hat gerügt, was andere getan haben, ist aber in denselben Fehler verfallen. Aus seiner eigenen Darstellung klang noch die Lust am Standal. (Widerspruch.) Das ist doch nicht zu leugnen. Wo hat er denn ein einigendes Wort gesprochen? Da muß man sich doch fragen, wozu der Punkt auf die Tagesordnung gesetzt ist.

Die Generalkommission mußte unter allen Umständen erst die Thesen verlesen, die sie nachträglich verlesen hat, dann hätte sie der Debatte eine ganz andere Wendung gegeben; denn nachdem das verlesen war, ist sofort hier neben mir der Gedanke aufgetaucht, das war Wein in das Wasser der Müllerschen Ausführungen. Für fehlerhaft halte ich auch die Art, wie hier die Bebelschen Ausführungen wiedergegeben sind. Das führte dahin, daß eine ganze

Digitized by Google

Reihe von Genossen beim Verlesen in höhnischer Weise lachten, sie fanden den Zusammenhang nicht; man hat es so aufgefaßt, als ob Bebel seine Jenenser Resolution verleugnete. Die Generalkommission hätte erklären müssen, wie diese Ausführungen zustande gekommen sind. In Jena war davon die Rede, daß „gegebenen Falles" der Massenstreik ein Kampfmittel sei. Der „gegebene Fall" ist aber nicht vorhanden, und ich kann mir denken, daß Bebel gesagt hat, für den gegebenen Fall, d. h. für die gegenwärtige Wahlrechtsbewegung können wir den politischen Massenstreik nicht in Szene setzen. Da ist es meiner Ansicht nach selbverständlich, daß die Diskussion auf Grund der verlesenen Thesen weitergeführt wird. Was aber hat es für einen Zweck, solche Auseinandersetzungen zu machen, in denen nur das Trennende gesucht wird, nicht aber das Einigende? (Widerspruch.) Einigendes ist hier in den Reden nicht hervorgetreten, sondern nur das Trennende. (Zuruf: Das tun Sie ja auch bei jeder Gelegenheit!)

Ich habe in meiner Kritik über die Beschlüsse des Kölner Gewerkschaftskongresses gesagt, daß auch dort das Trennende hervorgehoben ist, daß dort einseitig gehandelt worden ist. (Widerspruch.) Jawohl. Sie können doch jetzt nicht sagen, daß ich einseitig bin. Es liegt mir daran, eine Einigung zwischen Partei und Gewerkschaften herbeizuführen. (Fortgesetzte Zurufe.)

Legien: Es ist vorhin gesagt, der Fehler liegt darin, daß wir selbst nicht mehr diskutieren, daß einer den andern nicht anhören kann. Sie liefern den Beweis dafür. Geyer sieht die Dinge von seinem Gesichtspunkte aus an, Sie können ihn doch anhören und nachher widerlegen.

Geyer (fortfahrend): Die Ausführungen von Bebel über den politischen Massenstreik können sehr wohl zum Ausgangspunkt einer Verständigung zwischen Partei und Gewerkschaften gemacht werden. Ich will erklären, wie wir in Sachsen zu dieser Frage stehen, denn die Wahlrechtsfrage ist gegenwärtig die Hauptfrage in Sachsen. Wir haben mehrfach Zusammenkünfte gehabt, und dabei ist auch der Gedanke aufgetaucht, ob wir nicht einen politischen Massenstreik in Szene setzen wollen. Es wurde vorgeschlagen, eine Verständigung darüber mit den Gewerkschaftsführern herbeizuführen. Aber diejenigen, die sonst am meisten für den politischen Massenstreik waren, sind dagegen gewesen und haben gesagt: Nein, für den Augenblick können wir das nicht machen. (Hört! hört!) Jawohl, im Augenblick hielt man einen Massenstreik überhaupt nicht für möglich (Hört! hört!) und deshalb erklärte man es für überflüssig, mit den Gewerkschaftsführern zu reden. Ich habe dann erklärt, die Frage des politischen Massenstreiks wird nicht von der Tagesordnung verschwinden, obwohl ich sage, sie braucht nicht zu jeder ungelegenen Zeit propagiert zu werden. Jetzt ist nun dieses Mittel Gegenstand von Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Partei. Darum ist es notwendig, sich die Dinge richtig zu überlegen. Man muß erkennen, daß in den Ausführungen von Bebel nicht etwa eine Verleugnung der Jenenser Beschlüsse liegt, sondern daß der „gegebene Fall" nicht vorhanden ist.

Bringmann meinte, wir sollten versuchen, eine Verständigung zu finden; er selbst glaubt aber, daß das schwer möglich sei schon auf Grund der Theorie der Partei, und er bezeichnete die Theorie des Klassenkampfes als ein trennendes Moment; diese Theorie sei einseitig, sie schließe die gewerkschaftliche Tätigkeit nicht ein. (Sehr richtig!) Diese Auffassung teile ich nicht. (Bringmann: Aber Kautsky teilt sie!) Kautsky ist nicht die Partei. (Zuruf: Aber doch der Vertreter der Partei!) Ich spreche meine Meinung aus. Was Sie an anderen verurteilen, können Sie doch nicht ohne weiteres an meinen Ausführungen verurteilen. Ich begreife nicht, wie Sie auf diese Weise zur Einigung kommen wollen. Ich sage, die Klassenkampftheorie ist kein trennendes Moment, sie ist die Frucht der Erfahrungen, die die Arbeiter in allen ihren Kämpfen gemacht haben, in wirtschaftlichen und politischen, und da ist es doch selbstverständlich, daß, wenn diese Theorie die wirtschaftlichen und die politischen Kämpfe einschließt, nicht die Rede davon sein kann, daß die wirtschaftlichen Kämpfe der Gewerkschaften ausgeschlossen sind. Das ist eine falsche Auffassung der Klassenkampftheorie, und wer diese falsche Auffassung hat, der muß allerdings die Klassenkampftheorie der Partei für ein trennendes Moment halten. Ich halte sie für ein einigendes Moment.

Digitized by Google

Bringmann hat dann das kommunistische Manifest angeführt, aber man muß doch berücksichtigen, daß diese Schrift erschien, ehe es gewerkschaftliche Organisationen gab. Die Gewerkschaften sind von Parteigenossen gegründet worden, und die früheren Vorsitzenden von Gewerkschaften, auch solche, die noch heute politisch tätig sind, bildeten ein einigendes Moment zwischen Partei und Gewerkschaften. Wenn diese Genossen ihr Möglichstes dazu beitragen, um die Einigung zu vollziehen, so ist es doch selbstverständlich, daß sie mal auf der einen, mal auf der anderen Seite scharfe Kritik üben.

Ich nehme es Ihnen nicht übel, wenn Sie hier ein oder das andere Blatt angreifen, meinetwegen auch den Tabakarbeiter. Glauben Sie, ich werde mich nicht gereizt dagegen wehren? Ich habe es gewollt, daß die Dinge in andere Bahnen gelenkt werden, ich habe es gewollt, daß man auch mich angreift, damit ich meine Auffassung daraufhin darlegen kann. Ich habe an verschiedenen Beispielen nachgewiesen, daß mehrfach Personen dazu beigetragen haben, die Trennung herbeizuführen. Also, das trennende Moment ist nicht die Theorie der Partei.

Für ebenso falsch halte ich die Auffassung Bringmanns über das Wesen der Gewerkschaften überhaupt; er sagt, der Kampf ist nicht das wesentlichste Moment. Darüber war ich allerdings sehr erstaunt, die Gewerkschaften sind nicht nur aus dem Kampf geboren, sie bestehen durch den Kampf. Es ist doch sonderbar, wenn ein führender Gewerkschaftler sagt, der Kampf ist nicht das wesentlichste Moment der Gewerkschaften. Ja, wer das sagt, der muß auch eine ganz andere Auffassung von der Tätigkeit der Gewerkschaften haben als ich. Wenn so fortgefahren wird, zu diskutieren, wird es zu keiner Einigung kommen. Ich sage darum zum Schluß — denn ich denke nicht auf alles einzugehen, am allerwenigsten werde ich versuchen, die Ausführungen meines Vorredners zu widerlegen —, ich sage, wenn Sie eine Einigung wollen, dann halten Sie sich in dem Rahmen, der Ihnen vorige Woche gegeben ist durch die Verhandlungen zwischen der Generalkommission und Parteivorstand. Schließen Sie sich dem an, suchen Sie das weiter auszubauen, dann wird es zur Einigung kommen. Mit dieser Art von Kritik, mit Krittelei und persönlichen Auseinandersetzungen kommen wir nicht weiter. (Zuruf: Aber der Tabakarbeiter hat daran auch Schuld!)

Paeplow (Maurer): Der Ausdruck Partei und Gewerkschaften sind eins, ist wiederholt kritisiert worden, und zwar ganz besonders aus gewerkschaftlichen Kreisen. Ich möchte hierzu kurz mitteilen, daß ich gewissermaßen Miturheber dieser Worte bin, und ich freue mich dessen. Ich glaube, es war das erste Mal auf dem Frankfurter Kongreß, daß Bömelburg sinngemäß dies Wort aussprach, und es ist zurückzuführen auf eine Aussprache der Delegierten der Maurer, die eine Debatte herbeiführen wollten über die Stellung der Partei zu den Gewerkschaften. Wir haben uns dahin geeinigt, daß Bömelburg als Vorsitzender am Schluß das zum Ausdruck bringen sollte. Wir sind fortgesetzt in unserer Gewerkschaft der Auffassung gewesen, daß es so sein müßte und daß das auch öffentlich zum Ausdruck zu bringen sei. Ich habe damit aber nie gemeint, daß Partei und Gewerkschaften schon eins sind und unter allen Umständen eins sein müßten, sondern ich habe diesen Ausspruch immer mit dem Vorbehalt aufgefaßt, daß wir durch gegenseitige Verständigung über die grundlegende Theorie der Partei und der Gewerkschaften eins werden müßten und daß wir uns allerdings beiderseits einer gewissen Läuterung unterwerfen müßten. Nicht das, was einzelne Parteigenossen, die einmal in führender Stellung sind, als Theorie ausgeben, hat unter allen Umständen für die Gewerkschaften unanfechtbar als der Weisheit letzter Schluß zu gelten, auch wir wollen darüber ein Wort mitreden. So häufig hört man sagen: Die Gewerkschaftsführer wollen es dahin bringen, daß Partei und Gewerkschaften auseinanderkommen. Nichts unsinniger als das. Legien hat wiederholt früher gesagt: Wenn überhaupt keine sozialdemokratische Partei bestände, so wären wir verpflichtet, sie ins Leben zu rufen, weil die Gewerkschaften gar nicht anders existenzfähig sind. Bringmann hat gestern das richtige Wort ausgesprochen, was noch öfter gesagt werden muß, daß wir noch keine gewerkschaftliche Theorie haben, daß die erst geschaffen werden muß. Wir werden sie schaffen und wir werden mit unserer Theorie selbstverständlich die der Partei zu beeinflussen suchen. Es ist hier so viel gesprochen worden von den theoretischen Vorkämpfern der Partei. Ich habe immer das Gefühl, das wir das nicht als Theorie anerkennen können,

Digitized by Google

was hier und da mal ein „krankes Huhn" zum Vorschein bringt. (Heiterkeit.) Wenn es den Leipzigern gefällt, diesen oder jenen Genossen zur Redaktion hinzuzuziehen, oder wenn es dem Parteivorstand gefällt, die Redaktion des „Vorwärts" neu zu besetzen, und es gefällt einem oder dem anderen dieser Genossen eine „Theorie" loszulassen, so ist das für mich noch lange keine Theorie. (Sehr richtig!) Und daran kranken wir, daß die Mehrzahl der Genossen das immer als Theorie auffaßt. Dann heißt es, das ist ja die theoretische Erkenntnis der Genossen, und weil ihr euch dagegen wehrt, seid ihr keine Sozialdemokraten, ihr wollt eben die Verständigung nicht haben usw. Das wird hoffentlich einmal anders werden durch die Verwirklichung der Beschlüsse, die wir hier in den letzten Tagen gefaßt haben.

Bebel war nach meiner Meinung bei seinem Referat in Jena auf völlig verkehrtem Pfade. Ich habe den Eindruck, das ihm das inzwischen zum Bewußtsein gekommen ist, und daß die hier verlesenen Thesen ein Ausfluß dieser Erkenntnis sind. Ich bedaure, daß die Erkenntnis nicht früher gekommen ist. Wir haben auf dem Kölner Gewerkschaftskongreß nicht gesagt, daß wir das Kampfmittel des Massenstreiks überhaupt nicht wollen, aber wir, Bömelburg und ich und noch viele andere, haben erkannt, daß wir auf lange Zeit hinaus nicht daran denken können, von diesem Kampfmittel in Deutschland Gebrauch zu machen. Da bin ich konsequent weiter gegangen und habe gesagt: Wenn ich das weiß, darf ich weiter nicht darüber diskutieren, denn die Diskussion kann nur an der Oberfläche haften, sie bildet doch nur eine Diskussion über die Diskussion, und was wir aussprechen müßten, das dürfen wir nicht aussprechen. Deshalb habe ich in meinem Organ gesagt, die Diskussion muß überhaupt verschwinden. Auch der Parteivorstand hätte vor Jena wissen müssen, daß der preußische Staat nicht vergleichbar ist mit Rußland, daß Preußen-Deutschland mit so ungeheuren Waffen ausgerüstet ist, daß jeder Massenstreik, jede Vorbereitung zur Revolution niedergeschlagen würde. Die Erkenntnis kam dem Parteivorstand reichlich spät, kurz vor dem 21. Januar. (Sehr gut!) Das zeugt nicht dafür, daß die Parteileitung in guten Händen ist. Ich bin der Meinung, daß sich die Genossen, auch der Parteivorstand, viel zu viel von unverantwortlichen Schiebern in der Partei leiten lassen. (Sehr gut!) Ich erinnere daran, was alles seit Dresden geschehen ist. Hätte nicht der Parteivorstand das, was dort und später in der Oeffentlichkeit breitgetreten wurde, längst geschlichtet haben müssen? Ist das ein richtiger Standpunkt, daß alles erst eine bestimmte „Höhe" erreicht haben muß, bevor man mit dem Besen dazwischen fährt? Nein, wenn sich Mißstände zeigen, dann soll man sie sofort gründlich untersuchen und sich bemühen, die Differenzen in aller Ruhe und Friedlichkeit zu schlichten. Aber das Gegenteil ist in den letzten Jahren Brauch geworden, und darauf basieren schließlich alle Zwistigkeiten. Es hat wahrlich nicht an uns Gewerkschaftlern gelegen, und besonders nicht an den Maurern; und sind wir nicht trotzdem zusammengeraten mit der Partei? Nein, nicht mit der Partei selbst, sondern mit den „kranken Hühnern" in der Partei (Heiterkeit), die glauben, daß sie die Weisheit erfunden, daß sie eine neue Theorie entdeckt haben und auf den Markt bringen müssen. Es ist auch nicht richtig, wie Genosse Simon meint, daß wir von unseren eigenen Gewerkschaftsgenossen rektifiziert werden. Dafür kann ich ein Beispiel aus meiner Gewerkschaft anführen: Der „Grundstein" hat an den Streitfragen sachliche Kritik geübt und versucht, die Schäden aufzudecken. Keines unserer Mitglieder hat etwas dagegen gehabt. Plötzlich fällt es einigen Personen in der Partei ein zu entdecken, daß der „Grundstein" gegen die Partei hetze, und nun kommen auch unsere Kollegen und sagen, wir müssen Stellung dazu nehmen. (Sehr gut!) Erst jetzt kommen sie, nachdem ihnen durch den „Vorwärts" und andere Organe suggeriert worden ist, der „Grundstein" hetze gegen die Partei. Bisher sind sie das gar nicht gewahr geworden. (Heiterkeit.) In Berlin sagte mir man begreiflicherweise, der „Vorwärts" ist das Zentralblatt, darauf können wir hier doch nicht schimpfen, das ist der größere Bruder und du bist der kleinere, deshalb bekommst du die Prügel. (Heiterkeit.)

Das dürfen wir uns doch nicht gefallen lassen. Gewiß, wir wollen Einigkeit, aber wir dürfen deshalb unsere Prinzipien nicht aufgeben, wir dürfen nicht sagen, weil sich in der Partei eine große Wandlung bemerkbar gemacht hat, müssen auch wir uns wandeln. Nein, wir müssen unsere Ueberzeugung durchzusetzen suchen. Und wie schwankt denn der Parteivorstand?? Wie schwankend

Digitized by Google

haben sich die hervorragendsten Mitglieder der Partei seit Jahren benommen? Bald war es mit der Neutralität so, bald war es so. (Sehr gut!) Es ist in der Tat wirklich einmal notwendig, daß wir eine theoretische Klärung herbeizuführen suchen. Wir werden noch viel zu kämpfen haben, wir werden nicht durch eine Einigungsresolution, wir werden nicht durch mattes Auftreten die Zwistigkeiten beseitigen, sondern scharf und schneidig müssen wir das sagen, was ist. Wir müssen sagen: wir wünschen dringend die Einigkeit, aber kämpfen wollen wir dafür, daß unsere Meinung zum Durchbruch kommt. Seit der Zeit, wo ich in der Arbeiterbewegung tätig bin, war ich Sozialdemokrat und Gewerkschaftler, und wenn man mit Schmutz beworfen wird, so tut das weh, aber auch das muß man zu ertragen wissen. Jedenfalls möchte ich bitten, daß wir nicht zum Schluß sagen: Wir haben uns ausgesprochen und wollen eine Versöhnungsresolution annehmen, sondern wir wollen uns geloben, fortgesetzt zu kämpfen für die Verwirklichung unserer als richtig anerkannten Ziele zum Wohle der Arbeiterpartei. (Beifall.)

Sachse (Bergarbeiter): Selbstverständlich kann das nicht gutgeheißen werden, was nach dem Kölner Gewerkschaftskongreß über die Gewerkschaftsführer in einigen Parteiblättern geschrieben ist. Ich brauche wohl keine Zitate anzuführen. Ich bin aber der Meinung, daß auf der Gewerkschaftsseite dieselben Fehler gemacht sind. Das muß ich besonders Rexhäuser sagen. Wenn man die Resolution von Jena genau durchliest, muß man höchst erstaunt sein über die Art, wie nach Jena der Massenstreik propagiert wurde. Was im Herbst nach dieser Beziehung geschehen ist, stimmt mit dem wirklichen Inhalt der Resolution nicht überein, und deshalb war es notwendig, dagegen zu kämpfen. Aber das hätte in anderer Weise geschehen können, als es Rexhäuser getan hat. Nachdem Rexhäuser nun, wenn auch nicht ganz direkt, zugegeben hat, daß er Fehler gemacht hat, und nachdem er sich zu bessern versprochen hat, können wir ruhig abwarten. Nun weiter zu dem Massenstreik! Wenn man die Aktion in den letzten Monaten beobachtet hat, so sah es allerdings so aus, als wenn man die Gewerkschaften dazu gar nicht brauchte, als wenn man sie nicht wollte. (Sehr gut!) Ich habe, nachdem die sächsische Aktion eingeleitet war, mit Sindermann gesprochen, ich sagte ihm: Wie steht es denn eigentlich? Wir hören gar nichts von Eurer Aktion, und wir sächsischen Bergarbeiter kommen dabei doch auch in Frage. Er erwiderte, es ist beschlossen worden, mit den Gewerkschaften nicht in Verbindung zu treten, weil man von der scharfen Aktion absehen will. Das war verständig. Ich möchte mal den Massenstreik sehen, den die politische Partei allein führen will. (Sehr gut!) Wie viel Tausende von Ortschaften haben wir nicht, wo nicht ein einziger organisierter Genosse vorhanden ist! Wir haben ganze Wahlkreise, wo heute noch keine nennenswerte politische Organisation existiert. Wie kann da eine solche schwere Aktion geleitet werden? Es ist gar nicht anders denkbar, als daß beide Bewegungen gemeinsam vorgehen müssen. Wir haben doch auch mit den gegnerischen Arbeiterorganisationen zu tun und unsere Aufmerksamkeit darauf zu richten, daß die mit fortgerissen werden, das wird der Partei viel schwerer gelingen als den Gewerkschaften.

Noch ein Wort über die gegenseitigen Vorwürfe! Da muß auch ich sagen, daß beim „Vorwärts"-Konflikt von seiten einiger Gewerkschaftler und auch von der Generalkommission derselbe Fehler gemacht ist. Wenn wir uns verbitten, daß man uns seitens der Partei in eigenen inneren Organisationsangelegenheiten hineinredet, dann müssen wir auch nicht in die inneren Angelegenheiten der Partei in der Weise hineinreden, wie das geschehen ist. Es sind dem Parteivorstand Vorwürfe gemacht worden, die lieber nicht hätten erhoben werden sollen. Nach meiner felsenfesten Ueberzeugung — und ich habe diese Auffassung auch in der Fraktion zum Ausdruck gebracht — ist der ganze „Vorwärts"-Konflikt keine gewerkschaftliche Frage gewesen. (Widerspruch.) Ich weiß, daß ich hier Widerspruch finde, aber es hat mich noch niemand überzeugen können, daß es sich dabei um eine gewerkschaftliche Frage gehandelt hätte, und daß die neuen Redakteure als Streikbrecher zu bezeichnen sind.

Was die vorliegenden sechs Thesen des Genossen Bebel betrifft, so kann man, wenn man sie etwas näher betrachtet, dem Redner nicht recht geben, der da sagt, daß sie mit der Resolution von Jena nicht übereinstimmen. Ich habe die Resolution allerdings nicht vor mir, aber so weit ich mich entsinnen kann, entsprechen sie doch dem Inhalt der Resolution. (Hue: Aber sie stimmen

Digitized by Google

nicht mit der Diskussion überein!) Das gebe ich zu. Meiner Ansicht nach ist der ganze Streit vielfach durch beiderseitige Schwarzseherei veranlaßt. Schwarzseherei ist schuld daran, daß man sich vielfach so gehässig bekämpft. (Zuruf: Düwell!) Ja, Düwell! Entweder hat er 1904 in der „Neuen Zeit" die Wahrheit geschrieben, dann steht er auf unserem Standpunkt in bezug auf unsere Taktik beim Bergarbeiterstreik, oder aber er hat beim Ausbruch des Streiks die Wahrheit geschrieben, und dann müssen wir ihn auf das allerrücksichtsloseste bekämpfen. Ich bin der Meinung, daß er in Nr. 8 der „Neuen Zeit" seine Ueberzeugung ausgesprochen hat und daß er bei Abbruch des Streiks nur aus Niederträchtigkeit uns Knüppel zwischen die Beine hat werfen wollen. Wenn man die Blätter liest, wo er seine Weisheit abgelagert hat, wenn man sieht, in wie verlogener Weise von ihm die Zeitungen unterrichtet sind, dann kann man von einer ehrlichen Absicht nicht reden. (Sehr richtig!) Es ist davon gesprochen worden, daß die Führer bei Abbruch des Bergarbeiterstreiks wankten. Nein, die Führer haben nicht gewankt, sie waren davon fest überzeugt: entweder abbrechen oder es gibt nächste Woche das Militär. Hätten wir nicht genügend Geld auszahlen können, so wären Militär und blaue Bohnen die Folge gewesen, und unsere Bewegung wäre elend zugrunde gegangen. Das war unsere feste Ueberzeugung, die wir zum Teil ausgesprochen hatten ein paar Tage vorher, als Düwell dabei war. Da schweigt er, aber nachher rächt er sich in so niederträchtiger Weise. Er schreibt, Tausende von Verbandsbüchern sind zerrissen worden. Ja, ich möchte nur die zwei oder drei sehen, die er bemerkt hat. (Hört! hört!) Uns sind nämlich keine zerrissenen Verbandsbücher zugeschickt worden, wir haben keine alten Mitglieder verloren. Daß die neuen 60 000 nicht treu beim Verband bleiben würden, das war doch vorauszusehen. Wenn man dann gar noch solche Geschichten hört, wie von Hänisch in der „Leipziger Volkszeitung", hier sei der geeignete Moment gewesen, um der gegnerischen christlichen Organisation das schmerzstillende Halsband umzulegen (Heiterkeit) — ja, ich habe gestaunt, als ich einige Wochen später nach Huckarde bei Dortmund, in die nächste Nähe des Wirkungskreises von Hänisch kam, 15 Minuten von Dortmund, und als ich hörte, daß das ein ganz schwarzes Nest sei, wo wir nichts machen können. Es steht fest, daß unserer Gewerkschaftsbewegung von Leuten, die von der Praxis keine Ahnung haben, Vorwürfe gemacht sind. (Sehr richtig!) Hätte Hänisch nur einen einzigen Streik geführt, dann hätte er uns solche lächerlichen Vorwürfe nicht machen können. So etwas können wir uns nicht öfters bieten lassen. Allerdings muß auch auf Seite der Gewerkschaften die Gehässigkeit aufhören.

Etzkorn (Barbier): Ich bin der Ueberzeugung daß diese ganzen Differenzen, so wenig sie lediglich auf persönliche Dinge zurückzuführen sind, ebensowenig lediglich auf Verschiedenheiten der Theorie beruhen. Es kommt beides in Frage. Aber es kommt einem doch der Gedanke: Existiert wirklich eine Zwei-Seelen-Theorie, eine für Parteigenossen, eine für Gewerkschaftler? In den Kreisen der Gewerkschaften war die Meinung vorhanden, daß vor allem mehr Verständigung herrschen müsse. Nun liegt ja allerdings auch hier die Sache ziemlich klar. In der „Neuen Zeit" hat Mehring die Zustände geschildert, unter denen die Parteiredakteure arbeiten, er hat gezeigt, daß die Leute zum Teil nicht genügend theoretisch ausgebildet sind, daß sie überhastete Arbeit leisten müssen. Hier hat Blum es für notwendig erklärt, zu betonen, daß eine ganze Reihe von Gewerkschaftsblättern derartig geleitet sind, daß man von der Arbeit ihrer Redakteure nichts merkt. Wenn man diese Blätter zur Hand nimmt, und sieht, daß immer eines die Artikel des anderen nachdruckt (Zuruf: „Barbierzeitung"!) — die Genossen werden nicht behaupten können, daß die „Barbierzeitung" darauf angewiesen ist, wo anders die Artikel zu stehlen. Jedenfalls leitet sie der Redakteur. (Große Heiterkeit.)

Legien: Ich kann ja die Unruhe verstehen. Es braucht doch nicht wiederholt zu werden, was schon gesagt ist.

Etzkorn: Wenn es einer gesagt hat, so ist es doch noch nicht wahr. (Heiterkeit.)

Legien: Ich meine, Etzkorn möge uns die Stellung vorführen, die er einnimmt.

Etzkorn: Das kommt. (Heiterkeit.) Ich bin der Meinung, daß eine Besserung eintreten muß und daß die Redakteure ihre Ansichten selbst äußern

Digitized by Google

sollen, mögen sie ausfallen wie sie wollen. Wenn dann aber einmal einer eine andere Meinung äußert, dann darf man ihn nicht heruntermachen in einer Weise, wie es z. B. Reyhäuser getan hat, der sich viel darauf zugute hält, daß er die persönliche Meinung Andersdenkender achtet. Ich weiß nicht, glaube aber, daß es sicher der Fall ist, daß der „Korrespondent", der bisher die ganze Friseurgehülfenbewegung kaum mit zehn Worten erwähnt, von unserem letzten Verbandstage Notiz nahm und wohl nur deshalb, weil die „Leipziger Volkszeitung" darüber berichtet hatte. Weil wir mit der Behandlung der Punkte Maifeier und politischer Massenstreik durch den Gewerkschaftskongreß nicht ganz einverstanden waren, schrieb der „Korrespondent", daß wie bei den Schlächtern, so auch bei den Friseurgehülfen der Radikalismus üppig in die Halme schieße. Da wir jedoch auf die Unterstützung der übrigen Arbeiterschaft angewiesen seien, dürften wir uns den Luxus, eine eigene Meinung zu haben, nicht erlauben. Ich werde mir niemals das Recht nehmen lassen, das zu sagen, was zu sagen ist. Ich halte es mit der Würde eines Gewerkschaftsredakteurs nicht für vereinbar, wenn er sich immer um die Dinge herumdrückt und nicht Farbe bekennt.

Dreher (Handels-Transportarbeiter): Als in Jena die Debatte über den Massenstreik einsetzte, habe ich mich eigentlich über eins gewundert, nämlich darüber, daß unsere ältesten Parteigenossen die Sache falsch anfingen. Ich glaube, es waren keine Baumeister, denn sonst wäre es nicht denkbar, daß man die Grundfesten vergessen konnte. Eine der ersten Vorbedingungen des Massenstreiks ist die Organisierung der Eisenbahner, und ich konstatiere, daß die Partei sich hierum noch niemals gekümmert hat. (Widerspruch.) Die Eisenbahner wären schon viel weiter, wenn man sie unterstützt hätte. Mit der Unterstützung mit Worten ist es nicht abgemacht, man muß auch Taten zeigen, und gerade die Eisenbahner sind die wichtigste Gruppe für den Massenstreik. Es ist doch gar kein Zweifel, daß die Maurer, so hoch ich sie einschätze, wochenlang streiken können, es würden sich höchstens die Hauswirte freuen, weil sie dann die Mieten steigern könnten, aber eine Einwirkung auf die politische Lage würde das nicht haben. Anders bei den Eisenbahnern. Ein einziger Tag Eisenbahnerstreik bringt unsere ganze politische Ordnung in Unordnung, der ganze Verkehr ist gehemmt, der ganze Handel ist gehemmt, das ganze Verkehrsleben ist gehemmt. Wenn man über solche Fragen diskutiert, so sollte man deshalb erst die Grundlagen schaffen und die Gruppe organisieren, die die Avantgarde bildet. Simon hat vorhin ausgeführt, daß mein engerer Landsmann Braun nicht zu denen gehört, die auf die Gewerkschaften schimpfen. Ich lese auch die „Fränkische Tagespost", und ich habe gefunden, daß Braun schon vor Köln über die Zusammensetzung des Kongresses geschrieben hat. Er hat sich dahin geäußert, daß das Wahlsystem zum Gewerkschaftskongreß ein ganz veraltetes sei und daß infolgedessen der Kongreß ein Beamtenkongreß werden würde. Braun sollte sich darum weniger kümmern, für die Demokratie in unseren eigenen Reihen werden wir schon selbst sorgen, wir besitzen so viel Selbstkritik, daß wir ein System, das wir als falsch erkannt haben, beseitigen. Außerdem wird es wohl kein so großes Unglück gewesen sein, wenn auch ein größerer Teil von Gewerkschaftsbeamten am Kongreß teilgenommen hat, sie sind es ja, die die Verantwortung für die Beschlüsse tragen und sie ausführen müssen. (Sehr richtig!) Es ist gesagt, die Kritik über den Gewerkschaftskongreß ist in einer Art und Weise geführt worden, wie es nicht mehr schön ist. Ich liebe die Kritik, schon deshalb, weil eine sachliche Kritik jederzeit geeignet ist, uns vorwärts zu bringen. Aber zwischen der Kritik, die am Gewerkschaftskongreß geübt ist und einer sachlichen Kritik ist keine Gemeinschaft vorhanden. Das war eine Schimpferei und keine Kritik. Eine Kritik hätte dahin gehen müssen, daß man gesagt hätte: Ihr Gewerkschaftler seit auf dem und dem Wege, und der Weg ist falsch. Daß man aber von Borniertheit der Gewerkschaftsführer spricht, das ist doch kein Zeichen eines höheren Standpunktes, mit derartigen Ausdrücken wird man keinen Menschen überzeugen. Wenn man schimpft, dann holt man niemand heran, das wissen wir Gewerkschaftler aus eigener Erfahrung. Würden wir in die Versammlungen gehen und die Indifferenten zusammenschimpfen, statt ihnen die Vorteile der Gewerkschaft zu erklären, dann würden wir keine Proselyten machen, die Leute würden uns davonlaufen oder sie würden uns schließlich verkeilen. Diese Taktik der Schimpferei trägt nicht zur Aufklärung bei. Auf dem Parteitage in Jena ist

Digitized by Google

seitens einiger gewichtiger Personen gesagt, die Gewerkschaften seien heute ohnmächtig. Ich habe mich gewundert, daß dem nicht widersprochen ist. Wer die Erfolge unserer Streiks und Lohnbewegungen ein klein wenig studiert, der kann so etwas nicht behaupten. Und bedenken Sie auch, welche Wirkung ein solches Wort auf die Indifferenten hat! Wenn wir ohnmächtig wären, was tatsächlich nicht der Fall ist, dann dürfte man das doch mindestens auf einem Parteitag nicht sagen, das erfordert schon die Taktik, weil man sonst die Indifferenten abschreckt. Wie ohnmächtig wir sind, wie sehr wir Streiks verlieren, das haben wir ja in der letzten Zeit gesehen. Ich glaube, alle unsere Niederlagen haben sich in Wirklichkeit in Siege verwandelt. Die Ausführungen waren doch angetan, die Massen unserer organisierten Genossen zu verletzen.

Genosse Kloth hat sich auf die Ausführungen von Sidney Webb bezogen; der hat geschrieben, daß die Art der englischen Gewerkschaftsführer, wohl gemerkt der aus konservativen Anschauungen hervorgegangenen aristokratischen Gewerkschaftsführer, dahin gehe, das Bestehende bestehen zu lassen, daß sie nicht gesonnen seien, in den Klassenkampf einzutreten. Und nun kommt Kloth und sagt, dasselbe wäre auf Deutschland anzuwenden. (Kloth: Das habe ich nicht gesagt!) Es ist ein altes Sprichwort: Wer den Dichter will verstehen, muß in Dichters Lande gehen. Man soll nicht das, was Sidney Webb über die konservativen englischen Gewerkschaftsführer geschrieben hat, auf die modernen sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer Deutschlands anwenden. Wir sind in ganz anderen Anschauungen erzogen worden, wir sind absolut keine Zünftler. Die Debatte über die Grenzstreitigkeiten hat ja gerade gezeigt, daß bei uns das Zünftlertum am stärksten bekämpft wird, das Zünftlertum, das in England großgezogen ist. Wenn man die Entwickelung der englischen Gewerkschaften und der deutschen betrachtet, dann muß man eines zugeben: in England hat sich die Gewerkschaftsbewegung auf einige gelernte Berufe erstreckt, da konnte man mit Recht von einem Arbeiteraristokratentum reden. In Deutschland hat es das nie gegeben, wir haben in dem Verband der Fabrikarbeiter, dem der Bauarbeiter und in unserem Verband Organisationen ungelernter Arbeiter, bei uns gibt es kein Draußenstehen von Arbeitern, mit Ausnahme der Landarbeiter sind wohl alle organisationsfähig, und wir haben ja auch gesehen, daß auch die ungelernten Arbeiter große Erfolge erzielt haben. Ein sprechendes Beispiel dafür ist meine Gewerkschaft. Wenn wir innerhalb fünf Jahren in Deutschland die Löhne einer großen Anzahl von Arbeitern in einer Großstadt um 100 Proz. zu steigern imstande sind, wenn wir imstande sind, für sie die Arbeitszeit um drei Stunden täglich zu verkürzen — ja, wenn das keine Erfolge sind, dann weiß ich nicht, was Erfolge sind. Würden die Buchdrucker solche Erfolge aufweisen können, dann könnten sie zufrieden sein. Also ist hier ein erheblicher Unterschied zwischen englischen und deutschen Gewerkschaften vorhanden.

Wie in der Theorie die Gewerkschaftsbewegung bekämpft wird, das sehen wir am besten an der „Leipziger Volkszeitung", die ist ja bekanntlich der Quell aller marxistischen Weisheit, aber ich möchte behaupten, daß es nirgends weniger Marxismus gibt, wie gerade in der „Leipziger Volkszeitung", denn dort wird gegen die Grundlage der materialistischen Geschichtsauffassung am meisten verstoßen. (Sehr richtig!) Dort wird der persönliche Kampf geführt, obwohl doch nach der materialistischen Geschichtsauffassung nicht die Personen, sondern die Verhältnisse an den Dingen schuld sind. Ich glaube, wenn Marx die Münzfälschungen, die auf seinen Namen begangen werden, noch hören könnte, er würde sich ganz sicher im Grabe umdrehen, denn derartiges Zeug hat Marx nie zusammengeschrieben. Wer seine Werke kennt, der weiß, daß er solche Anschauungen über die Gewerkschaftsbewegung nie und nimmer geäußert hat, daß er derartige Anschauungen über Revolution, über Massenstreik, wie sie heute verbreitet werden, niemals vertreten hat. Die „Leipziger Volkszeitung" schrieb z. B. im vorigen Jahre:

> „Bei Ueberschätzung der Gewerkschaftsbewegung kann man nur zu leicht solche Gruben übersehen und hineinpurzeln. Es ist ein Grundirrtum, anzunehmen, jede Lohnerhöhung bedeute einen entsprechenden allgemeinen sozialen Fortschritt. Im Gegenteil kann die Einkommenssteigerung für einen Beruf eine wirtschaftliche Schädigung der Gesamtheit einschließen."

Digitized by Google

Also wir dürfen keine Lohnerhöhungen mehr verlangen, denn dadurch könnte die Gesamtheit geschädigt werden! Das wird in einem sozialdemokratischen Blatt als theoretische Weisheit verzapft. Dann heißt es weiter:

„Nehmen wir an, das Kohlenmagnatentum läßt eine Lohnsteigerung für die Gesamtbelegschaft in Summe von 50 Millionen Mark eintreten, gleichzeitig wird eine Preissteigerung vorgenommen, die eine Mehrbelastung der Konsumenten um 100 Millionen Mark ausmacht, so hat die Bergarbeiterschaft zwar 50 Millionen Mark nominell gewonnen, die Gesamtheit hat aber trotzdem 50 Millionen Mark auf dem kapitalistischen Altar opfern müssen. Und auch die Bergarbeiter haben nicht einen absoluten, sondern nur einen nominellen Gewinn in der angegebenen Höhe davongetragen."

Wenn diese Theorie richtig ist, dann wäre tatsächlich die Gewerkschaftsbewegung eine Sisyphusarbeit, nur dazu angetan, den Kapitalisten höhere Gewinne zu verschaffen. (Sehr richtig!) Es ist Düwell, der das geschrieben hat. Wenn diese Theorie in einem sozialdemokratischen Blatt vertreten wird, dann ist es kein Wunder, wenn die Indifferenten sagen: Wozu sollen wir die hohen Beiträge opfern, wenn uns der Kampf doch nichts nutzt? Allerdings, so viel Unsinn hat Kautsky auch nicht vertagen können, er schrieb in der „Neuen Zeit":

„Schon vor 130 Jahren erklärte Adam Smith: „Unsere Kaufleute und Unternehmer klagen lebhaft über die schlimmen Wirkungen der Lohnerhöhungen, die die Preise erhöhen und dadurch den Absatz ihrer Waren im Inland und Ausland verringern. Sie sagen nichts über die schlimmen Wirkungen hoher Profite. Sie schweigen über die verderblichen Wirkungen ihrer eigenen Gewinne. Sie beschweren sich bloß über die anderen Leute."

Vier Jahrhunderte später bewies Ricardo, daß Lohnerhöhungen nicht notwendigerweise Preiserhöhungen nach sich ziehen müßten, unter Umständen sogar Preissenkungen hervorrufen könnten. Aber freilich, wer wird sich mit langweiligen theoretischen Dingen befassen und über den Zusammenhang zwischen Löhnen und Warenpreisen nachdenken."

So kritisieren sich die Theoretiker gegenseitig, und wenn dann schließlich jemand nicht mehr weiß, welche Theorie die richtige ist, dann braucht man sich darüber nicht zu wundern. (Sehr gut!) Die materialistische Geschichtsauffassung, die moderne Naturerkenntnis, gibt uns ganz genau den Weg an, den wir zu gehen haben. Gewiß kann eine Entwickelung durch Katastrophen unterbrochen werden, das gilt für die Naturgeschichte wie für die Entwickelung der Menschheit, aber das eine steht auch fest, daß wir nicht sprungweise, sondern allmählich vorwärts schreiten, daß wir allmählich hineinwachsen in den Zustand, der uns eine bessere Lebenshaltung bringen soll. Wenn erst die ganze Kenntnis der materialistischen Geschichtsauffassung auf der anderen Seite Platz gegriffen hat, dann wird man nicht mehr gegen die Gewerkschaftsführer herziehen, sondern mit der Selbstkritik einsetzen und vor allem mit der Selbstbeherrschung. Was wir nötig haben, ist etwas mehr theoretische Klarheit, etwas weniger revolutionäre Phrase, etwas mehr Selbstkritik, Selbstbeherrschung und vor allem gegenseitige Toleranz. (Beifall.)

Deinhardt (Holzarbeiter): Ich stehe ganz auf dem Standpunkt, den Müller gestern in seinem einleitenden Referat eingenommen hat. Allerdings fasse ich die Ansichten von Müller anders auf wie Geyer. Was Müller gesagt hat, mußte gesagt werden. Es handelt sich hier um eine Schlußbetrachtung über das, was sich in den letzten Monaten vollzogen hat, und schließlich ist es ja Müller selbst gewesen, der am Schluß seiner Ausführungen den lebhaften Wunsch geäußert hat — und wir wissen alle, daß das ehrlich gemeint war —, daß wir uns gegenseitig vertragen und daß wir, um solche Zwistigkeiten zu verhüten, in Zukunft mehr Fühlung mit der Partei suchen sollen. Ich habe die Auffassung, daß der Schwerpunkt der ganzen Ausführungen auf das letztere zu legen war, daß das, was Müller in bezug auf die letztjährigen Auseinandersetzungen gesagt hat, notwendig war, und deshalb bin ich mit ihm vollständig einverstanden. Auch teile ich die grundsätzliche Auffassung von Bringmann — Geyer hat ihn falsch verstanden. Bringmann hat das nicht als seine Auffassung vorgetragen, sondern er hat sich bemüht, jenen Genossen gerecht zu werden, die im Mittelpunkt des ganzen Stankes stehen und die die Debatten der letzten Monate verursacht haben. Bringmann hat durchaus recht: auch

Digitized by Google

diese Streitigkeiten sind im Grunde genommen grundsätzlicher Art, und man kann wohl als Veranlassung des ganzen Streites einen Leitartikel der „Leipziger Volkszeitung" ansehen, der vor rund einem Jahre erschienen ist und sich mit dem gewerkschaftlichen Revisionismus beschäftigte. Das hat mir wenigstens das Verständnis gegeben, wie so alle diese Leute in der Partei, die Mehring, Kautsky und Konsorten uns diese Ungelegenheiten bereitet haben. In dem Artikel wurde gesagt: Wir quälen uns jetzt in der Partei seit zehn Jahren mit dem Revisionismus, wir haben seit zehn Jahren die Revisionisten in der Partei totgeschlagen, und unsere ganze Arbeit ist für nichts, weil in den Gewerkschaften stärker und stärker der Revisionismus, den wir in der Partei totschlagen, wieder auffteht. Also der ganze Streit ist ein grundsätzlicher, alle jene Leute haben eine ganz falsche Auffassung von der gewerkschaftlichen Arbeit.

Ich habe hauptsächlich das Wort ergriffen, um Pokorny entgegenzutreten, der gestern erklärte, daß nach dem Gewerkschaftskongreß der Streit zwischen Partei und Gewerkschaften sich verschärft habe, und daß zu dieser Verschärfung die Gewerkschaften beigetragen hätten, der weiter den Wunsch äußerte, daß wir nichts tun möchten, um die Einigkeit zu stören und daß wir zu diesem Zwecke einen anderen Ton anschlagen sollten. Ja, so liegen die Verhältnisse nicht, wie sie als Voraussetzung zu den Ausführungen von Pokorny dienen konnten. Die Verhältnisse liegen so, daß wir uns seit zehn Jahren beschimpfen lassen, daß wir seit 10 Jahren die schlimmsten Anschuldigungen über uns ergehen lassen, ohne daß wir darauf geantwortet haben. Ich erinnere daran, daß zum Berliner Gewerkschaftskongreß im Zentralorgan der Artikel erschien: „Was geht vor?", daß zum Stuttgarter Kongreß in der „Leipziger Volkszeitung" der Artikel über die Nebenregierung erschien. (Sehr gut!) Wir haben darauf keine rechtschaffene Antwort gegeben, wir haben geschwiegen im Interesse der Einigkeit, wir haben uns prügeln lassen. Erst jetzt regt es sich und warum? Die Auseinandersetzungen kommen nicht aus Anlaß des Gewerkschaftskongresses, sondern des Bergarbeiterstreiks, weil damals Düwell und Genossen und andere Radikale mit allen Mitteln gegen die Bergarbeiter hetzten und es den organisierten Bergarbeitern schwer, wenn nicht unmöglich machten, ihre Grundsätze durchzusetzen. (Sehr richtig!) Da hat es sich in unseren Reihen geregt, und diese Regung, das Selbstbewußtsein, daß man auch mal wiedertritt, wenn man getreten wird, hat angehalten und dazu geführt, daß die Gewerkschaftsführer sich auf ihre Pflicht besannen und die Kritik auf das richtige Maß zurückführten. Ich muß für mich in Anspruch nehmen, daß ich bei allen diesen Kritiken als Parteigenosse gehandelt habe, daß ich stets die Form gewahrt habe, die man als Parteigenosse gegen Parteigenossen zu wahren hat, daß ich niemals über das notwendige Maß der Gegenkritik hinausgegangen bin. Deshalb ist es nicht angebracht, wenn Pokorny uns mahnt, wir sollten uns bessern. Wir haben uns nicht zu bessern, was geschehen ist, mußte geschehen. Wenn Sachse von Schwarzseherei sprach, so trifft auch das auf uns nicht zu, wir haben niemals in Schwarzseherei gemacht, aus dem einfachen Grunde nicht, weil wir ja immer in der Partei mitarbeiten, weil wir das Rückgrat der Partei bilden. Ich habe aber die Bemerkung gemacht, daß diese Schwarzseherei in der Partei allerdings eine Rolle spielt. Da erinnere ich wieder an den Artikel: „Was geht vor?" Ich erinnere mich auch daran, daß in der Unterstützungsvereinigung des Vereins Arbeiterpresse hinter den naheliegenden Vorschlägen der Generalkommission von unseren Parteigenossen immer der Pferdefuß gesucht wurde. Man fragte sich immer mißtrauisch, was beabsichtigen denn die Gewerkschaftsführer? Ist da nicht wieder eine Hintertür? Das ist die Schwarzseherei, die aber nicht bei uns, sondern nur bei einzelnen Parteiführern vorhanden ist. Es ist von Simon gesagt worden, daß das, was wir in Köln getan haben, nicht richtig war, daß die Partei infolgedessen das Recht und die Pflicht habe, uns so zu verurteilen, wie es geschehen ist, und er hat das bewiesen durch die Protestversammlungen. Was er sagt, ist nicht richtig, es sind überhaupt von der Parteipresse nur parteiisch alle jene Protestversammlungen in den Mittelpunkt der Erörterung gezogen worden, aus einem demagogischen Kniff heraus, die sich gegen den Gewerkschaftskongreß richteten. Wenn Simon etwas anderes sagt, so kennt er die Verhältnisse nicht. (Simon: Doch!) Dann ist es bei Euch Schustern so, bei uns ist es anders. (Heiterkeit.) Auch bei uns sind eine Reihe von

Digitized by Google

Protestversammlungen vom Stapel gegangen, die von der Parteipresse sehr gern aufgegriffen wurden. Ich bin drei Monate nach dem Kölner Kongreß auf eine fünfwöchentliche Agitationstour gegangen, und da habe ich erst erfahren, daß man sich in der Mehrzahl der Zahlstellen mit dem Gewerkschaftskongreß befaßt hat, aber keine Veranlassung hatte, eine gegen den Kongreß gerichtete Resolution anzunehmen, daß man die Sache nicht für so wichtig hielt, um an die Oeffentlichkeit zu treten und daß infolgedessen die Parteipresse ganz falsch unterrichtet ist. Ich behaupte von unserer Organisation, daß weit mehr Versammlungen sich mit dem Kongreß einverstanden erklärt haben, daß es sich tatsächlich nur um einen Protestrummel gehandelt hat und daß namentlich die Parteipresse nicht ehrlich handelte, indem sie die gegen den Kongreß gerichteten Resolutionen in den Mittelpunkt der Erörterungen zog.

Was sollen wir nun tun? Ich stehe auf dem Standpunkt, daß es sich hier nur um eine Auseinandersetzung handeln kann, die den Anwesenden eine Direktive für die Zukunft gibt. Einen Beschluß zu fassen ist nicht möglich, durch Beschlüsse werden die Differenzen nicht gehoben, es handelt sich um Gegensätze, die durchgekämpft werden müssen: wir müssen auf die Kritik mit Gegenkritik antworten, wir müssen, wenn wir ungerecht angegriffen werden, den ungerechten Angriff feststellen und den ungerechten Angreifer, wenn er unehrlich handelt, als unehrlichen Parteigenossen hinstellen. Anders geht es nicht. Nur durch Kritik kommen wir zur Selbstkritik, und Kritik und Selbstkritik werden dahin führen, daß wir über diesen Gegensatz hinwegkommen und und daß schließlich die gegenseitige Achtung zwischen Gewerkschaften und Partei platzgreift. Mit Recht hat Müller hingewiesen auf das geradezu gemeine Vorgehen nach dem Gewerkschaftskongreß, er hat darauf hingewiesen, daß man die Kongreßbeschlüsse als eine Arbeit der Führer, der gehobenen Existenzen hinstellte. Wir sind viel zu anständig gewesen. (Sehr gut!) Ich weiß nicht, wie lange ich an meiner Stelle stehen werde, aber das verspreche ich: mir passiert das nicht noch mal. Wenn mit solchen Mitteln gearbeitet wird, dann werde ich mit Tatsachen operieren, ich werde den Kollegen beweisen, daß wir, die wir doch im Grunde genommen uns nur durchhungern, am besten die Verhältnisse beurteilen können, daß wir das Recht haben, als Proletarier mitzureden, daß aber jene in gehobener Stellung, jene, die doppelt so hohe Gehälter haben, erst bei sich anfangen sollen. (Sehr gut!) Ich habe die Absicht, und ich werde sie durchführen. Sobald eine Kritik erfolgt, die unehrlich ist, die unserer ganzen Auffassung widerspricht, die demagogisch ist, werde ich dagegen auftreten, allerdings stets in ehrlicher Weise, in einer Weise, die mich als Genossen charakterisiert. Nur dadurch können wir zu einer gedeihlichen Entwickelung kommen. Andererseits werden wir allerdings auch ein gut Teil Solidarität nötig haben. Wenn wir auch nicht auf dem Standpunkt stehen wie der Angegriffene, so sollten wir doch nie die eigentliche Absicht des Angriffs vergessen. Ich bin z. B. mit der Erledigung der Frage der Maifeier auf dem Kongreß nicht einverstanden gewesen, ich bin unbedingter Anhänger der Arbeitsruhe, aber trotzdem habe ich stets in der Zeitung erklärt, die Gewerkschaftsführer haben recht gehandelt. Ich habe mir gesagt, die ganzen Angriffe, die sich schon durch die Art ihrer Inszenierung charakterisieren, richten sich gegen die Gewerkschaftler, in denen man nach der „Leipziger Volkszeitung" die Revisionisten erblickt, und weil man in der Größe unserer Gewerkschaften eine Gefahr für die Arbeiterbewegung sieht. (Sehr richtig!) Deshalb habe ich alle Angriffe gegen die Gewerkschaften zurückgewiesen. Aehnlich im „Vorwärts"-Konflikt. Ich selbst habe vorher zweimal Stellung dazu genommen, und zwar in derselben Weise wie das „Correspondenzblatt". Ich habe den Artikel der Generalkommission nicht benutzt, weil ich mit seiner Verschickung nicht einverstanden war, aber als die Versendung des Artikels wieder zu einem unschönen Angriff auf die Generalkommission benutzt wurde, da habe ich erklärt, ich stehe auf dem Standpunkt des Artikels, und ich habe ihn nur nicht abgedruckt, weil ich überhaupt nicht dafür bin, daß ein Gewerkschaftsblatt Artikel aus einem anderen abdruckt. In dieser Weise sollten wir des öfteren handeln, wir sollten etwas mehr Solidaritätsgefühl betätigen. Das braucht nicht in der Weise zu geschehen, daß man etwas verteidigt, was unrecht ist, das braucht nur dann geschehen, wenn wir wissen, daß ein Angriff zu Unrecht erfolgt und daß mit dem Angriff etwas beabsichtigt ist, was sich gegen die Gewerkschaften an sich richtet. Ich bin überzeugt, die Konflikte

Digitized by Google

müssen durchgerungen werden, und je mehr wir uns konsequent bleiben, je mehr wir andererseits stets im Auge behalten, daß wir Parteigenossen sind und als Parteigenossen so handeln, wie wir handeln, desto eher werden wir über diese Dinge hinwegkommen, desto eher werden wir durch Gegenkritik die ungerechte Kritik gegen uns zu überwinden vermögen.

Poetzsch (Gastwirtsgehülfe): Bringmann hat gestern in sehr interessanter Weise festzustellen gesucht, woher es kommt, daß zwischen dem einen Flügel der Partei, den Radikalen, und den Gewerkschaftsführern fortgesetzt Streitigkeiten entstehen. Er hat gemeint, daß das hervorgehe aus den theoretischen Anschauungen dieser Leute über die Gewerkschaftsbewegung. Er sagt, daß auf jener Seite die Gewerkschaften nicht als auf dem Klassenstandpunkt stehend betrachtet würden. Er (Bringmann) selbst erkenne an, daß die Gewerkschaften ebenfalls einen Klassenkampf führen, aber auf jener Seite werde immer angenommen, daß dies nicht der Fall sei. Das, was Bringmann sagt, erklärt vieles, aber nicht alles. Ich gebe zu, daß aus dieser Auffassung heraus manche Angriffe sich erklären, aber doch nicht alle. Wir sogenannten Revisionisten werden ja von den Ultraradikalen genau so behandelt wie die Gewerkschaftsführer. Selbstverständlich ist die Gewerkschaftsbewegung, wenn auch nicht der Klassenkampf schlechthin, so doch ein Stück Klassenkampf, und wir sind überzeugt, daß mit den Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung das Endziel der Menschheit auch noch nicht erreicht ist, sondern das Endziel des proletarischen Klassenkampfes muß sein der Kommunismus. Zwischen den Ausführungen Bebels in Jena und seiner jetzigen Auffassung mag vielleicht kein größerer Unterschied vorhanden sein, aber ein Widerspruch besteht jedenfalls zwischen der Auffassung verschiedener Parteiblätter zu der Auffassung Bebels. Verschiedene Parteigenossen, gerade ganz radikale, konnten vorher nicht genug auf Friedeberg schimpfen. Sie gingen als Gegner des Generalstreiks hin nach Jena und sind als eifrige Verfechter wiedergekommen. Es gibt eben Leute, die ihre Meinung im Handumdrehen ändern können. Ich habe an mir gemerkt, daß man nach und nach anfängt, sich an den Gedanken des Massenstreiks zu gewöhnen, und jetzt kommen nun wieder Bebel und dieselben Leute, die verlangt haben, daß wir uns im Moment abkehren sollten von der Auffassung, wie sie jahrelang bestanden hat, und setzen einen Dämpfer auf. In Hamburg hat man den Massenstreik versucht, und ich glaube, die Sache ist ziemlich gut verlaufen, man hätte also wohl die Idee weiter propagieren können. Rexhäuser hat heute ausgeführt, er lasse sich nichts gefallen; da hat er ganz recht, aber es kommt doch auf die Form an. So ein reiner Engel ist er nicht, wie er sich hinstellt. (Zuruf: Aber die „Leipziger Volkszeitung"!) Nein, die auch nicht. Rexhäuser hat sich heute sogar als Sozialisten bekannt (Zuruf: Schon früher!), ich warte immer auf eine weitere Aufklärung; es gibt auch christliche Sozialisten und Nationalsozialisten. (Sehr gut!) Er hat aber dann ausdrücklich erklärt, er sei Parteigenosse. (Rexhäuser: Ich fühle mich als Parteigenosse!) Dann möchte ich ihm doch raten, etwas in sich zu gehen und seine Angriffe, die manchmal berechtigt sein mögen, nicht immer in möglichst hämische Form zu kleiden. Wenn man z. B. sagt, daß die ganze Sozialdemokratie mit ihrem parlamentarischen Kampfe es noch nicht fertig gebracht habe, auch nur eine halbe Stunde Arbeitszeitverkürzung durchzusetzen, wenn man in so abfälliger Form von der Parteitätigkeit spricht, wie er es in unzähligen Notizen getan hat, wenn man weiter Propaganda macht für eine rein gewerkschaftliche Vertretung des Proletariats, dann erklärt sich manches, was von anderer Seite geschehen ist, was ich durchaus nicht immer billigen will. Wir wissen alle, daß ihm in der Partei sehr viel Unrecht geschehen ist von einzelnen Personen, aber wenn man sich als Mitglied dieser Familie fühlt, dann bringt man das doch anders zum Ausdruck. Man muß nicht alles mit der Lupe untersuchen, und nicht jeden Fehler, den die Partei begeht, an die Oeffentlichkeit bringen. Wenn man auf der einen Seite will, daß die Gewerkschaftsbewegung neutral bleiben soll, dann darf man die Neutralität doch nicht so verstehen, daß man die übrigen Parteien in Ruhe läßt und der sozialdemokratischen Partei alles mögliche anhängt. Es ist viel gesprochen worden von dem Worte Bömelburgs: Partei und Gewerkschaften sind eins. In der Sache stimmen wir damit wohl alle überein, aber ob Bömelburg das in der Form zu sagen brauchte, ist eine andere Frage. Er hätte vielmehr sagen müssen, die deutschen Gewerkschaften erblicken in der sozial-

Digitized by Google

demokratischen Partei die Vertreterin ihrer Interessen im Parlament. Das erkennen wir auch an, das leugnen wir nicht. Daß wir nicht im Zentrum oder irgend einer anderen Partei, die sich auch Volkspartei nennt, die Vertreterin unserer Interessen erblicken, steht fest. Wenn Bömelburg sich von den Maurern beauftragen ließ, diesen Gedanken dort auf dem Kongreß zum Ausdruck zu bringen, vielleicht weil die Maurer davon keinen Schaden haben, so hätte er doch bedenken müssen, daß er auf einem allgemeinen Kongreß sprach und nicht auf einem Maurerkongreß.

Durch die Aussprache werden wir meiner Meinung nach nicht eben weiterkommen, wenn nicht das geschieht, was Elm schon angeregt hat, nämlich, daß eine engere Fühlung zwischen Parteiinstanzen und Gewerkschaftsinstanzen herbeigeführt wird, und zwar nicht erst von Fall zu Fall, sondern eine ständige Fühlung. In Belgien z. B. ist eine so enge Verschwisterung zwischen Partei und Gewerkschaften vorhanden (Zuruf: In Oesterreich auch!), daß im Parteivorstand eine ganze Anzahl Leute sitzen, die von den Gewerkschaften gewählt sind, und in der Gewerkschaftskommission wiederum Delegierte der Partei. Nach der Entwickelung, die die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland genommen hat, durch die durch das Sozialistengesetz erzwungene Trennung, ist das bisher nicht möglich gewesen und auch aus ganz bestimmten Gründen unterlassen worden. Aber es fragt sich, ob nicht jetzt der Moment gekommen ist, wo man diese Furcht nicht mehr zu haben braucht. Wird keine ständige Verbindung hergestellt, so wird nach wie vor geschehen, was heute geschieht. Das Gros der Partei steht der Gewerkschaftsbewegung durchaus sympathisch gegenüber, es sind nur eine Reihe ultraradikale Literaten, die die Verhältnisse nicht kennen, die fortgesetzt hetzen. Es gibt Parteiführer, die in großen Versammlungen sprechen und nur diese großen Versammlungen sehen und sich an den Erfolgen berauschen, die aber nicht sehen, wie die Gewerkschaftsführer hinunterkriechen müssen in den Sumpf des Indifferentismus, wie sie sich seit Jahren bemühen, die Leute heranzuziehen. Diese Tausende von Wählern, die in der Wahlstatistik als sozialdemokratische Wähler erscheinen, wer zieht sie denn zur Partei heran? Wer anders als die Gewerkschaftsführer, die dann so verlästert werden. Ich habe gewiß mit indifferenten Kollegen zu tun, die durch ihren Standesdünkel und durch ihre ganzen Arbeitsverhältnisse zurückgeblieben sind, aber wenn man sieht, wie man es mit den Jahren erreicht, daß auch diese Leute schließlich zum Klassenbewußtsein kommen, daß sie zu Sozialdemokraten erzogen werden, ohne daß man immer mit dem roten Tuche schwenkt, dann kommt man zu der Ueberzeugung, daß die Gewerkschaften nach wie vor, auch wenn sie das von sich ablehnen, doch die Rekrutenschule der Partei sind. Es sind nur einzelne wenige, es sind Leute, die von der Gewerkschaftsbewegung keine Ahnung haben, die immer und immer wieder gegen dieselbe hetzen. Es sind Leute, die am liebsten die russische Revolution hierher verpflanzt haben möchten, wenigstens jetzt bei der Diskussion über den Generalstreik, so daß der sogenannte Hirtenbrief von Hamburg sehr angebracht war. Es sind Leute, die nicht die richtigen Schlußfolgerungen gezogen haben, die sie hätten ziehen müssen, nämlich nach Rußland zu gehen. Bei der Aussprache über den „Vorwärts"-Konflikt hat ein Genosse ein ausgezeichnetes Wort gesagt: Es tritt die Erscheinung zutage, daß, während in Rußland diejenigen, die die Radikalen sind, am allernächsten dem Henker stehen, in Deutschland diejenigen, die die Radikalen spielen, am allernächsten den Gehältern von 5000 und 6000 Mk. stehen. (Sehr gut!) Das sind die Dinge, die häufig zu diesem Ultra-Radikalismus beitragen.

Bömelburg (Maurer): Kollege Paeplow sagte heute, daß ich zu dem Ausspruch: „Sozialdemokratie und Gewerkschaften sind eins" veranlaßt worden wäre von den Delegierten des Maurerverbandes auf dem Frankfurter Kongreß. Das ist nicht richtig, der Ausspruch ist in Frankfurt gar nicht gefallen, sondern in Stuttgart. Allerdings habe ich in Frankfurt in meiner Schlußrede auf den Zusammenhang zwischen Partei und Gewerkschaft hingewiesen. Veranlaßt wurde ich dazu durch die Ausführungen, die Legien gegen Schluß des Kongresses machte und von denen wir alle nicht recht wußten, was wir davon halten sollten. Wie ich in Stuttgart zu meinem Ausdruck gekommen bin, kann ich nicht sagen. Er war nicht lange vorher überdacht, er ist gewissermaßen, ich möchte sagen, in der letzten Minute vor Schluß des Kongresses entstanden. (Zuruf: Das ist die einzige Entschuldigung!) Ich freue

Digitized by Google

mich darüber, ich habe nie bereut, den Ausspruch getan zu haben, aber wenn ich gewußt hätte, daß man davon in unseren eigenen Reihen so viel Aufhebens machen würde, wenn ich gewußt hätte, daß man jahrzehntelang damit hausieren gehen würde, dann hätte ich jedenfalls denselben Gedanken in andere Worte gekleidet. Aber wir sind eben Menschen, wir stehen unter dem Einfluß der jeweiligen Verhältnisse, und in solchen Momenten oftmals höchster seelischer Erregung wird manches Wort geprägt, was bei kühler Ueberlegung ungesprochen geblieben wäre.

Nun zur Sache selbst. Ich bin eigentlich der Veranlasser, daß auf dem Kongreß in Köln die Frage: Generalstreik und politischer Massenstreik erörtert wurde. Man könnte, wenn man die Dinge rein oberflächlich betrachtet, wie es auch heute zum Teil geschehen ist, zu dem Schluß kommen, daß ich eigentlich das Hauptkarnickel in der Sache bin. Aber so liegt es nicht. Wenn ich es zufällig gewesen bin, der den Antrag stellte, den Punkt auf die Tagesordnung des Kongresses zu setzen, so wurde ich dazu veranlaßt durch die Verhältnisse und durch das, was man gewissermaßen klar voraussehen konnte. Ich sagte mir, daß es zurzeit nach Lage der Dinge vollständig ausgeschlossen sei, der offiziellen Stellungnahme zum politischen Massenstreik aus dem Wege zu gehen, und erinnerte mich vor allem an die unangenehmen Dinge, die sich daraus ergeben hatten, daß man in Paris im Jahre 1889 in einem Moment höchster Begeisterung, wenigstens so weit die deutschen Delegierten in Frage kommen, einen Beschluß gefaßt hatte, in einer Frage, die, wenn sie zu anderer Zeit erörtert wurde, jedenfalls ganz anders entschieden worden wäre. (Sehr richtig!) Ich erinnerte mich vor allen Dingen auch daran, daß uns der Pariser Beschluß von 1889 doch in manchen Punkten in eine sehr unangenehme Lage gebracht hat, wir können ruhig sagen, daß uns das, was dort im Moment höchster Begeisterung beschlossen ist, für die Zukunft keine große Freude bereiten wird. (Sehr richtig!) Ich sagte mir ferner, daß allen Gewerkschaftlern die Pflicht obliege, dafür zu sorgen, daß in bezug auf den Massenstreik nicht Aehnliches geschehe, daß nicht ein einseitiger Beschluß gefaßt werde. Es tut mir leid, daß Geyer nicht mehr anwesend ist, er hätte heute eine Stunde reden müssen, er hätte Gelegenheit haben müssen, seine Stellung zur gewerkschaftlichen Bewegung im allgemeinen darzulegen. Erst dann hätten wir ihn verstehen können. Er ist ja auf die Frage selbst gar nicht eingegangen, er hat sich begnügt, zu polemisieren. Geyer ist noch einer aus der alten Schule, er hat über Gewerkschaften noch dieselbe Auffassung, wie sie vor 30 Jahren allgemein war. (Sehr richtig!) Als ich zur Zeit in Leipzig war, über den politischen Massenstreik sprach — die „Leipziger Volkszeitung" und die Genossen im engeren Kreise hatten so lange gebohrt, bis ich reden mußte —, da war Fritz Geyer, der „große Praktiker" der Arbeiterbewegung Lenz, unser Freund Seeger und andere, sie alle waren am Platze, und da war es bemerkenswert, daß Geyer sagte, er habe in meinen Ausführungen eine nochmalige Darlegung darüber vermißt, ob der Beschluß von Köln maßgebend sei oder der von Jena. Er sagte, der Beschluß von Köln sei überholt durch den von Jena und infolgedessen sei der Jenenser Beschluß maßgebend. (Hört! hört!) Also wir haben uns in der Gewerkschaftsbewegung einfach unterzuordnen, andere bestimmen und wir haben zu gehorchen! Entstand der ganze Streit deshalb, weil wir über den politischen Massenstreik redeten, weil ich angeblich ein schlechtes Referat gehalten haben sollte? Nein, der furchtbare Lärm entstand deshalb, weil wir uns angemaßt hatten, in Fragen zu entscheiden, über die nach Ansicht leitender Personen in der politischen Partei einzig und allein die Partei zu entscheiden hätte. Aus diesem Gedanken ergibt sich die ganze Sache und aus diesem Gedanken heraus sollen wir die Dinge beurteilen. Bringmann hat recht, wenn er auf das Verhältnis von früher und jetzt hinwies, und sagte, daß zwischen der Zeit von vor 10 und 15 Jahren die gewaltige Erstarkung der Gewerkschaften liegt.

Ich habe es vorausgesehen, daß es nicht ruhig abgehen wird. Die Auseinandersetzung kann der Arbeiterbewegung aber auch keineswegs gefährlich werden; das Bedauerliche bei der Sache sind eigentlich nur die traurigen Begleiterscheinungen, die Auswüchse in der Diskussion. Wer heute herkommt und will das, was in der Parteipresse und in Parteiversammlungen gesagt ist, paralysieren durch irgend welche Aussprüche der Gewerkschaftspresse, der verkennt die Dinge, der hat wahrlich nicht genau beobachtet, was eigentlich vor-

Digitized by Google

geht. (Sehr richtig!) Wenn auf eine Person geschimpft wird, so ist das nicht gefährlich; gewiß, für die Person ist das unangenehm, und derartiges Geschimpfe tut einem weh, persönlich und im Interesse der Arbeiterbewegung. (Zustimmung.) Aber mit dem, was auf die Person gesagt ist, findet man sich schließlich ab; viel gefährlicher aber ist die Hetze, die gegen Institutionen getrieben wurde. Was hat man denn gemacht? Man hat versucht, in der Parteipresse, in Versammlungen in ganz systematischer Weise die Massen gegen die Führer der Gewerkschaften aufzuhetzen. (Sehr richtig!) Man hat ihnen gesagt: Seht, das sind diese vollgefressenen Kerle, mit denen müßt ihr euch auseinandersetzen. (Sehr richtig!) Ja, ich weiß, daß ganz speziell in Leipzig ein paar Monate lang unter der Hand gearbeitet worden ist, damit meine Leipziger Kollegen mich nach Leipzig zitieren und ordentlich abbürsten sollten. So leicht lasse ich mich ja nicht abbürsten (Heiterkeit), aber ganz systematisch ist das betrieben worden, nicht nur dort, sondern auch an anderen Stellen. Man hat sogar gesagt, der Kerl darf überhaupt nicht mehr an der Spitze einer modernen Gewerkschaft stehen. Und das ist nicht nur von Leuten gesagt, die nicht denken können — ach, Kloth, sei doch nicht so naiv, Du kennst die Personen nicht, sonst würdest Du zu einer ganz anderen Ansicht kommen. Auch von dem notwendigen Uebel der Gewerkschaftsbeamten sprach man, von der Ohnmacht der Gewerkschaften, von einer Sisyphusarbeit. Diese Begleiterscheinungen sind das Traurige an der Debatte, das ist das, wogegen wir uns wenden, wogegen wir uns unter allen Umständen wenden müssen. Wir würden nicht nur ein Verbrechen begehen an der Gewerkschaftsbewegung, sondern an der ganzen Arbeiterbewegung, wenn wir dagegen nicht auftreten würden. Wenn wir reden wollten von dem notwendigen Uebel der Beamten, so könnte man das ja auch auf die Partei anwenden. (Sehr gut!) Wir sollen nicht mit den Massen fühlen. Liebe Freunde, ich fühle mit der Masse noch genau so viel, vielleicht noch mehr, als ich damals gefühlt habe, wo ich nicht an dieser Stelle stand. (Zustimmung.) Warum? Weil ich mich bemüht habe, im Laufe der Jahre die Tiefe des Elends mehr zu erfassen. Aber würden wir herkommen und den Spieß umdrehen, würden wir von den Parteitagen reden als von Beamtenparteitagen, oder würden wir uns in der Oeffentlichkeit hinstellen und von den sehr hohen Gehältern reden, die dort gezahlt werden — es gibt ja dort Personen, die viel mehr verdienen (Sehr richtig!) —, wohin kämen wir, wenn wir eine solche Taktik beobachten wollten?

Ein Wort über die Frage der Protestbewegung! Wie habe ich doch gelacht, als ich diesen Protestrummel hörte. Die Sache war ja zuletzt etwas traurig, ich habe sogar Veranlassung genommen, einmal darauf hinzuweisen, daß man nicht zu weit gehen dürfte. Aber das sollen wir ernst nehmen? Auch die Tabakarbeiter erklärten sich ja auf ihrem Kongreß mit einzelnen Punkten der Beschlüsse nicht einverstanden. Ich habe darüber gelacht. Wenn Du, lieber Elm, dabei bist (Zuruf von Elm: Ich war ja gar nicht dabei!) und auch Genosse Geyer, so ist das doch keine Kunst. Ich habe mir gesagt, das nennt man Protest? Ich habe mir vorgenommen, genau das Gegenteil zu beweisen. Auf unserem nächsten Verbandstage werden wir den Bericht vom Gewerkschaftskongreß auf die Tagesordnung setzen, und da werden sich die Maurer jedenfalls einstimmig für die Entscheidungen des Kongresses erklären. Wir wären doch dumme Kerle, wenn wir nicht imstande wären, in Versammlungen einen uns richtig erscheinenden Beschluß herbeizuführen. Das müssen wir ja jeden Tag machen. Ueber solche Protestversammlungen sollten wir gar nicht reden, ich könnte nachweisen, daß Leute später wegen der Stellungnahme der Generalkommission zum „Vorwärts"-Konflikt Protestresolutionen beschlossen haben, obwohl sie den Artikel nicht gelesen hatten. (Sehr wahr!) Solchen Sachen sollten wir keine Bedeutung beilegen, wir sollten nicht in unserer Diskussion auf die Proteste hinweisen, die ja meist in so ganz eigenartiger Weise zustande kommen.

Ich habe manchesmal geschwankt, ob wir uns in Köln mit der Frage des politischen Massenstreiks beschäftigen sollen, ich sah ja voraus, was kommen würde. Ein Parteiblatt nahm vorher zum Kongreß Stellung und fragte: Wie wird der Kongreß in der Frage des politischen Massenstreiks entscheiden? Man tröstete sich damit, daß das Referat ja in guten Händen liege. Aber ich mußte mir doch sagen, was führt den Mann zu dem Gedanken, daß er diese Hoffnung hat, diese vollständig falsche Hoffnung? Wie gesagt, ich habe

Digitized by Google

manchesmal geschwankt, und als der Kongreß vorüber war, als Mistkübel über mich ausgegossen wurden, da habe ich mich gefragt: War das recht, daß du geredet hast? Heute, wo man über die Dinge ruhiger denkt, bin ich der Meinung, es war ein Segen für die Arbeiterbewegung, daß wir in Köln zum politischen Massenstreik Stellung genommen haben. (Zuruf: Sehr wahr! — Robert Schmidt: Es wird noch ein Segen werden!) Wenn in Jena ein ganz anderer Ton angeschlagen wurde, wenn man in Jena nicht so sehr weit ging, woher kam das? Das kam durch unsere Stellungnahme, man war sich mittlerweile bewußt geworden, daß die Gewerkschaften immer stärker geworden sind, daß es nicht mehr so wie früher geht, daß man einfach auf der einen Seite bestimmt, was die andere Seite auszuführen hat. Man sagte sich, die Gewerkschaften bilden heute in der Arbeiterbewegung einen Faktor, der in jeder Hinsicht respektiert werden muß, und wenn Sie heute das, was uns die Generalkommission über die Ansichten Bebels berichtet hat, die ja wohl auch zum Teil die Ansicht des Parteivorstandes ist, betrachten, so werden Sie erkennen, daß auch das wieder eine ganz logische Folge unserer Stellungnahme in Köln ist. Wir achten ja unseren Genossen Bebel alle sehr hoch, aber ein Mensch ist er doch auch nur, der genau so gut wie wir unter dem Einfluß seiner Umgebung steht. Wenn z. B. Staudinger im „Steinarbeiter" sich so auf die Seite von Geyer geschlagen hat, so muß man immer berücksichtigen, daß diese Blätter in Leipzig erscheinen. (Heiterkeit.) So geht es auch bei den leitenden Personen der Arbeiterbewegung. Diesmal waren es nicht einzelne Personen, die die Meinung Bebels beeinflußt haben, diesmal war es eine Bewegung.

Noch ein Wort darüber, wie wir uns zu der Ansicht Bebels stellen. Die Generalkommission hat erklärt, wir wollen warten, was die Vorstände sagen. Bis jetzt ist eigentlich in der ganzen Debatte über unsere Stellung zu der Ansicht von Bebel fast gar nicht geredet worden, sie ist nur ganz nebenbei gestreift, aber die Generalkommission wollte doch wissen, wie wir uns hierzu stellen. Bebel hat nach dem Bericht der Generalkommission gesagt, wir können den politischen Massenstreik nicht anwenden. Ganz meine Meinung. Diese Meinung wird Bebel behalten müssen, davon bin ich überzeugt, die Verhältnisse bringen ihn dazu. Ich habe auch an sich nichts dagegen, wenn bei Anwendung des politischen Massenstreiks die politische Partei die Führung im Kampfe hat. Aber heute hier endgültig bestimmen, wie es mit der Führung werden soll, ferner wie es mit der Unterstützung gehalten werden soll, ich meine, wir haben gar keine Veranlassung, uns in diesem Punkte in irgend einer Weise festzulegen. (Sehr richtig!) Kommt Zeit, kommt Rat! Sollten wir einmal vor einem Moment stehen, wo wir dem politischen Massenstreik nicht aus dem Wege gehen können, dann werden wir sehr schnell imstande sein, uns früh genug über die Taktik zu einigen. Es kann Momente geben, wo die politische Partei die Führung haben muß, aber wenn wir es wieder mit einer Zuchthausvorlage zu tun hätten, wenn man das Koalitionsrecht verschlechtern wollte, würden wir dann die ganze Führung der Bewegung in die Hand der politischen Partei legen? Nein, das würden wir nicht tun, wir würden uns in diesem Kampfe mit an die Spitze stellen. (Sehr richtig.) Wir sind es der Existenz der Gewerkschaften schuldig, dann an erster Stelle zu stehen. Es kann sogar aus rein zweckmäßigen Gründen notwendig sein, daß die Partei auf die Führung des Kampfes verzichtet, und wir übernehmen sie, während in anderen Fällen, z. B. in der Wahlrechtsfrage, die Partei zweckmäßig die Führung erhält. Also ich halte es für gefährlich, uns heute festzulegen. Sonst könnten wir sehr leicht in die Lage kommen, daß wir später die festgelegten Grundsätze wieder umstoßen müßten.

Ich bin — das habe ich immer betont — dafür, daß Partei und Gewerkschaften möglichst in Frieden leben. Aber eine Kirchhofsruhe wird nie erreicht werden, das bleibt ein Traum. Das eine sage ich mir jedoch heute: Bei allem Respekt vor unserer Parteileitung, bei aller Achtung vor der Partei selbst, bei allem Streben, die ganze Bewegung in möglichster Einheit zu erhalten, stehe ich doch auf dem Standpunkte, daß es für uns nichts Schlimmeres geben könnte, als daß wir schweigen da, wo unter allen Umständen gesprochen werden muß. Das kann es nicht geben. Ich halte es für notwendig, daß die Generalkommission sich in wichtigen Fragen auch mit der Leitung der Partei verständigt. Aber der Parteivorstand ist doch nicht die Partei, er hat doch keinen Einfluß

Digitized by Google

auf die Personen, die in den einzelnen Orten die öffentliche Meinung machen, und wenn ähnliche Dinge vorkommen, wie jetzt, ist es unsere Pflicht, den Leuten ordentlich auf die Finger zu klopfen. Wenn wir diese Taktik beobachten, kommen wir zu den Zuständen, die wir im Interesse der Arbeiterbewegung haben müssen. (Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Legien teilt mit, daß der Stenograph sich nur bis mittags 1 Uhr zur Aufnahme des Protokolls verpflichtet habe und seine Arbeit jetzt abbrechen müsse. Die weiteren Verhandlungen werden nicht stenographisch aufgenommen werden. Die Genossen Knoll, Umbreit und Jansson werden jedoch die Ausführungen der Redner möglichst wortgetreu aufnehmen und sie den Rednern zur Ergänzung und Korrektur vorlegen.

Weiter schlägt Redner vor, das Protokoll nicht im Wortlaut des Stenogramms, sondern nur nach einem Auszuge aus diesem im Druck herstellen zu lassen. Es wird genügen, das Stenogramm in einigen Exemplaren zu vervielfältigen und im Archiv der Generalkommission aufzubewahren. Bei wörtlicher Wiedergabe des Stenogramms wird das Protokoll zu umfangreich.

Bömelburg wendet sich gegen diesen Vorschlag.

Die Abstimmung ergibt die Ablehnung des Vorschlages von Legien. Das Protokoll soll im Wortlaut des Stenogramms im Druck hergestellt werden.

Die Debatte wird fortgesetzt.

Kloth (Buchbinder) vermißt eine authentische Festlegung der Erklärungen Bebels in bezug auf den Massenstreik, die er in der Sitzung mit der Generalkommission gegeben haben soll. Bömelburg sollte sich also nicht so unbedingt auf diese Erklärungen Bebels stützen, wie er es heute getan habe. Er selbst könne einen wesentlichen Widerspruch zwischen den Ausführungen Bebels auf dem Jenaer Parteitage und in dieser Sitzung nicht entdecken. Es sei auch verfehlt, die Anhänger des Massenstreiks für jeden Putsch verantwortlich zu machen, der sich hier und da ereignet. Er müsse, obwohl er Anhänger des Massenstreiks sei, noch heute erklären, daß er beispielsweise einen Massenstreik in Hamburg und Lübeck für aussichtslos halte und deshalb ein solcher hier auch gar nicht unternommen werden dürfte. Die Gründe, die Bringmann für die Herausgabe einer wissenschaftlichen Revue der Gewerkschaften angeführt habe, halte er nicht für stichhaltig. Eine solche würde nicht nur die Reibungen mit der Partei erhöhen, sondern auch den Streit im Gewerkschaftslager erst entfachen. Er selber zähle sich nicht zu den Radikalen, er verwahre sich aber auch nicht dagegen, wenn er zu ihnen gezählt werde. Er habe auch nicht englische Verhältnisse auf die deutschen Gewerkschaften übertragen; er habe sich auf das Webbsche Buch nur insoweit bezogen, als er eine Erklärung darüber geben wollte, wie es kommen kann, daß ein Gewerkschaftsredakteur oder Beamter nicht eine so enge Fühlung mit der Masse haben könne, wie es zur Beurteilung aller Vorgänge in der Masse, im Berufe, notwendig wäre. Wenn Blum den Ausspruch Schmidts: „Es sei unter diesen Umständen geradezu ein Glück, daß die „Neue Zeit" nicht allzuviel gelesen würde", sich zu eigen mache, so wolle er dazu bemerken, daß die Schreibweise der „Neuen Zeit" eine so große Verwirrung nicht anstiften könne. Das gehe ja aus dem Ausspruche Bömelburgs auf dem Gewerkschaftskongreß hervor: „Die Literaten schreiben und schreiben, kein Mensch mehr liest das, was sie schreiben." Die Wahrheit liege also wohl auch hier in der Mitte. Jedenfalls habe man auf beiden Seiten, Partei und Gewerkschaft, das Recht, zu allen Fragen von allgemeinem Interesse Stellung zu nehmen und eventuell auch eine abweichende Stellung zu nehmen. Natürlich braucht das nicht in persönlich verletzender Weise zu geschehen. Die meisten Differenzen haben aber doch wohl ihren Grund darin, daß die beiderseitigen Kompetenzen nicht genügend auseinander gehalten werden. Aber wenn es denn doch wahr ist und sein soll, daß Partei und Gewerkschaften bedingt oder unbedingt eins sind, so sollte man doch von der Gewerkschaftspresse erwarten, daß sie ihre Mitglieder darüber aufklärt, daß alle gewerkschaftlichen Erfolge auf wirtschaftlichem Gebiete nur vorübergehende Erfolge sind, daß alle Errungenschaften früherer Kämpfe aufgehoben werden können und aufgehoben werden durch handelspolitische Maßnahmen, allgemeine Preissteigerungen usw. Und es stehe doch auch fest, daß selbst die Gewerkschaften, die ausgedehnte

Digitized by Google

Tarife haben, fortgesetzt kämpfen müssen; kämpfen müssen nicht bloß um die Erhaltung des Errungenen, sondern auch um Erringerung besserer Positionen. Gewiß ist es ein großer Erfolg, wenn nach der Statistik der letzten Jahre die deutschen Gewerkschaften ihren Mitgliedern 12 Millionen Mark an Lohnverbesserungen errungen haben. Es läßt sich sogar annehmen, daß die wirklichen Erfolge noch viel größer sind. Aber was will das besagen gegenüber der Tatsache, daß die besitzenden Klassen in demselben Zeitraum über eine Milliarde an Profiten eingeheimst haben. Wenn man sich das vergegenwärtigt, dann kann man doch mit einem gewissen Recht sagen, daß es sich bei der gewerkschaftlichen Bewegung an sich doch um „Sisyphusarbeit" handelt. Hierüber Aufklärung zu schaffen, um dadurch den Gewerkschaftsmitgliedern die Notwendigkeit des politischen Kampfes aus der Einheit der Arbeiterbewegung zu lehren, das sei auch die Aufgabe der Gewerkschaftspresse. Gegenüber Rexhäuser wolle er bemerken, daß dieser eigentlich keine Ursache habe, sich über den Ausspruch Fischers auf dem Parteitage, daß eine unbedingte Pflicht zum Anschluß an die Gewerkschaftsorganisation doch nicht besteht, zu beschweren. Denn, wenn Rexhäuser sich als Sozialist, ja heute sogar als Parteigenosse bezeichne, so hätte er die Pflicht, auch Versuche zu machen, das durch die Tat, eventuell durch Anrufung höherer Parteiinstanzen, zu beweisen, nämlich sich auch politisch zu organisieren. Aber der „Parteigenosse" Rexhäuser ist auch in anderer Hinsicht gar nicht so konsequent. So sei ihm bekannt, daß Rexhäuser selbst schon zum dritten Male gewerkschaftlich organisiert sei. In politischer Hinsicht soll derselbe früher auch zu den Ultraradikalen gehört haben. Im übrigen aber freue er sich, daß Rexhäuser heute selber anerkannt habe, in seiner Polemik mit der „Leipziger Volkszeitung" des „Guten" zuviel getan zu haben. Aber er könne nicht verlangen, wie er angedeutet habe, daß die heutige Konferenz ihn sozusagen rehabilitieren solle. Die Schreibweise der „Leipziger Volkszeitung" in bezug auf den „Kronzeugen" Rexhäuser sei zu verstehen, wenn man bedenke, welche horrende Strafe ihren Redakteur getroffen habe. Rexhäuser ist eben nicht so lilienrein, als er sich heute hier hinstellen möchte.

Daß der sogenannte Radikalismus kein Hindernis für die Gewerkschafts- und auch die Genossenschaftsbewegung sei, dafür sei doch Leipzig das beste Beispiel. Leipzig sei doch allgemein bekannt als die Stätte, an der der Radikalismus in Reinkultur gezüchtet werde. Trotzdem aber stehe Leipzig in gewerkschaftlicher und genossenschaftlicher Hinsicht in keiner Weise hinter anderen Städten in Deutschland zurück. Im Genossenschaftswesen sehe es in Berlin, wo doch der ganze Stab der Revisionisten sitze, sogar geradezu traurig aus. Was den Massenstreik anbetrifft, so sei doch auch noch darauf hinzuweisen, daß nicht bloß Radikale für denselben schwärmen; er verweise auf Bernstein und Kampffmeyer.

Um noch einmal auf seine vergleichsweise Heranziehung des englischen Gewerkschaftsbeamtenwesens zurückzukommen, so wolle er auf den diesbezüglichen Artikel Elms in den „Sozialistischen Monatsheften" hinweisen, in welchem Elm selber auf die Gefahr hinweist, daß die deutschen Gewerkschaften auf dem Wege seien, in das Fahrwasser der englischen Gewerkschaften zu geraten.

Hué (Bergarbeiter): Zunächst möchte ich erklären, daß ich gestern bei der Debatte nicht willkürlich gefehlt habe, sondern durch die Abstimmung über das Handelsprovisorium im Reichstage festgehalten worden bin. In der Debatte ist auch die Haltung der „Bergarbeiter-Zeitung", die Taktik des Bergarbeiterverbandes und verschiedentlich auch meine persönliche Stellung zu den uns hier beschäftigenden Fragen erörtert worden. Nachdem die Debatte solche Ergebnisse zutage förderte, habe ich nicht mehr notwendig, mich zu rechtfertigen. Aus meiner Erfahrung heraus bin ich zu der Anschauung über das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften gekommen, wie ich sie vertrete. Rexhäusers oft zitierte Auslassungen, wenn ich auch seine persönliche Art nicht gutheiße, kann ich recht gut verteidigen. Was Rexhäuser sachlich über die praktischen Möglichkeiten der Arbeiterbewegung vertritt, ist die Meinung vieler, sehr vieler Genossen.

Kollegen! Sie fürchten sich nur zu sagen, was ist, denn es ist nicht angenehm, zum Mittelpunkt eines Kreuzfeuers gemacht zu werden. Daß Gewerkschaft und Partei sich in einer Krise befinden, wissen wir alle, aber nur wenige haben den Mut zu sagen, was ist. Es muß gesagt werden hier in unserem Kreise, daß wir nicht zu scheinen wagen, was wir sind. Unsere organisatorische Kraft

Digitized by Google

entspricht nicht unseren öffentlichen Aeußerungen. Und weil wir das wissen, befinden wir uns in einem fortgesetzten inneren Konflikt mit uns selbst. Wer wird denn von uns in Saarabien und Oberschlesien auftreten, wie es uns Ueberradikale zumuten? Aber auch in den anderen Revieren sind wir noch viel zu schwach, um den von gewisser Seite beliebten Kraftworten den nötigen Nachdruck verleihen zu können. Das gesteht man nur nicht ein; es klafft deshalb ein Widerspruch zwischen Schein und Wirklichkeit. Wer aber aus der Wirklichkeit die Konsequenz zieht, läuft Gefahr, in der gehässigsten Weise angegriffen zu werden. Das hält unsere Genossen vielfach ab, ihre durch reifliches Nachdenken gewonnene Ueberzeugung von der Unfruchtbarkeit der jetzigen Situation auszusprechen. Die geistige Entwickelung wird dadurch gehemmt, wir leiden unter Intoleranz und inneren geistigen Konflikten. Bald sind wir unduldsamer wie die katholische Kirche. Das Gefühl ist weitherrschend in der Gewerkschaft und der Partei. Unsere Taktik beim großen Bergarbeiterstreik hatte die Billigung der Parteileitung, der Fraktion und der Generalkommission. Wir haben dies die Ueberradikalen wissen lassen; sie wußten, daß wir den Streik wegen mangelnder Kraft abbrechen mußten. Trotzdem brach nach dem Streikabbruch, als es um Sein oder Nichtsein der Organisation ging, eine beispiellose Hetze gegen die Verbandsleiter los, inszeniert von Hänisch und vor allen Dingen von Düwell. Was uns angetan worden ist, steht ohne Beispiel da in der Arbeiterbewegung. Man propagierte sogar die Gründung eines Gegenverbandes; Sachse, Hus usw. müßten gestürzt werden. Obwohl wir nun im Einverständnis mit der Parteileitung handelten, hat die Parteileitung dennoch gerade den Mann, der uns den größten Schaden zufügte, Düwell, als Redakteur an das Zentralorgan berufen. Das habe ich in der „Bergarbeiter-Zeitung" kritisiert, davon nehme ich kein Wort zurück. Hier tritt der Widerspruch zwischen Schein und Wirklichkeit kraß zutage. Alle wußten, daß der Bergarbeiterstreik zum Besten der Partei von parteipolitischen Agitationen fernbleiben mußte, wenn er nicht zusammenbrechen sollte. Aber die überradikalen Kritiker schrieben, als wenn wir Herren der Situation gewesen wären, und gerade diese Leute sind an hervorragende Parteistellen berufen worden. Bömelburgs Wort: „Partei und Gewerkschaft sind eins", kann nur als eine Betonung der ideellen Einheit verstanden werden. Diese Einheit ist unzweifelhaft, ich betone sie stets, zuletzt noch vor Gericht in einem Prozeß gegen ein Zentrumsblatt. Auch Rexhäuser anerkennt in seiner Besprechung des Jenaer Parteitages: „Die Gewerkschaftsbewegung führt konsequent zum Sozialismus." Mit einem Manne, der solchen Grundsatz offen ausspricht, sollte doch eine Verständigung möglich sein. Aber hier spielen leider die so oft erörterten Leipziger Verhältnisse eine uneinigende Rolle. Da das „Correspondenzblatt" stets ein intimes Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft befürwortet hat, hatte es auch das Recht, sich um den „Vorwärts"-Konflikt zu kümmern, zumal sich sehr oft Parteiorgane sehr intensiv mit den inneren Verhältnissen der Gewerkschaften befassen. Nicht das bekannte Wort Bömelburgs ist an sich für unsere Agitation in den schwarzen Bezirken erschwerend; auch die katholischen Arbeiter sympathisieren mit den sozialistischen Ideen. Aber weil Auslassungen von Luxemburg e tutti quanti es den M.-Gladbachern ermöglichen, die praktische Tätigkeit der Sozialdemokratie und unserer Gewerkschaften den katholischen Arbeitern als reformfeindlich, unsinnig, widerspruchsvoll zu denunzieren, deshalb manche Schwierigkeiten und Reibereien. Im Reichstage müssen wir uns bemühen, die pseudoradikalen Phrasen der Unverantwortlichen vor dem 21. Januar möglichst harmlos erscheinen zu lassen, tatsächlich befinden wir uns dabei in einer kläglichen Lage. Wenn wir uns alle eingestehen wollten, wie weit unsere Kraft reicht, dann gerieten wir nicht mehr in innere Konflikte. Partei und Gewerkschaft passen ihre Taktik den konkreten Verhältnissen an; uns könnten dann keine Stöcker und Konsorten krasse Widersprüche vorhalten. Beide Gruppen der modernen Arbeiterbewegung sind aufeinander angewiesen, Konflikte zwischen uns sind kein natürliches Ergebnis, sondern nur Folgen des Umstandes, daß wir Wollen und Können nicht in Einklang bringen. Aendert sich das, dann bleiben wir von beide Teile schädigenden Erörterungen verschont.

Umbreit: Zunächst einige Worte über die Stellung des „Correspondenzblatts" der Generalkommission zu den Auseinandersetzungen zwischen Partei und Gewerkschaften. Die Redaktion hat das „Correspondenzblatt" bisher als Organ der gewerkschaftlichen Praxis und Materialsammlung aufgefaßt, zu Auseinandersetzungen mit der Partei dagegen in der Regel nur Stellung genommen,

Digitized by Google

wenn Kundgebungen offizieller Partei-Instanzen vorlagen. Im „Vorwärts"-Konflikt war diese Voraussetzung erfüllt; es handelte sich um eine Denkschrift des Parteivorstandes, welche gewerkschaftliche Grundsätze berührte und sie sogar direkt mit Füßen trat. Dagegen mußte Stellung genommen werden. Im Gegensatz zu Genossen Sachse, der in diesem Konflikt keine gewerkschaftliche Angelegenheit erblickt, hat die bürgerliche Tagespresse und die Unternehmerpresse den Widerspruch zwischen gewerkschaftlichen Grundsätzen und politischen Handlungen sofort herausgefunden und uns denselben um die Ohren geschlagen, Das zwang uns zur Stellungnahme und zur Zurückweisung der betreffenden Grundsätze der Denkschrift. — Sachse, welcher behauptet, daß wir die neuen „Vorwärts"-Redakteure als Streikbrecher bezeichnet hätten, hat den Sinn der Ausführungen unseres Artikels nicht richtig verstanden. Wir haben uns dagegen gewandt, daß man den neuen Redakteuren den Konflikt zwischen Parteidisziplin und Solidarität nicht ersparte und sie zu Handlungen verleitete, die dem einfachen Arbeiter als gleichartig mit Streikbruch erscheinen.

Der Versand des Artikels an die Gewerkschaftsredaktionen entsprach den längst üblichen Gepflogenheiten der Generalkommission. So wird die „Wirtschaftliche Rundschau" alle 14 Tage versendet und von den Statistiken und wichtigen Kundgebungen der Generalkommission gehen der Gewerkschaftspresse regelmäßig Abzüge oder Auszüge zu. Ein gleiches haben Sie auch bezüglich der Veröffentlichung des Berichtes über diese Konferenz beschlossen. Es fragte sich höchstens, ob ein Anlaß vorliege, gerade bei dieser Kundgebung der Generalkommission, deren Bedeutung ja niemand bestreitet, von der üblichen Praxis abzuweichen. Uns kam dies nicht in den Sinn; sollten Sie indes wünschen, daß künftig diese Korrespondenzversendung unterbleibt, so haben wir auch nichts dagegen. Jedenfalls haben nicht bloß die Gewerkschaftsredaktionen, sondern auch die Leser der Gewerkschaftspresse, die Mitglieder, Anspruch darauf, die Meinung der Generalkommission in dieser tiefgehenden Streitsache kennen zu lernen. Eine Beeinflussung der Stellung der Gewerkschaftspresse lag uns natürlich fern; so tief schätzen wir unsere Gewerkschaftsredaktionen nicht ein, daß sie nicht selbst einiges und Eigenes zu dieser Angelegenheit zu sagen vermöchten.

Zu Bringmanns Vorschlag auf Schaffung einer wissenschaftlichen Gewerkschaftsrevue erklärt Redner, daß ein solches Organ nur ein Kampfblatt werden könne. Ein solches könne vielleicht einmal notwendig sein, aber er wünsche diesen Zustand und Zeitpunkt nicht herbei. Besser sei es, wenn die Gewerkschaftsgenossen direkt ihren Einfluß auf die Parteipresse auszuüben suchten, um dadurch ihrer Auffassung über die Bedeutung und Stellung der Gewerkschaften in der Arbeiterbewegung bei der Partei zu maßgebender Geltung zu bringen. Wenn ein theoretisches Kampforgan aber einmal notwendig werde, dann würden uns auch die Kräfte zur Verfügung stehen, um ein solches Organ wirksam zu gestalten.

Die Debatte wird geschlossen. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Bringmann (Zimmerer): Den Sinn, den die Genossen Simon, Kloth, Geyer und Umbreit meinen Ausführungen gegeben haben, erkenne ich als authentisch nicht an. Simon hat noch eine private Aeußerung von ihm besprochen in bezug auf das Vorwort zu Kautskys Buch: „Das Erfurter Programm". Simon habe diese Aeußerung unrichtig zitiert. Redner habe ihn nur darauf hingewiesen, daß sich Kautsky nicht auf die Verelendungstheorie, Zusammenbruchstheorie usw. stützt. Kloth gegenüber habe er zu bemerken: seine Ausführungen sind dahin gegangen, daß man von dem Standpunkte der konsequenten politischen Klassenkampftheorie aus eine besondere Gewerkschaftstheorie nicht anerkennen könne.

Rexhäuser (Buchdrucker): Er könne die Angriffe nicht in der nötigen Weise zurückweisen. Daß er über die Bewegung der Barbiere so wenig geschrieben habe, liege daran, daß man von denselben so wenig erfahre. Gegenüber Sachse bemerke er, daß er nichts zu bereuen habe. Kloth gegenüber bemerke er, daß er seit 22 Jahren seiner Gewerkschaft angehöre. Er könne es nicht billigen, daß man einen persönlichen Ton in die Debatte trage. Gerade Kloth habe aber bewiesen, wie schwer es sei, in Leipzig zu einer Verständigung zu kommen; alles werde auf das persönliche Gebiet übertragen. Gerade Kloth sei derjenige gewesen, der beim Streik in der „L. V." die Dinge auf die Spitze getrieben habe; derselbe habe die entscheidende Resolution eingebracht. Er und andere Leipziger Parteigenossen seien es gewesen, welche auf die Ablehnung der Einigungsvorschläge des Parteivorstandes hingewirkt haben.

Digitized by Google

Er habe auch nie auf radikalem Standpunkte gestanden. Er sei in Bayern als erster dafür eingetreten, daß die Genossen das Budget bewilligen. Eine Beschwerde betreffend Rehabilitierung ist für ihn ganz aussichtslos. Kloths Stellung gegen ihn sei erklärlich, weil er (Rexhäuser) G. Schmidts Freund sei. Er habe nicht das Bedürfnis, sich hier rehabilitieren zu lassen. Dazu fehle es an dem Material zur Beurteilung der ganzen Frage. Er hänge mit seinem ganzen Leben an seinem Werk und er werde immer das sagen, was er zu sagen für notwendig halte.

Börner (Tabakarbeiter): Bömelburg habe irrtümlich von einer Protestversammlung der Tabakarbeiter gesprochen; es war aber ein Kongreß. Er würde Anstand nehmen, in gleicher Weise über Beschlüsse der Maurer zu sprechen, als wie Bömelburg über solche der Tabakarbeiter. Dieselben wahren sich ihre eigene Meinung.

Müller (Seemann): Die Genossen Kloth, Geyer, Simon und Pokorny hätten sich über den Ton seines Referates beschwert. Er habe aber unter derselben seelischen Erregung gestanden, die Bömelburg bezw. seiner Schlußreden auf den Gewerkschaftskongressen für sich in Anspruch nehme. Er habe sich nicht gegen die Partei, sondern gegen gewisse Parteikreise gewendet. Weiter behauptet Kloth, daß ich Stimmen der Partei- und Gewerkschaftspresse unterschlagen hätte. Ich habe dies nicht getan, sondern höchstens die Stimme des Genossen Kloth nicht zitiert. Ich will dies heute nachholen. Redner zitiert aus einer Rede Kloths (Nr. 86 der „Buchb.-Ztg."), in der dieser ausführt: „Die Kämpfe, welche das Proletariat in Rußland führt, zeigen, daß diese rechtlosen Arbeiter für ihre Ideale mit dem eigenen Herzblut eintreten, und wer für sein Ideal mit dem Leben eintrete, der hätte mehr geleistet, als alle Verbandsvorsitzenden zusammen." Ich überlasse der Konferenz das Urteil darüber, ob eine solche Stimme ernst zu nehmen war. Er lege, wie er Pokorny gegenüber bemerken wolle, keinen Wert darauf, „gefährlich" zu erscheinen. Wenn Geyer erklärt, er (Müller) habe die Materie nicht beherrscht, so wolle er darüber mit Geyer nicht rechten. Er wolle auch nicht die Frage stellen, was Geyer wohl sagen würde, wenn er von demselben behauptete, er (Geyer) sei nur mit einer gewerkschaftlichen Haut überzogen.

Umbreit weist den Vorwurf der Unterschlagung von gegenteiligen Meinungen zurück, den Kloth der Generalkommission und der Redaktion des „Correspondenzblatts" machte. Der Artikel Kloths mußte zurückgewiesen werden, weil er die Auseinandersetzungen auf das Gebiet der Auseinandersetzungen zwischen Revisionisten und Radikalisten verpflanzen wollte, während die Generalkommission besorgt sein mußte, die Diskussion lediglich im Rahmen gewerkschaftlicher Grundsätze zu führen. Der Artikel Kloths enthielt ferner persönliche Angriffe auf die entlassenen Redakteure sowie auf Genossen Stampfer, und endlich Angriffe auf den Verein Arbeiterpresse, die zu unfruchtbaren Auseinandersetzungen führen mußten. Dem Genossen Kloth wurde anheimgestellt, einen sachlichen Artikel zu veröffentlichen; er hat es abgelehnt, auf der von uns für notwendig erachteten Basis zu polemisieren. Wie der Vorstand der Buchbinder die Diskussion auffasse, gehe aus der „Buchb.-Ztg." hervor, die unter der neuen Redaktion sachliche Auseinandersetzungen über die inneren Verbandsdifferenzen verbiete, aber persönlich Angegriffenen das Wort lassen wolle. Wir bevorzugen die sachlichen Polemiken und scheiden die persönlichen Angriffe aus.

Kloth (Buchbinder): Heute haben Sie mal den echten Rexhäuser kennen gelernt, wie er sich in Leipzig gibt. Rexhäuser habe eine ganz falsche Darstellung von der Resolution gegeben, die er (Kloth) betreffs der „Leipziger Volkszeitung" eingebracht haben soll.

In der fraglichen Buchbinderversammlung habe er nicht gegen die Zulassung Rexhäusers gesprochen, weil er in der Versammlung gar nicht anwesend war.

Es ist auch nicht wahr, daß er Rexhäuser angegriffen habe wegen seiner Stellungnahme in den Buchdruckertarifvorgängen.

Bezüglich seines Verhältnisses zu G. Schmidt verliest Redner ein Schreiben des Ausschusses seines Verbandes, wonach die Darstellung Rexhäusers über die Sache widerlegt wird.

Die Meinung, die gegen ihn in Berlin herrscht, führt Redner darauf zurück, daß gegen ihn systematisch gewühlt worden ist.

Digitized by Google

Gegenüber Umbreit stellt er fest, daß derselbe eine Erklärung des neuen Redakteurs des Buchbinderorgans unrichtig wiedergegeben habe. Im übrigen würde der Buchbinderverband seine Sache selber regeln.

Bömelburg (Maurer): Börner hat sich für verpflichtet gehalten, eine Ehrenrettung den Tabakarbeitern zu geben. Das war nicht nötig, da es ihm, Bömelburg, nur darauf ankam, zu kennzeichnen, wie hoch der Wert solcher Protestkundgebungen einzuschätzen ist. Den Tabakarbeitern einen Vorwurf zu machen, habe ihm vollständig ferngelegen.

Pokorny (Bergarbeiter): Er habe gestern erklärt, wir brauchen uns vor der Kritik nicht zu fürchten. Aber die Art, wie Müller mit seinen Zitaten gestern gearbeitet hat, kann nur zum Schaden der Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung sein, falls er draußen ebenso reden und zitieren würde.

Müller (Seemann): Pokorny spreche von einem Zitatensack. Er könne erklären, daß seine Zitate keineswegs erschöpft seien. Er lehne es aber ab, in einer Weise zu polemisieren, wie Pokorny auf dem Verbandstag der Bergarbeiter.

Rexhäuser (Buchdrucker): Ohne jede Veranlassung habe Kloth gestern gegen ihn erklärt, er habe „Phantasien aus dem Leipziger Ratskeller" geschrieben. Dieser habe also die Debatte zuerst auf persönliches Gebiet getragen. Er habe Kloth in seiner Rede gar nicht erwähnt. Er solle ihn in der Presse bekämpfen, ihn widerlegen, das solle ihn freuen. Er hält seine Behauptung aufrecht, daß die Grundsätze der Resolution betr. der „L. V." durchaus unzulässige waren; denn tatsächlich wurden durch dieselben diejenigen getroffen, die es gewagt hatten, gegen die Geschäftsführung in der „L. V." etwas zu sagen. Diese Resolution hatte Kloth verfaßt. Er habe ihn darauf festgenagelt und Kloth habe geschwiegen. Er habe noch keinen Gegner so unanständig angegriffen, wie es beispielsweise Kloth in bezug auf G. Schmidt bei seinem Uebersiedeln nach Dessau getan habe.

Kloth (Buchbinder) verteidigt seine Artikel betr. Schmidt bei dessen Ausscheiden. Schmidt habe ein halbes Jahr lang dasselbe getan, zum Gaudium der Gegner, die die Artikel desselben gegen den Buchbinderverband ausgeschlachtet haben.

Silberschmidt: Die Voraussetzungen Geyers in bezug auf die Ausführungen Bebels seien unzutreffend. Allerdings habe letzterer erklärt, daß er das, was er in Jena gesagt habe, auch heute noch sagen würde. Man habe dann aber die Frage der Durchführbarkeit des politischen Massenstreiks aufgeworfen und da habe Bebel die Berechtigung der erhobenen Bedenken anerkannt.

Legien erklärt, daß die Generalkommission der Maifeier-Resolution nicht zugestimmt habe. Sie hat aber auch keinen Widerspruch dagegen erheben können, weil Bömelburg in Köln unter Zustimmung des Kongresses die Erklärung abgegeben habe, daß es bezüglich der Maidemonstration bis zum nächsten internationalen Kongreß bleiben müsse, wie es bisher gehalten worden ist.

Die Versendung des Abzuges des Artikels betreffend den „Vorwärts"-Konflikt entspricht der bisher geübten Praxis der Generalkommission. Wird dies für die Zukunft nicht mehr gewünscht, so würde die Zusendung solcher Abzüge an die Redaktionen der Gewerkschaftsblätter unterbleiben.

Wenn Bömelburg den Wunsch ausgesprochen habe, der Genosse Geyer hätte unbeschränkte Redezeit haben müssen, um seine Ansichten über die Gewerkschaften darlegen zu können, so sei zu bemerken, daß einem solchen Verlangen wohl nichts im Wege gestanden hätte. Geyer hat aber nur 13 Minuten gesprochen, seine ihm geschäftsordnungsmäßig zustehende Redezeit also nicht einmal ausgenutzt.

Eine Resolution liegt für diesen Tagesordnungspunkt der Konferenz nicht vor. Es genüge wohl auch, einen Schluß aus den Verhandlungen zu ziehen. Als Resultat der Auseinandersetzungen über die Frage dürfte das folgende gelten: Die Verbandsvertreter verpflichten sich nicht mehr, wie es bisher aus Zweckmäßigkeitsgründen geschehen ist, auf Angriffe, die von der Parteipresse gegen die Gewerkschaften gerichtet werden, zu schweigen, sondern ihre Ansichten rückhaltslos zum Ausdruck zu bringen.

In einer Sitzung mit dem Parteivorstand ist von den Vertretern der Generalkommission darauf hingewiesen worden, daß diese fortgesetzten Angriffe, die seit dem Kölner Gewerkschaftskongreß in der Parteipresse zu finden sind, der Arbeiterbewegung nicht dienlich sein können. Es wurde der Wunsch geäußert,

Digitized by Google

der Parteivorstand möge versuchen, eine Einwirkung dahin auszuüben, daß diese Angriffe unterbleiben. Darauf wurde von Vertretern des Parteivorstandes erklärt, daß man die freie Meinungsäußerung der Presse nicht beschränken dürfe.

Dieses Recht der freien Meinungsäußerung müssen wir nunmehr auch für die Gewerkschaftspresse in Anspruch nehmen, auch wenn es dabei zu unliebsamen Auseinandersetzungen mit einzelnen Parteiblättern kommen sollte. Immer ausgehend von dem Gesichtspunkte, daß wir Sozialdemokraten sind, müssen wir unsere abweichende Meinung dartun und vor einer Polemik nicht zurückschrecken. Auch das müssen wir als gutes Recht in Anspruch nehmen, daß von der Gewerkschaftspresse eine Kritik an Vorgängen in der Partei geübt wird, sofern es sich um Verletzung gewerkschaftlicher Grundsätze bei diesen Vorgängen handelt. Von diesen Absichten — denen die Konferenz zustimmt — wird dem Parteivorstand in der nächsten Zusammenkunft Mitteilung gemacht werden.

Zu bemerken wäre noch, daß über die von dem Genossen Bebel aufgestellten Thesen bezüglich des politischen Massenstreiks nicht an anderer Stelle diskutiert werden dürfte. Die Generalkommission hat sich gegenüber dem Parteivorstand beschwert, daß Aeußerungen aus internen Verhandlungen in die Oeffentlichkeit gekommen sind. Wir dürfen uns nicht den gleichen Vorwurf machen lassen. Die Ausführungen Bebels sind interner Natur und müssen demgemäß behandelt werden.

In der Sitzung mit dem Parteivorstand ist von den Vertretern der Generalkommission erklärt worden, daß für diese die Resolution des Kölner Gewerkschaftskongresses maßgebend sei. Trotzdem ist den von Bebel aufgestellten Thesen in der Hauptsache zugestimmt worden, weil doch für absehbare Zeit mit einem politischen Massenstreik nicht zu rechnen ist. Von den Parteivorstand wird dieser nicht propagiert und der Gewerkschaftspresse ist es unbenommen, gegen den politischen Massenstreik gerichtete Aeußerungen zu bringen. Das eine ist aber von den Vertretern der Generalkommission erklärt — und darüber gibt es wohl auch auf der Konferenz und wohl auch in allen Gewerkschaftskreisen keine Meinungsverschiedenheit — kommt es zu einem politischen Massenstreik, dann werden die Gewerkschaftsvertreter und wird die Gewerkschaftspresse nicht dagegen Stellung nehmen. Dann wird auch von dieser Seite alles getan werden, um den Erfolg der Arbeiterschaft zu sichern.

Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, könnte auch die Konferenz den von Bebel aufgestellten Thesen zustimmen.

Knoll hat bezüglich der These über die Unterstützung eine andere Auffassung, wie sie von Silberschmidt und Legien ausgesprochen.

Legien schlägt vor, die These 6, welche die Unterstützung regeln soll, zurückzustellen. Es genüge zurzeit die Annahme der ersten 5 Thesen und wird sich dann später Gelegenheit finden, eine Verständigung mit dem Parteivorstand herbeizuführen. Die Auffassung über diese Bestimmung ist bei den Mitgliedern der Generalkommission, die an der Sitzung teilgenommen haben, keine einheitliche und empfiehlt sich deshalb eine Diskussion nicht.

Brückner (Graveur) regt an, daß die Generalkommission an den Parteivorstand das Ersuchen richtet, er möge dahin wirken, daß die Parteipresse die Agitation für den politischen Massenstreik einstellt.

Legien bemerkt, daß wir für die Gewerkschaftspresse das Recht fordern, sich gegen den Politischen Massenstreik zu wenden. Dann könne man nicht verlangen, daß der Parteipresse das Recht der freien Meinungsäußerung verwehrt werde. Einen solchen Einfluß will der Parteivorstand, der seinerseits den politischen Massenstreik nicht propagiert, nicht ausüben.

Die Konferenz stimmt den ersten 5 Thesen zu.

Die Beratung über die Unterstützungsfrage soll für später zurückgestellt werden.

Digitized by Google